

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische Schulzeitung. 1860-1933 1904**

29 (16.7.1904)

# Badische Schulzeitung.

Vereinsblatt

des Badischen Lehrervereins, des Witwen- und Waisen-Stifts und des Pestalozzi-Vereins  
mit monatlich erscheinender „Literarischen Rundschau.“

Erscheint jeden Samstag. Preis vierteljährlich in Bahl  
1 Mark, bei der Post oder unter Kreuzband 1 Mark 40 Pf.  
Anzeigen 30 Pf. die viergespaltene Zeile.

Verantwortliche Leitung:  
**L. Göckel,**  
Heidelberg, Kleinschmidstr. Nr. 24.

Anzeigen und Beilagen sind an die Verlagsbuchhandlung der  
Aktiengesellschaft Konfordia in Bahl (Baden) zu senden  
alles übrige an die Zeitung.  
Gratis-Beilagen: jährlich 2 Kataloge.

29.

Samstag, den 16. Juli

1904.

**Inhalt:** Pestalozzi-Verein badischer Lehrer. — Die allgemeine Volksschule (Fortsetzung). — Die Volksschuldebatte in der II. Kammer  
des badischen Landtags (Fortsetzung). — Verschiedenes. — Badische Schulstatistik. — Krankenfürsorge badischer Lehrer. — Personalnachrichten. —  
Briefkasten. — Vereinstage. — Anzeigen.

## Pestalozzi-Verein badischer Lehrer.

Begründet am 12. Januar 1846 zu Uchern.

Wir setzen die Mitglieder vorläufig in Kenntnis,  
daß die

### General-Versammlung

für 1904 am Montag, den 3. Oktober 1904 zu  
Ettlingen abgehalten wird.

Die Tagesordnung und andere Einzelheiten werden  
wir später bekannt geben, weisen aber besonders darauf  
hin, daß — wie § 28 der Vereins-Statuten bestimmt —  
„etwaige Wünsche und Anträge“ längstens bis 1. August  
schriftlich bei der Centralverwaltung eingebracht sein müssen,  
wenn sie auf die Tagesordnung gesetzt werden sollen.

Dffenburg, den 11. Juli 1904.

Die Central-Verwaltung:

Steiger. Hejch. Wohlfart. Volk. Engelhardt.

### Die allgemeine Volksschule.

Vortrag auf der Allgemeinen Deutschen Lehrerversammlung in Königs-  
berg von Lehrer Gutmann in München.

Fortsetzung.

Habe ich bisher versucht, die Besorgnisse vor Gefahren,  
die der Charakterentwicklung gut erzogener Kinder in der  
allgemeinen Volksschule drohen könnten, auf ein vernünftiges  
Maß zurückzuführen, so möchte ich nun im Gegenteil dazu  
übergehen, zu zeigen, daß bei jener Schuleinrichtung in mannig-  
facher Hinsicht Bedingungen für erzieherische Einwirkungen  
gegeben sind, die in der Standes- und Vorschule fehlen. Es  
ist Christen- und Menschenpflicht, in allem, was Menschen-  
antlig trägt, die Menschenwürde zu achten, in jedem Mit-  
menschen den Bruder zu sehen. Wird diese Lehre in Sonder-  
schulen für bestimmte Kreise vorgetragen, so muß sie zweifel-  
los auf steinigem Boden fallen; die Existenz der Schule selbst  
predigt ja in viel eindringlicherer Sprache als der Lehrer  
das Gegenteil. Sie sagt mit der brutalen Deutlichkeit der  
Tatsache dem Schüler: hüte dich vor Berührung mit sozial  
Tieferstehenden! Was können Beamte, Geistliche, Offiziere,  
die in Familie und Schule in derartigen Anschauungen auf-

gewachsen sind, unserem Volke sein, zu dessen Bestem tätig  
zu sein sie doch berufen sind, und das ein feines Empfinden  
dafür hat, wer zu ihm ein rechtes inneres Verhältnis hat  
und wer ihm innerlich kalt, fremd und mit Ablehnung  
gegenübersteht? Männer der letzteren Art werden sich bei  
ihrem Wirken in der Öffentlichkeit niemals von allgemeinem  
Vertrauen in jenem Maße getragen sehen, das allein ihrer  
Berufstätigkeit die rechten Erfolge sichert. Wollen unsere  
leitenden Kreise ihren Einfluß auf das Volk nicht noch weiter  
gemindert sehen, als das heute schon der Fall ist, so müssen  
sie ihren Nachwuchs wieder zu aufrichtiger Liebe zum Volk  
erziehen. Die Münchener Allgemeine Zeitung teilte vor nicht  
allzulanger Zeit folgendes Schülerlebnis mit: „In einer  
Münchener mittleren Mädchenklasse hatte sich eine Gruppe  
von Freundinnen gebildet. Sie trugen alle eine Brosche,  
die eine Schwalbe darstellte, und so wurden sie auch von  
ihren Mitschülerinnen nur „die Schwalben“ genannt. Als  
Weihnachten herannahte, beschloßen sie, einer armen, aber  
fleißigen Mitschülerin gemeinsam eine Bescherung zu veran-  
stalten. „Sie bestürmten ihre Eltern, ihnen Kleidungsstücke,  
etwas Geld, ältere und neue Christbaumgegenstände zu über-  
lassen, und brachten in der Tat so aus ureigenster Initiative  
eine recht nette Sammlung schöner und zweckmäßiger, auch  
süßer Sachen zusammen. Nun ging es ans Puzen des  
Baumes. Heiliger Eifer durchglühte die Kinder, und als  
der Christtag gekommen war, und die arme Freundin und  
Mitschülerin in so reicher und unerwarteter Weise sich beschenkt  
sah, war es schwer zu entscheiden, welche Wangen freudiger  
glühten, die der Geberinnen oder der Beschenkten.“ Der  
Münchener, der der Redaktion diese Begebenheit nach dem  
Leben erzählte, fügt hinzu: „Worum ich diese kleine, alltägliche  
Begebenheit aufgezeichnet? Weil sie einen neuen Beweis  
liefert, welch treffliche Früchte unsere Münchener Volksschule,  
die zwischen arm und reich keinen Unterschied macht und beide  
einander näher bringt, auch in idealer Beziehung leistet, mit  
welch ganz hervorragendem Einfluß sie auf das Gemüt wirkt,  
wie sie eine soziale Aufgabe erfüllt und in den Herzen der  
Kinder ganz von selbst Ideen der Menschenfreundlichkeit ent-  
stehen und reifen läßt, die ihnen segensreiche Begleiter auch  
in späteren Tagen sein werden.“ (Allgemeine Zeitung vom  
24. Dezember 1902.) In der Tat, verehrte Versammlung,  
so lernt man werktätige Menschenliebe; so wird dem Kinde  
die rechte Art des Lebens anerkundet, bei der auch das Herz  
warm wird und bei der die kleinste Gabe umschimmert wird  
von einem Sonnenstrahl inniger Menschenliebe. Nur bei  
dieser Art des Wohltuns wird so gern genommen wie ge-

geben. — Wenn das Kind aus reichem Hause sieht, daß ihm das Kind der Armut an Gaben des Geistes überlegen ist, so trägt das sicher dazu bei, seiner Neigung zur Überhebung einen wohlthätigen Dämpfer aufzusetzen. Auch wird es leichter davor bewahrt bleiben, die Bedeutung äußerer Glücksgüter zu überschätzen. Ferner wird die Beobachtung, daß vor den Schulordnungen und -gesetzen kein Ansehen der Person gilt, daß vor der Schulzucht Reiche und Arme gleich sind, daß ein Schüler nur nach seinen Leistungen, nicht nach dem Wohlstand seiner Eltern gewertet wird, auf seine Charakterentwicklung den besten Einfluß ausüben. Auf diese Weise empfängt das Kind die rechte Vorbereitung für das spätere Leben mit seiner allgemeinen Behauptung und seiner Gleichheit vor dem Gesetze, wobei es auch keine Bevorzugung wohlhabenderer Kreise gibt und niemals geben darf. Indem das reichere Kind mit dem ärmeren ringen muß um die besten Lernerfolge, wird ihm eine Vorahnung des künftigen Lebens gegeben, in dem der tüchtige Unbemittelte so oft glänzend emporsteigt und der untüchtige Reiche so oft unrühmlich hinuntersinkt, und es werden in seiner Seele jene Motive gestärkt, die es als Mann befähigen werden, die ererbte soziale Stellung zu behaupten. Diese Art der Erziehung liegt weit eher im wohlverstandenen Interesse des Kindes als jene andere, die ihm in falscher Zuneigung alle Wege ebnet, sein Leben möglichst freundlich gestalten zu müssen glaubt. Auf letztere Weise werden aber keine tüchtigen, charakterstarken Männer erzogen, die sich in dieser Welt des Wechsels zu behaupten wissen werden.

Daß auch recht hochstehende Männer, die der Schule unbefangenen gegenüberstehen, über die Erziehungsbedingungen, die in der allgemeinen Volksschule gegeben sind, ganz ähnlich denken, wie ich es soeben entwickelte, beweist eine Äußerung des früheren preussischen Finanzministers Hohrecht, die er im Abgeordnetenhaus gelegentlich der Beratung über die Aufhebung des Schulgeldes machte; er sagte: „Die Besorgnis, daß die gesellschaftliche Verbindung mit Kindern aus den ärmsten Klassen, die vielfach zu Hause verwahrloht sind, nachteilig wirken werde, hat sich in kurzer Zeit als ganz verfehrt und verfehlt erwiesen. Im Gegenteil, es hat sich gezeigt, daß der sittigende, günstige Einfluß, den die besser erzogenen Kinder auf diese ärmeren ausgeübt haben, ein so ungeheuer überwiegendes ist, daß jede entgegengesetzte Wirkung dagegen verschwindet.“ In ähnlichem Sinne äußerte sich auch der so verdiente preussische Kultusminister Dr. Bosse. In seiner Schrift über die gemeinsame Elementarschule führt Tews noch eine ganze Reihe hochgestellter und angesehener Männer an, die über die allgemeine Volksschule ebenso dachten, wie die beiden Minister.

lassen Sie mich nun dazu übergehen, die Frage zu untersuchen, ob die Eltern der sozialen Mittel- und Oberschichten mit Recht befürchten, ihre Kinder seien in der allgemeinen Volksschule in Hinsicht auf den Unterricht benachteiligt. Die Gegner der allgemeinen Volksschule machen nach dieser Richtung hauptsächlich geltend, daß die Kinder der verschiedenen Stände so wenig gleichartige Voraussetzungen für den Unterricht mitbrächten, daß eine gemeinsame Weiterführung derselben durch den Unterricht zur vollen Unmöglichkeit gemacht werde. Die Schule müsse erst allmählich die zurückgebliebenen Elemente besonders sprachlich soweit fördern, daß ein Gesamtunterricht der Klasse möglich sei. Es ist nun allerdings zuzugeben, daß das sorgfältiger erzogene Kind sprachlich gewandter ist, als das in der häuslichen Erziehung mehr oder weniger vernachlässigte. Allein abgesehen davon, daß durchaus nicht alle Kinder unserer bescheidenen Volkskreise in dieser Richtung vernachlässigt sind, ist auch der Unterschied nicht so groß, als es auf den ersten Blick scheinen

möchte. Unsere Umgangssprache ist auch nicht entfernt so reich an Wendungen und Ausdrücken, wie die Schriftsprache; gilt das schon hinsichtlich der Erwachsenen, so noch vielmehr für die Kinder. Die bei diesen bestehenden Unterschiede treten bald gar nicht mehr in einem Maße hervor, daß der Unterricht darauf besondere Rücksicht zu nehmen hätte. Auch ist es im allgemeinen unrichtig, anzunehmen, das Arbeiterkind sei ärmer an Anschauungen als das Kind anderer Stände. Gewiß bringt das Kind, dessen Eltern sich einer gehobeneren Lebenslage erfreuen, mancherlei Anschauungen mit, die dem Kinde aus schlechteren Verhältnissen fehlen. Allein die gleiche Behauptung gilt auch umgekehrt. Das Arbeiterkind wird schon früh zur Selbstständigkeit erzogen und gewinnt dabei Einblicke in manche Verhältnisse, so namentlich in die Tätigkeit verschiedener Handwerker, die dem Kinde anderer Kreise versagt bleiben. Besäße unser gesamtes Schulwesen übrigens auch die sinnvollste und einheitlichste Organisation, wir würden es wohl niemals so weit bringen, daß sich jede Schulgattung in die glückliche Lage versetzt sähe, nur Schüler mit gleichen geistigen Voraussetzungen aufnehmen zu können. Denn ein Unterschied bleibt unter allen Umständen, und das ist der der Begabung. Was aber diese anlangt, so ist es für jeden Vorurteilslosen von Hause aus klar, daß die geistigen Anlagen der Kinder von der sozialen Lage der Eltern in hohem Maße unabhängig sind; im Hause des Reichen begegnen wir dem Mangel an geistigen Anlagen der Kinder so häufig, wie im Hause des Armen dem talentierten Kinde.

Aber auch abgesehen von alledem: bietet denn nun die Vorschule eine Bürgschaft dafür, daß lauter geistig vorgeschrittene Kinder den Weg zu ihr nehmen? Treten nicht auch in diese Anstalt Schüler, die hinsichtlich ihrer sprachlichen Entwicklung große Mängel aufweisen, in einer immerhin so beträchtlichen Zahl ein, daß sie auch dort unterrichtlich berücksichtigt werden müssen? Wenn das aber richtig ist, was haben dann die Vorschulen vor der allgemeinen Volksschule voraus?  
Fortsetzung folgt.

## Die Volksschuldebatte in der II. Kammer des badischen Landtags

am Donnerstag, den 16. Juni, 9<sup>1/4</sup>—1 Uhr.  
(2. Sitzung; 101. Sitzung der Kammer.)

Fortsetzung

Geh. Hofrat Dr. Wengoldt: Der Lehrermangel ist hier in sehr schwarzen Farben gemalt worden. Auch wir wollen das Bestehen eines solchen zur Zeit keineswegs in Abrede stellen. Bezüglich des Zuzugs von auswärtigen Lehrern stehen wir auf dem Standpunkte, daß grundsätzlich gegen deren Aufnahme nichts einzuwenden sei. Jedoch wird Vorsicht hierbei geboten sein, denn diejenigen, die kommen, werden in den meisten Fällen Grund haben, ihre Heimat zu meiden. Zudem besteht auch in den übrigen Staaten meist ein gleicher Lehrermangel, sodaß ein großer Zufluß von dort überhaupt nicht zu erwarten steht.

Auf Seite 19 und 20 der Petition der Lehrer sind eine Reihe Gemeinden aufgezählt, in welchen die Anstellung eines weiteren Lehrers auf Grund des Elementarunterrichtsgesetzes erforderlich gewesen wäre. Diese Tabelle entspricht jedoch nicht mehr den jetzigen Verhältnissen. Die Regierung hat alles getan, um in dieser Beziehung Abhilfe zu schaffen. Es haben bereits vor Aufstellung jener Tabelle Verhandlungen zwischen der Oberschulbehörde und den Gemeinden stattgefunden, und tatsächlich sind auch bis zum Oktober v. Js. ziemlich vielen Orten Lehrer zugewiesen worden.

Es ist ferner darauf hingewiesen worden, daß in Fällen der Erkrankung eines Lehrers die anderen Lehrer durch die Übernahme der Klassen derselben überbürdet würden. Das ist richtig. Allein eine solche Überlastung eines Kollegen in Fällen der Erkrankung ist nicht zu vermeiden. Sie ist zu allen Zeiten vorgekommen und auch in allen Berufsarten. Wenn die Krankheit des betreffenden Lehrers länger andauert, so sind wir stets bemüht, einen Hilfslehrer einzustellen. Haben wir solche Hilfskräfte nicht immer in ausreichendem Maße zur Verfügung und muß daher die Vertretung etwas länger andauern als wir wünschen, so ist eben viel vom Zufall abhängig. Wir haben im Jahre durchschnittlich 70 bis 120 Hilfslehrer draußen. Da kommen wir dann, wenn zufälligerweise einmal viele Hilfslehrer bereits in Anspruch genommen sind, etwas in die Enge.

Zur Frage der Schülerzahl in den Klassen kann ich das Hohe Haus versichern, daß die Oberlehrerbehörde seit Jahren reichlich bestrebt war, die Schülerzahl herabzusetzen, indem man neue Stellen errichtete und in immer geringerem Maße große Klassen besetzen ließ. Wenn es auch in einer Reihe von Orten bis heute noch nicht geglückt ist, so ist doch im Laufe der Jahre viel gebessert worden und viel geschehen. Es ist dadurch allerdings andererseits wieder ein großer Bedarf an Lehrkräften hervorgerufen, und dies hat den Lehrermangel gesteigert. Es soll daher auch gar nicht geleugnet werden, daß im Augenblick ein fühlbarer Lehrermangel vorhanden ist. Es soll aber damit nicht der schon ausgesprochene Vorwurf gerechtfertigt werden, daß vor zwei Jahren die wahre Sachlage verschleiert worden wäre. Die Verhältnisse waren damals noch nicht ungünstig. Ja, wir waren noch an Ostern dieses Jahres in der Lage, alle Stellen zu besetzen mit Ausnahme einiger weniger in Mannheim und Lahr. Hernach sind aber soviel Hilfslehrer gefordert worden, daß tatsächlich eine Unzulänglichkeit eingetreten ist. Aber ich möchte hier noch darauf hinweisen, daß dieser Mangel an Lehrern sich nicht nur bei uns, sondern auch in anderen Staaten zeigt, und daß es nicht das erste Mal ist, daß er bei uns hervortritt, sondern daß er in den 70er Jahren noch viel größer war. Seitens der Großh. Regierung ist das Nötige geschehen, um diesem Zustand abzuhelfen, und in sehr dankenswerter Weise hat ja gestern das Hohe Haus die nötigen Mittel bewilligt, damit wir eine größere Anzahl von Pöglingen unterbringen können. Es soll zwar nicht verschwiegen werden, daß der Mangel für die nächste Zeit noch andauern, ja vielleicht im nächsten Frühjahr noch zunehmen wird. Wir hoffen aber bis zum Frühjahr 1906 zu befriedigenden Zuständen zu gelangen.

Der Lehrplan ist noch nicht soweit gebiechen, wie Herr Abg. Eichhorn gemeint hat. Er ist bis jetzt nur im Entwurf festgelegt, und erst jetzt, nachdem wir sehen, daß eine Änderung des § 14 des Schulgesetzes durchgeführt werden soll, kann die endgültige Regelung erfolgen. Es wird zu diesem Zwecke nicht nur mit den Kreisoberlehrern ins Benehmen getreten, sondern es werden auch tüchtige Lehrer in größerer Anzahl zur Beratung beigezogen werden. Der Bemerkung des Herrn Abg. Eichhorn, daß in dem bisherigen Lehrplan die Realien zu wenig berücksichtigt waren, ist zuzustimmen. Der neue Lehrplan wird auch hierin den modernen Anforderungen entsprechen und dem Unterricht in den Realien die ihm gebührende Stellung einweisen.

Wenn in einzelnen Schulen, wie namentlich in Mannheim, nicht viele Schüler bis in die achte Klasse vorrücken, so ist nicht zu vergessen, daß nach dem Gesetze nicht alle Mädchen volle 8 Jahre die Schule besuchen. Überdies spielen auch sonstige Umstände dabei eine große Rolle, namentlich die Notengebung. In den Volksschulen, wo kein Unterricht in Fremdsprachen und Algebra erteilt wird, ist an sich bei der Berechnung der Schüler ein weit größerer Spielraum gegeben als in den Mittelschulen. Wenn aber viele Schüler aus geringeren Schulen zuziehen, der städtische Lehrplan überladen ist, und außerdem noch scharf zensuriert wird, so bleiben eben viele Schüler sitzen. Aus derartigen Umständen erklärt sich wohl die auffällende Tatsache, daß in den Schulen der Stadt Zürich, deren Jahresbericht mir vorliegt, das Vorrücken viel günstiger ist als in der ziemlich gleichgroßen Schule in Mannheim, die so viele Unterrichtsstunden und so tüchtige Lehrer hat wie Zürich.

Abg. Vorderer: Dem Budget für unsere Volksschulen muß eine höhere Bedeutung zukommen, handelt es sich doch hier um die Schule, welche etwa 95% unserer Bevölkerung die Bildung vermittelt und sie für das Leben und den Kampf ums Dasein vorbereitet. Diese Überzeugung von der hohen Wichtigkeit der Volksschule ist heute bis in die weitesten Volkskreise durchgedrungen. Das ist auch ganz natürlich. Denn wo soll sich der gemeine Mann ausrüsten für das Leben, wo ausbilden, wenn nicht in der Volksschule! Das Volk auf dem Lande hält heute sehr viel auf die Volksschule und begrüßt jeden Fortschritt auf dem Gebiet des Volksschulwesens mit Freude.

Es ist nötig, daß dies in diesem Hohen Hause klar und deutlich ausgesprochen wird, ausgesprochen von einem mitten im Volksleben stehenden und aus der ländlichen Bevölkerung hervorgegangenen Abgeordneten. Wir wollen nicht stehen bleiben bei der Organisation unseres Volksschulwesens, wie wir sie vor nunmehr 30 Jahren gegeben. Wir wollen auch hier fortschreiten, wie auf vielen anderen Gebieten des öffentlichen Lebens, des politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens.

Unsere heutigen Schuleinrichtungen mögen ihrer Zeit genug getan haben: heute aber sind sie vielfach veraltet. Baden ist auf dem Gebiet des Volksschulwesens hinter dem Hereszug zurückgeblieben und von anderen Staaten überholt worden.

Ich erinnere nur an die Halbtagsschule, die außer Baden nur noch Weckensburg besitzt, und an die Lehrerbildung, auf welchem Gebiet noch große Aufgaben unserer harren, wenn wir den in den sechziger Jahren erworbenen hohen Namen „Musterland“ auch bezüglich des Volksschulwesens wieder zurückgewinnen wollen. Unsere Verhältnisse, wie wir sie heute haben, sind sehr häufig gar nicht munterhaft, und mit gründlichen Reformen sollte jetzt nicht mehr länger zugewartet werden.

Unser Schulwesen genügt den neuzeitlichen Anforderungen, die wir von unserem demokratischen und fortschrittlichen Standpunkte aus stellen müssen, durchaus nicht mehr. Seit Jahrzehnten erhebt meine Partei den Ruf nach Reformen. Teils aber verhallt unser Verlangen ungehört, teils sind die erzielten Verbesserungen und Fortschritte zu geringfügig, dann ist das Tempo wieder ein so langames, daß man nicht glaubt, im Zeitalter des Dampfes und der Elektrizität zu leben. Es müssen deshalb an dieser Stelle jene alten unverjährbaren Forderungen, die wir bezüglich des Volksschulwesens zu stellen haben, auch heute wieder mit allem Nachdruck erhoben werden. Auf dem jetzigen Landtag soll der Großh. Regierung und den Ständen wieder Gelegenheit gegeben werden, sich zu äußern, ob sie endlich einmal gewillt sind, reformatorisch auf dem Gebiet des Volksschulwesens vorzugehen. Das Volk hat nichts dagegen, daß Hoch- und Mittelschulen auf einen blühenden Stand gebracht wurden, wir freuen uns sogar dessen; aber das gleiche verlangen wir auch von unserer Volksschule, die uns Leuten aus dem Volke doch am nächsten steht. Da ist es vor allem die Stellung des Lehrers in der Gemeinde; da nimmt der Lehrer heute noch nicht die soziale Stellung ein, die er als öffentlicher Diener einnehmen müßte. Warum nimmt er diese Stellung nicht ein? Weil die Lehrergehälter jedes Jahr in den Gemeindebudgets eingestellt werden müssen und es immer noch Leute gibt, welche glauben, sich in ihrer Gemeinde dadurch wichtig machen zu können, daß sie ihren Mitbürgern in boshafter Weise sagen, die Lehrer kosten uns das meiste Geld, und dadurch rufen sie gegen den Lehrerstand ein unberechtigtes Vorurteil hervor.

Ich erinnere mich, daß mir ein alter, im Dienste ergrauter Lehrer gesagt hat, er habe seinem Nachbar einmal guten Morgen gewünscht und dabei gefragt, was es Neues gibt. Der Mann habe ihm die Antwort gegeben: „Gestern abend habe ich von einem Ausschußmitglied erfahren, daß die Lehrer und die Farben uns das meiste Geld kosten. Sie sind schuld daran, daß wir so hohe Umlagen zu zahlen haben.“

Solchen Dingen abzuwehren, ist nur dadurch möglich, daß der Staat sämtliche Kosten der Volksschule übernimmt. Es wäre aber auch nur recht und billig, und es muß noch so weit kommen, denn die Schule gehört dem Staat, der Lehrerstand ist der wichtigste Beamtenapparat des Staates und muß deshalb auch aus der Staatskasse bezahlt werden.

Wenn wir heute durch unsere Bauernböcker gehen, so fallen uns zumeist die schönen Schulhäuser auf, oder, wie sie oft genannt werden, die „Schulpaläste“. Das ist recht und gut, daß man für würdige Schulräume und Lehrerwohnungen gesorgt hat. Die Kinder der Armen, die im Elternhaus oft mehr Sorgen und Elend sehen als Freude und Glück, sollen wenigstens einige Stunden des Tages in hellen, luftigen Sälen sitzen und wenigstens für kurze Zeit ihre Armut vergessen. Aber mit den schönen Schulhäusern ist es nicht getan. Wer im Lande Baden unter Schulweien nach den Schulhäusern beurteilen wollte, der müßte bald bei näherer Untersuchung hier die Wahrheit des Sprichworts bestätigt finden: „Es ist nicht alles Gold, was glänzt.“ Sehen wir zunächst, wie es um die Lehrer bestellt ist, wie sie sich in der Hinsicht weder mit gleichwertigen badischen Beamten noch mit der Bezahlung ihrer Kollegen in anderen deutschen Staaten — ich erinnere nur an Hessen und Braunschweig — vergleichen können. Es muß hier in diesem Hohen Hause zum Ausdruck kommen, daß der vornehmste Maßstab für die Bedeutung eines Beamten in der Bezahlung liegt. Wenn wir aber diesen Punkt in Betracht ziehen, müßten wir das beschämende Geständnis machen, daß der badische Lehrerstand die Wertschätzung nicht genießt, von der man so oft sprechen hört. Was Johann den Lehrerstand weiterhin bis jetzt gehindert hat, die verdiente soziale Stellung einzunehmen, ist seine Vorbildung. Das ist ein sehr wunder Punkt.

Es ist ja erfreulich, daß die Großh. Regierung einen neuen Lehrplan für eine sechsjährige Ausbildung der Lehrer anstatt der bisherigen fünfjährigen bereits eingeführt hat. Diese kleine Reform hat sehr lang auf sich warten lassen.

Wie man von Seiten unserer Lehrerschaft durchweg erfahren hat, bestand zwischen dem derzeitigen zweijährigen Besuch einer Präparandenschule und dem dreijährigen Besuch eines Seminars ein mehr als loser Zusammenhang. Die Lehrpläne schlossen sich nicht aneinander an, sehr viel Zeit wurde mit dem ewigen Repetieren verschwendet, während ihre Altersgenossen auf den Mittelschulen Neues lernen und von ihren Lehrern auf den einzelnen Wissensgebieten weiter geführt werden.

Der sechsjährige zusammenhängende Lehrplan kann diesem Mißstand etwas abhelfen; man kann auf der Volksschulbildung weiter bauen und etwas Erproblicheres leisten. Daß eine Fremdsprache Pflichtsprache werden soll, ist sehr zu begrüßen, denn jeder einigermaßen Gebildete versteht heute eine oder zwei Fremdsprachen. Nur möchte ich wünschen, daß es nicht die französische, sondern die englische Sprache wäre, weil ich glaube, daß die englische Sprache viel zweckmäßiger als die französische ist. Die deutsche Reichsregierung wird sich ihre Diplomaten nicht in den badischen Lehrerseminaren holen. Wenn aber unsere jungen Leute das Bedürfnis und den Drang in sich fühlen,

außerhalb Deutschlands eine bessere Existenz zu finden, dann gehen sie gewöhnlich dorthin, wo noch jungfräuliche und im Aufblühen begriffene Länder sind, und da ist die englische Sprache meistens vorherrschend. Sehen wir nur nach allen Erdteilen hin, wo noch etwas zu holen ist, da wird englisch gesprochen. Deshalb sage ich, aus Zweckmäßigkeitsgründen sollte man suchen, die englische Sprache in unser Volk hineinzutragen. Ich muß aber ausdrücklich bemerken, daß die von der Großh. Regierung bereits eingeführte Reform von uns nur als Übergangsstadium betrachtet werden kann.

Bekämpfen müssen wir aber auch die Erziehung der Lehrer in Internaten. Das taugt nicht mehr in unsere Zeit. In Preußen werden auch keine neuen Seminarier mehr mit Internaten, wo die Schüler beisammen in einem Hause wohnen, errichtet. Man sollte bei uns wenigstens in den drei oberen Klassen zu Externaten übergehen. Der Lehrer gehört zum Volk, er ist aus diesem hervorgegangen und soll später inmitten desselben wirken. Man soll ihn darum nicht vom Volke abgeschlossen erziehen. Die angehenden Lehrer werden dann selbstständig, wenn man ihnen Gelegenheit gibt, sich selbstständig zu entwickeln. Andere Berufsstände werrt man während ihrer Ausbildungszeit auch nicht in Internate; man solle es daher auch nicht bei dem Lehrer tun, der doch unsere Jugend fürs spätere Leben heranbilden soll und vom öffentlichen Leben selbst nichts kennt. Das immer und immer wieder von der Lehrerschaft wiederholte Verlangen: „Hinweg mit den Ausnahmeständen“ ist nur zu begründet.

Sodann gehören die Seminarier und Lehrerbildungsanstalten nicht in kleine Städtchen, sondern in unsere Städte, wo das pulsierende Leben herrscht, das bildend und veredelnd wirkt und dem Lehrer einen größeren, weiteren Gesichtskreis gibt. Wir wären in Baden in der günstigen Lage, unsere Lehrerbildungsanstalten nach Heidelberg, Karlsruhe und Freiburg zu verlegen. Ab und zu könnten dann die jungen Lehrer an den Hochschulen dieser Städte Vorlesungen hören.

Das wäre für die Lehrerbildung von großem Nutzen. Was die Halbtagschule betrifft, will ich des Näheren nicht eingehen, jedoch möchte ich einige Worte dazu sagen. Es ist dringend nötig, an die Erweiterung unserer Volksschulen zu gehen. Man braucht dazu die Schüler nicht den ganzen Tag in die Schule setzen, wie oft fälschlich geglaubt wird.

Es wäre schon ein großer Fortschritt, wenn man in den Mittel- und oberen Klassen unserer Volksschulen täglich eine Stunde mehr Unterricht erteilen würde. Rechnen die Lehrer an den vorgeschriebenen 16 Stunden in der Woche Religion, Gesang, Schönschreiben und Pausen ab, so haben sie noch 8 bis 9 Stunden zur geistigen Ausbildung der Kinder. Heute, wo eine ganze Reihe neuer Unterrichtsfächer in die Volksschule gekommen ist, die wir als notwendig erachten, genügt eine so geringe Unterrichtszeit unmöglich.

Darüber sollten wir uns alle einig sein, daß jede Knickerei in den Ausgaben für die Volksbildung und Jugendberziehung sich rächt, und zwar nicht nur in moralischer Hinsicht, sondern auch in bezug auf Volkskraft und Volkswohlstand. Sehen wir nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika, wie dort alles von der Intelligenz des Volkes, und zwar des ganzen Volkes abhängt. Überall in den Vereinigten Staaten wird gute Bildung und Erziehung als Hauptsache betrachtet. Und wenn etwas in den Vereinigten Staaten von Nordamerika gut ist, ist es das Unterrichtswesen. Dadurch ist dieses Land so schnell auf die hohe kulturelle und wirtschaftliche Stufe gekommen, auf der es heute steht. Sehen wir aber nach Spanien, Italien, Österreich und noch etwas weiter hinunter nach den Balkanstaaten, dann müssen wir uns sagen, wie die Schule, so das Volk. (Beifall.)

Abg. Schüler: In dem interessanten und ausführlichen Kommissionsbericht sind alle einschlägigen Verhältnisse genügend erörtert. Dann hat mein Fraktionschef Fehrenbach alles zur Behandlung der Schulfrage Nötige schon gesagt. Als Vertreter eines ländlichen Bezirks kann ich deshalb nur kurz erklären, daß mein Standpunkt für die Lehrer ein wohlwollender ist, daß ich wünsche, daß die berechtigten Wünsche derselben erfüllt werden. Der Äußerung des Abg. Eichhorn, unsere Volksschule sei eine Armenthule, kann ich nicht zustimmen. Die Volksschule auf dem Lande ist eine Schule für alle, ob reich oder arm. Alle Klassen der Bevölkerung gehören ihr — abgesehen von denjenigen, die die städtischen Mittelschulen besuchen — an, und lediglich nachher gehen einzelne in die landwirtschaftlichen Winterschulen oder die landwirtschaftlichen Hauschulen. In der Dorfschule müssen wir das Wissen holen, das fürs ganze Leben ausreichen soll. Für die Masse der Bevölkerung ist die Volksschule das einzige Bildungsinstitut, das für das ganze Leben ausreichen muß. Ich bin vollständig damit einverstanden, was der Berichterstatter gestern gesagt hat, daß auch der Landwirt, der Arbeiter, der Kleingewerbetreibende einen guten Schulsaß braucht, um ungerupft und ungeschädigt durchs Leben durchzukommen; deshalb wünsche ich, daß der Lehrermangel sowohl bezüglich des Quantums als der Qualität beseitigt wird, daß auch intelligente, leistungsfähige Lehrer sich auf dem Lande wohlfühlen sollen, und nicht das Hauptbestreben der tüchtigsten Lehrkräfte dahin geht, in die Städte zu kommen, wo neben vielen Annehmlichkeiten bessere Bezahlung zu erhalten ist.

Unter allen Umständen soll die Volksschule größtenteils Gemeindeanstalt wie bisher bleiben. Allerdings denke ich dabei nicht nur an Lasten der Gemeinde. Sie soll auch Rechte haben, es sollen namentlich mehr wie bisher berechnete Wünsche der Gemeinde bei Besetzung von Stellen berücksichtigt werden. Auch damit bin ich mit meinem Freund Fehrenbach einverstanden, daß auf die Leistungsfähigkeit der einzelnen Gemeinden Rücksicht genommen werden soll. Hier besteht ein großer Unterschied: Es gibt finanziell sehr leistungsfähige Gemeinden, die gern Opfer auch für die Schule bringen. Es gibt aber auch recht arme Gemeinden, die zudem oft noch einen hohen Umlagefuß haben. Hier ist eine Unterstützung aus Staatsmitteln — insbesondere bei Schulhausbauten — recht sehr am Platz. Ich möchte daher vom Standpunkt der Gerechtigkeit bitten, bei der Verteilung der Lasten nicht nach einer bestimmten Skala, sondern je nach der Leistungsfähigkeit der einzelnen Gemeinden zu verfahren. Bedenken Sie doch: Wie groß sind denn die Ausgaben des Staates für die höheren Bildungsanstalten und die Universitäten! Das sind ja alles außerordentlich wichtige Institute. Aber dort handelt es sich nicht durchweg um Landesinder, sondern auch um Ausländer. Ein gute Schulbildung der Masse der Bevölkerung ist auch zum Gedeihen des ganzen Staatslebens unerlässlich, und diese Masse, und nicht zum wenigsten die Landwirtschaft, trägt doch dem Staate gegenüber auch große Lasten. Ich werde mit voller Überzeugung den Kommissionsanträgen zustimmen, weil ich glaube, daß in denselben das Erreichbare als Ziel gesteckt ist, und weil mir sehr viel daran gelegen ist, daß nicht Anträge gestellt werden, von denen man sagen muß, sie fordern Unerfüllbares. Der Volksvertreter muß doch auch mit der Regierung, den verfügbaren Mitteln, mit der Finanzlage und mit der Steuerkraft des Volkes rechnen.

Von verschiedenen Rednern ist von scharfen Ausfällen in einem Teil der Presse gesprochen worden. Es wäre ein großer Irrtum zu glauben, der ganze Lehrerstand stehe dahinter. Ich habe mit vielen Herren Lehrern darüber gesprochen; sie haben diese Angriffe tief bedauert. Sie wünschen allerdings in den Gehaltstarif eingereicht zu werden, um endlich einmal sichere und festgelegte Gehaltsverhältnisse zu bekommen und, wie mir mitgeteilt wurde, nicht in jedem Landtage als Bittsteller kommen zu müssen, welche Rolle für viele dieser Herren nicht angenehm ist.

Das schöne angenehme Verhältnis zwischen Gemeinde und Lehrer soll auch in Zukunft erhalten bleiben, der Lehrer soll nicht Staatsbeamter sein, gar viele Vorteile, auch finanzieller Art, würden dem Lehrer dadurch entgehen. Es ist nicht richtig, wenn der Kollege Eichhorn vorhin die Schullehrer mit den Grenzkontrollleuren u. s. w. auf eine Stufe stellte. Die Verhältnisse des Lehrers auf dem Lande sind ganz andere. Er hat Dienstwohnung, Nebenverdienste (Abg. Eichhorn: Sie sollen nicht Organisten und Gesangsvereinsdirigenten sein!) Organist muß er nicht, aber kann es sein. Ich empfinde es geradezu als ein Unrecht, wenn man heute behaupten will, es sei für die Lehrer noch nichts geschehen, der Lehrerstand sei das Achenbrödel und vor ihm mache die Gesetzgebung halt. Jetzt solle endlich der erste Schritt zur Besserung gemacht werden. Ich gehöre dem Hause seit 1891 an. Seitdem sind ganz bedeutende Verbesserungen eingetreten, die im Bericht erwähnt sind, und die ich deshalb nicht wiederholen will. Ein Beweis dafür ist, daß mehr wie einmal Lehrer zu mir und anderen Kollegen kamen, um zu danken für das der Lehrerschaft bewiesene Wohlwollen der Zweiten Kammer. Gerade die älteren Lehrer wissen diese Verbesserungen ihrer Verhältnisse gegen früher sehr zu schätzen. Sie haben allerdings Zeiten mitgemacht, in denen sie tatsächlich mit Entbehrungen jeder Art zu kämpfen hatten. Das muß doch nun Jeder zugeben, daß heute solche Verhältnisse nicht mehr bestehen, daß vieles anders, vieles besser geworden ist.

Was die Vermehrung der Stundenzahlen anlangt, so bin auch ich damit einverstanden, wenn für die oberen Klassen mehr Stunden eingeführt werden. Man soll aber dann bei dem System der Halbtagschule bleiben, denn der Übergang von der Halbtags- zur Ganztagschule wird auf dem Lande großen Schwierigkeiten begegnen.

Auch der Fortbildungsschule sollte große Aufmerksamkeit zugewendet werden. Sie ist eine gefährliche Zeit, weil der Schulzwang aufhört, in den jungen Leuten aber noch nicht das nötige Verständnis dafür vorhanden ist, daß es für sie von außerordentlicher Wichtigkeit ist, daß Gelernte nicht zu vergessen. Nun ist es ein großer Mangel, daß der Fortbildungsunterricht auf dem Lande auf den Sommer auf zwei Nachmittage verlegt ist. Es bleibt da sehr wenig hängen, denn bis die Kinder erhitzt von der Arbeit in die Schule kommen und richtig sitzen, ist der Unterricht vorbei. Ich möchte anregen, ob es nicht möglich wäre, den Fortbildungsunterricht auf das Winterhalbjahr vom Oktober bis April zu verlegen. Es könnten dann 4 oder 5 Stunden auf einmal abgehalten werden und da läme viel mehr heraus.

Es sind mir von Lehrern aus meinem Bezirk Wünsche mitgeteilt worden bezüglich des Verbots der Schulfenerung. Es wurde mir mitgeteilt, das Verbot werde wieder aufgehoben. Wenn dies nicht der Fall sein sollte, dann möchte ich sehr bitten, daß dies geschieht. In einer Gemeinde meines Bezirks besorgt der Lehrer die Fenerung eines

Dauerbrandofens für 20 M jährlich, würde die Gemeinde es zu be-  
sorgen haben, so müßte sie vielleicht das vierfache dafür bezahlen. In  
einer anderen Gemeinde besorgt die Frau des Lehrers, da die Lehr-  
säle gegenüber der Wohnung des Lehrers liegen. Es gibt Gemeinden  
genug, wo man an eine Person die Feuerung vergeben kann, aber man  
sollte doch dem Lehrer nicht einfach die Feuerung verbieten, wenn er das  
freiwillig tun will.

Zum § 49 der Schulordnung hat der Abg. Fehrenbach  
bereits das Zutreffende gesagt, allein die Antwort der Regierung hat  
mich nicht befriedigt. Ich habe noch einen anderen Grund, die Sache  
hier vorzubringen. Es ist von beiden Konfessionen, die in meinem  
Bezirk vertreten sind, die Bitte an mich gerichtet worden, hier ein paar  
Worte einzulegen, daß die Verfügung aufgehoben wird. Ich glaube,  
wenn die Sache von der Schulbehörde richtig angepaßt worden wäre,  
so wäre die ganze Erregung überhaupt nicht gekommen. Ich habe nicht  
recht verstehen können, wie der Herr Regierungsvertreter sagen konnte,  
„ich stelle dahin, welche Bedeutung solche Feste haben“. Die Verhält-  
nisse auf dem Land sind doch anders als in der Stadt. Ein Hochzeits-  
fest auf dem Land ist ein Fest der ganzen Gemeinde, und es kommen  
da alte Sitten und Gebräuche zur Anwendung, die auch für die Kinder  
großes Interesse haben. Das Brautpaar wird mit Musik nach der  
landesamtlichen Trauung in die Kirche zur Einsegnung geleitet, die  
ganze Gemeinde beteiligt sich daran, und es ist ein Ereignis, das nicht  
oft vorkommt. Ist die Braut oder der Bräutigam gar von einer anderen  
Gemeinde, so wird von Altersgenossen oder Genossinnen der Weg zur  
Kirche mit einem Blumenkranz geperrt und in wohlgeleiteter Rede  
Protest erhoben, bis schließlich der Weg durch Zerreißen des Kranzes  
frei gegeben wird. Ein Todesfall in einer Gemeinde ist ebenfalls ein  
Ereignis, an dem sich die ganze Gemeinde beteiligt, und ich verstehe  
nicht recht, wie der Vorstand der Ortschulbehörde hier einen Aus-  
nahmefall konstatieren soll, denn ein Todesfall ist immer ein Ausnahmefall  
in einer Familie und ich weiß nicht, wo die Grenze gezogen werden  
soll für die Erlaubnis zur Teilnahme der Kinder. In katholischen  
Gemeinden gehen bei der Beerdigung die Kinder und aus jedem Haus  
mindestens eine Person mit, die unter Gebet den Sarg zum Friedhof  
geleitet; bei den protestantischen Gemeinden besteht die schöne Sitte,  
daß der Lehrer mit der Schulkinder zum Sterbehause geht und bis  
zum Grab mit den Kindern singt. Da gibt es keinen Unterschied  
zwischen Reich und Arm. In den kleinen Gemeinden, wo nur ein  
Lehrer ist, ist die Teilnahme des Lehrers außerhalb der Schulzeit un-  
möglich. Wie die Regierung sagt, ist der Zweck der Verfügung der,  
auf keinen Fall die Schulstunden zu verkürzen. Das wollen wir alle  
auch, wir wollen, daß die versäumte Zeit vor oder nachher eingeholt  
wird, es ist aber unmöglich, bei einer Beerdigung vorher eine Orts-  
schulratsitzung anzuberäumen oder an den Kreis Schulrat zu berichten.  
Ich glaube, man kann auch unter Wahrung des Standpunktes, daß  
keine Unterrichtszeit verloren werden soll, dennoch diese schöne Sitte auf-  
recht erhalten. Wie bureaukratisch buchstäblich der § 49 gehandhabt  
wird, zeigt ein Vorkommnis, das mir mitgeteilt wurde. In einem Ort des  
Oberlandes wurde wie bisher die Allerheiligenfeier mit Gräberbesuch unter  
Beteiligung der ganzen Gemeinde und auch der Schulkinder und des  
Lehrers vormittags während der Schulzeit abgehalten. Ein Kreis Schulrat, der  
zufällig ebenfalls in pietätvoller Weise das Grab eines Verwandten be-  
suchte, bemerkte den Vorgang und zog nachher den Orts Schulrat gründlich  
zur Verantwortung. Das scheint mir doch zu weit zu gehen. Der  
Abg. Fehrenbach hat mit Recht von den Trachtenvereinen gesprochen  
und davon, wie großer Wert in den höheren und höchsten Kreisen darauf  
gelegt werde, die Trachten und Sitten des Volkes auf dem Lande zu er-  
halten. Ich will noch hinzufügen, daß auch ein anderer Verein, der  
Verein für ländliche Wohlfahrtspflege besteht, der in lobenswerter Weise  
Heimatspolitik betreibt, und der sogar, wie ich erfahren habe, einen  
Staatszuschuß erhält. Der Verein macht sich zur Aufgabe, der bedeu-  
tlichen Landflucht entgegenzuwirken, alte Sitten und Gebräuche zu er-  
halten und die Freude am Landleben wieder zu stärken. Und da kommt  
der Ober Schulrat und verbietet, daß die Kinder an solchen Festen teil-  
nehmen, bei welchen sie die alten Sitten und Gebräuche kennen lernen  
können! Das findet auf dem Land kein Verständnis, und ich möchte  
recht sehr bitten, daß man den Kindern nicht verbietet, an den freundlichen  
und traurigen Ereignissen in der Gemeinde teilzunehmen. — Es ist vom  
Abg. Eichhorn von der Aufhebung des Schulgelds gesprochen worden,  
und er hat gemeint, das Schulgeld sei eine Ungerechtigkeit. Das gehört  
nach meiner Ansicht der Initiative der Gemeinde überlassen. Es gibt  
in den Gemeinden Leute, die gern das Schulgeld bezahlen, und die Un-  
bemitteltesten sind so wie so von dem Schulgeld frei.

Es sind mir noch einige Wünsche vorgetragen worden bezüglich  
des Turnens auf dem Schwarzwald. Ich bin kein Gegner  
des Turnens, wenn mir aber gesagt wird, daß die Kinder auf dem  
Schwarzwald drei Stunden von und zur Schule haben und dann auch  
noch Turnunterricht mitnehmen müssen, so habe ich dafür kein Ver-  
ständnis; ich meine, die Kinder hätten, wenn sie einen so langen Weg  
zur Schule machen, genug geturnt. Man sollte für solche Ausnahmefälle  
vom Turnunterricht Dispens erteilen, denn das Vaterland kommt

nicht in Gefahr, wenn man den Buben auf dem Schwarzwald das  
Turnen schenken würde.

Über die Simultan- und die konfessionelle  
Schule ist bereits genügend gesprochen worden. Ich möchte nur dem  
Abg. Eichhorn erwidern, daß seine Ausführungen nicht ganz konsequent  
waren. Er hat gemeint, so lange das Kind keinen selbständigen Willen  
habe und oft mit dem Stock in den Religionsunterricht getrieben werden  
müsse, bekomme es einen Abscheu vor der Religion und wende sich von  
ihr ab. Die Konsequenz dieser seiner Anschauung wäre, daß er auch  
den Schulzwang aufheben müßte, denn auch dieser richtet sich gegen den  
Willen des Kindes. Bei dieser Frage aber besteht eine sehr tiefe Kluft  
zwischen ihm und meiner Partei, da handelt es sich um die christliche  
und die atheistische Weltanschauung, und die Leute, die auf dem Boden  
der christlichen Weltanschauung stehen wie ich, wünschen, daß an der Schule  
auch Religion gelehrt werde. (Beifall im Zentrum.)

Schluß der Sitzung kurz vor 1 Uhr nachmittags.

3. Sitzung (102. Sitzung der Kammer. Donnerstag, den 16. Juni,  
nachm. 1/25 bis 8 Uhr).

An diesem Nachmittag sprachen die Abg. Hennig, Frähauf und  
der Minister.

Während der Sitzung kamen die Eventualanträge Frähauf und  
Genossen ein. Nach dem ersten wird die Großh. Regierung ersucht,

1. den § 39 des Gesetzes über den Elementar-Unterricht folgender-  
maßen abzuändern: „Hauptlehrer an Volksschulen erhalten: a. einen  
jährlichen Gehalt nach Maßgabe der ihnen im Gehaltsstafel der Beamten  
eingeräumten Stelle; b. freie Wohnung nach § 42 des Gesetzes. Haupt-  
lehrerinnen an Volksschulen erhalten denselben Gehalt wie Hauptlehrer,  
jedoch nur bis zum jährlichen Höchstbetrag von 2100 M.“

2. die Hauptlehrer an Volksschulen werden in G 5 (1500—2800 M)  
des Beamtengehaltstafels eingereiht. Die dadurch entstehenden Lasten  
trägt die Staatskasse.

3. Diese Gesetzesbestimmungen treten mit dem 1. Januar 1905  
in folgender Weise in Kraft: a. Jedem Hauptlehrer und jeder Haupt-  
lehrerin wird der Unterschied zwischen dem Einkommen vom 1. Januar  
1905 nach dem bisherigen Tarif und dem Tarif nach G 5 vom  
1. Januar 1908 in vier gleichen Jahresraten gewährt, und zwar je eine  
Rate auf 1. Januar der Jahre 1905, 1906, 1907, 1908. Die weiteren  
regelmäßigen Zulagen erfolgen vom 1. Januar 1908 ab, wie wenn die  
gesamte etatmäßige Dienstzeit unter Wirkung der Skala nach G 5 zu-  
gebracht worden wäre. Auf die in den Jahren 1905, 1906, 1907 zur  
ersten etatmäßigen Anstellung gelangenden Lehrer und Lehrerinnen findet  
diese Bestimmung sinngemäße Anwendung. b. Alle Hauptlehrer (Haupt-  
lehrerinnen), welche am 1. Januar 1905 das 65. Lebensjahr vollendet  
haben, rücken sofort in das Tarifstufen nach G 5 ein. Diejenigen Haupt-  
lehrer (Hauptlehrerinnen), welche in der Übergangszeit das 65. Lebens-  
jahr vollenden, erhalten mit Erreichung dieser Altersgrenze gleichfalls  
das Tarifstufen, und zwar analog § 9 der Gehaltsordnung, sofern die  
für den Anfall des Tarifstufen maßgebende Tatsache in den beiden ersten  
Monaten des Kalendervierteljahres stattgefunden hat, von dem ersten  
Tag eben dieses Vierteljahres, sofern dagegen die maßgebende Tatsache  
in den letzten Monaten des Vierteljahres fällt, von dem ersten Tag des  
nachfolgenden Kalendervierteljahres.

4. Wird vor 1. Januar 1908 der Beamtengehaltstafel einer  
allgemeinen Revision unterzogen, so rücken die Hauptlehrer (Hauptlehrer-  
innen) mit Inkrafttreten des neuen Tarifs in den Gehalt ein, den ein  
Beamter der nämlichen Gehaltsklasse und mit derselben etatmäßigen  
Dienstzeit alsdann bezieht.

Der zweite Antrag, unterzeichnet von Frähauf, Bortisch, Jhrig,  
Heimbürger lautet:

„Wir beantragen, in Ziff. 1 Abs. 3 des Kommissionsantrags  
hinter den Worten: „unter Einreihung in den Gehaltsstafel“ einzufügen:  
„jedoch nicht unter G Ziff. 5.“

Bekanntlich wurde in der letzten Sitzung der erste dieser Anträge  
mit 36 gegen 18 abgelehnt, der zweite dagegen mit allen gegen eine  
Stimme angenommen.

Wir fahren fort in der Berichterstattung und geben die Rede des  
Abg. Hennig nach dem amtlichen Bericht der Karlsruher Zeitung wieder.

Abg. Hennig: Nachdem wir bereits eine lange Vormittags-  
sitzung abgehalten haben, will ich Ihre Zeit, besonders in Anbetracht  
der großen Hitze, nicht lange in Anspruch nehmen.

Es ist in letzter Zeit in den Zeitungen, insbesondere auch in  
den Schulzeitungen,<sup>1)</sup> außerordentlich viel über Schulfragen  
geschrieben worden, und in einer leidenschaftlichen Weise, wie sie  
nicht zu billigen ist. Diese Heiße hat gewiß keinerlei Erfolg. Sowohl  
die Großh. Regierung als auch die rechte und linke Seite dieses Hauses  
haben ja schon wiederholt versichert, daß sie sich durch die verhetzenden  
Artikel in den Zeitungen nicht beirren lassen werden. Wir werden ein-  
fach nach wie vor unsere Pflicht und Schuldigkeit tun. Allein bedauer-

<sup>1)</sup> Den Vorwurf des Herrn Abg. Hennig, daß die Bad. Schulzeitung, das  
Organ des Bad. Lehrervereins, in leidenschaftlicher Weise die Schulfragen behandelt  
habe, weisen wir mit aller Energie zurück. D. Stg.

lich ist diese Hegerie vom Standpunkt der Lehrer selbst; denn nur dem Lehrerstand wird damit geschadet. Jene Lehrer, welche diese Hegerie treiben, sollten doch endlich einmal zur Überzeugung kommen, daß damit ihrem Stand und dessen Interessen nur geschadet wird. Wir sind ja alle der Ansicht, daß die Volksschule eine sehr wichtige Anstalt für die Gemeinde wie für das ganze Volk darstellt. Wir haben sie von jeher als eine wichtige Anstalt betrachtet und sind von jeher dafür eingetreten. Wir wünschen auch, daß der Lehrerstand selbst geachtet und gestützt wird, und daß ihm diejenige Stelle eingeräumt wird, welche ihm nach seiner Bildung zukommt. Ein Hauptstreitpunkt ist die Frage der Aufnahme in den Gehaltstarif. Hier möchte ich nur auf eines hinweisen: Viele Lehrer gehen von der Ansicht aus, daß wenn sie einmal im Gehaltstarif aufgeführt sind, sie aus einer Beförderung der Beamten ebenfalls Vorteile ziehen. Das ist richtig, aber man muß doch auch bedenken, daß die übrigen Beamten absetzbar sind, während das beim Lehrer nach den jetzigen Verhältnissen nicht der Fall ist. Auch kann ein Beamter in eine niedrigere Gehaltsstufe versetzt werden. Bei den Lehrern gibt es nur eine Klasse, und darum existiert eine Beförderung in eine niedrigere Klasse nicht. Es ist auf verschiedenen Seiten des Hauses auch früher schon bemerkt worden, daß unsere Schule nicht mehr auf der Höhe stünde wie früher. So hat Oberkercher gesagt, vor 30 Jahren sei unsere Schule relativ besser gewesen als heute. Eichhorn sagte: Baden sei ein bildungsarmes Land. Auch der Abg. Vinz hat geklagt, daß ihm in seiner Praxis schon oft Leute begegnet wären, welchen die einfachsten Kenntnisse abgehen. Auch möchte ich noch hinweisen auf die häufigen Klagen über Verrohung der Jugend, über zunehmendes Verbrechen u. dergl. mehr. Das sind doch alles Dinge, die nicht gerade sehr schmeichelhaft für die Lehrer klingen dürften.

Auch von Schulleid ist mit großer Leidenschaftlichkeit verhandelt worden, und man hat immer andere Staaten zum Vergleich herangezogen. Ich muß nun sagen, daß ich die Verhältnisse nicht so schlimm finden kann. Nach der im Bericht aufgeführten Statistik haben wir nur 97 Schulen mit über 100 Schülern. Auf eine Lehrkraft kommen durchschnittlich 60,7 Schulkinder. Wenn man bedenkt, daß der Lehrer 2 Klassen zu unterrichten hat, so kämen auf eine Klasse 30 (Widerspruch im Hause), so steht es in dem Bericht. Von einem Schulleid zu reden, dazu liegt jedenfalls kein Grund vor, und ich finde die Ausführungen verschiedener Herren dieses Hauses für sehr übertrieben.

Herr Abg. Eichhorn hat sich ja nicht bloß über die Volksschule auf dem Lande sondern auch bezüglich der Schulen in den Städten beklagt. Vor 2 Jahren hat uns der Abg. Dreesbach mitgeteilt, die Kinder, die von dem Lande in die Stadt kämen, brächten es gewöhnlich nur bis zur 7. Klasse. Nach der Darlegung des Herrn Abg. Eichhorn bringen es aber auch die städtischen Kinder sehr oft nur bis zur 6. Wenn es nun die Kinder von der Stadt bis zur 6., diejenigen vom Lande zur 7. Klasse bringen, so (lachen bei den Sozialdemokraten). Ich weiß schon, warum Sie lachen. Nun, ich habe Erkundigungen eingezogen, und da ist mir gesagt worden, die Kinder, die vom Lande kämen, seien zwar hinsichtlich der Kenntnisse etwas zurück, aber dafür aufmerksamer, geistig frischer und bescheidener. Daraus will ich nur den Schluß ziehen, daß das allzulange Schulhalten auch nicht allein die gute Schule ausmacht. Der zu lange Unterricht macht die Kinder müde und schlapp, und ein gutes Resultat wird dabei nicht erzielt. Die Behörde sollte auch das Schulhalten nicht erschweren; so hat die Verordnung bezüglich der Züchtigung gar nicht gut gewirkt.

Daß die Prüfungsbescheide der Ortsschulbehörde nicht mehr mitgeteilt werden, sondern sie nur allgemeine Resultate erhalten, halte ich auch nicht für gut. Die Ortsschulbehörden bekommen so keinen Einblick in die Zustände der Schule. Nun ist gesagt worden, es sei vorgekommen, daß Bürgermeister den Bescheid auf dem Tisch liegen ließen, so daß sie in die Hände der Frauen und Kinder gekommen sind. Ich gebe zu, daß das Nachteile sind. Allein das kann nur einem Lehrer unangenehm sein, der seine Pflicht nicht getan hat. Den fleißigen Lehrern, die mit gutem Erfolg abgeschnitten haben, kann eine Anerkennung nur angenehm sein. Ich halte auch diese Verordnung nicht für günstig.

Der Abg. Eichhorn hat sodann besonders darauf abgehoben, daß die Einheitschule durchgeführt werden müßte. In den Volksschulen auf dem Lande ist das mit geringen Ausnahmen der Fall, es kann sich also nur um die Städte handeln. Allein soviel Freiheit sollte man doch den Eltern lassen, daß sie entscheiden dürfen, in welche Schulen sie ihre Kinder schicken wollen. Warum soll man ihnen diese Möglichkeit nicht gewähren? Das ist doch eine merkwürdige Erscheinung, von Freiheit kann da keine Rede mehr sein. (Abg. Eichhorn: Aber die ärmeren Kinder!) Die ärmeren Kinder bekommen denselben Unterricht wie die bemittelteren. Den armen wird auch der Eintritt in die höheren Schulen sehr erleichtert. Wie viele unbemittelte junge Leute habe ich und haben meine Amtsbrüder schon vorbereitet! (Abg. Eichhorn: Und dann als Stipendiaten!) Sie sind alle etwas geworden. Die allermeisten Beamten, Lehrer und Geistlichen sind aus den niederen Ständen hervorgegangen. Ich begreife ja wohl, was der Abg. Eichhorn will. Er will den Zukunftsstaat, und damit der Zukunftsgeist kommt, soll er jetzt schon von unten eingepflanzt werden.

Besonders behandelt hat der Abg. Eichhorn den Ausschluß des Religionsunterrichts. Er handelt nach berühmten Mustern. Die religionslose Schule wurde zum ersten Mal begründet unter Robespierre in der französischen Revolution, der wahrscheinlich als großer Heiliger in Ihrem Kalender (zu den Sozialdemokraten) verzeichnet steht. (Weiterkeit Abg. Süßkind: Wir haben gar keine Heiligen!) Dort wurde unter Androhung der Todesstrafe die ausschließliche Teilnahme an der nationalen Erziehungsschule geboten. Nach ein paar Jahren wurde aber das Gesetz abgeändert und erlaubt, Privatschulen zu errichten, aber nur nach Vorbringung des Zeugnisses, daß man ein Feind des Königs, des Adels und der Geistlichkeit sei. Das ging etwa so 10 Jahre. Dann kamen Robespierre und seine Genossen auf das Schafot, und die Nationalerziehung war damit zu Ende. Napoleon I. hat erkannt, daß nicht ohne die Religion zu regieren sei, und ließ deshalb die Religion in der Schule zu, wenn diese auch Staatschule war. Nach der Julirevolution haben die Herren wiederum die Nationalchule gefordert; in 20 000 Gemeinden sollten sofort Laienlehrer angestellt werden. Es dauerte aber nicht lange, so waren sie Kommunisten. Als dann die 48er Revolution ausbrach, hat das Volk den Abgrund erkannt und Schulfreiheit gewährt.

Jetzt, wo man wieder in einer revolutionären Zeit lebt, hat man wieder mit der Religion aufgeräumt; es war in den 80er Jahren, man geriet in recht große Verlegenheit. Die Frage war, was soll eigentlich gelehrt werden? Das wurde dann jedem Lehrer selbst überlassen. In Bälde zeigte sich aber, daß, wenn man die Moral jedem einzelnen überläßt, man damit nicht weit kommt; man verlangte dann, daß Bücher gebraucht werden sollen. Eines der besten dieser Bücher ist das von Falvis, welches 180 Seiten hat, aber davon nur 18 von den Pflichten. Wenn das die Muster sind, nach denen Sie (zu den Sozialdemokraten) das Volk erziehen wollen, so sind die Ausichten keine großen. Es war sehr interessant, was der Abg. Eichhorn über den Religionsunterricht gesagt hat. Ich könnte mich auf alle katholischen Religionslehrer berufen, daß er von unserem Religionsunterricht eine ganz falsche Auffassung hat. Daß hier den Kindern die Religion nur mechanisch eingepflanzt wird, ist absolut unwahr. Katechismus und biblische Geschichte enthalten wichtige Dinge. Sie werden gelehrt, den Kindern zur Überzeugung gebracht, ihnen ins Gemüt gerufen, und die Kinder werden angehalten, ihr Leben danach einzurichten. Desgleichen ist absolut falsch, es würden dabei nur die Armen gelehrt werden, gehoriam zu sein. Ich weiß nicht, in was für Schulen der Abg. Eichhorn gelernt hat. Bei uns werden alle Kinder als gleichberechtigt behandelt. Nicht bloß den armen Kindern werden ihre Pflichten vorgehalten, sondern auch den reichen. Ich kann hier sagen: ex ore tuo judico! Wie oft wird von den Sozialdemokraten das Gleichnis vom armen Lazarus und dem reichen Pharisäer angeführt! Dieses Gleichnis steht in der biblischen Geschichte und wird im Religionsunterricht gelehrt. Der Geiz wird verurteilt, die Kinder werden zur Nächstenliebe angehalten.

Der Abg. Eichhorn hat auch gesagt, man gehe darauf aus, die Menschen in Armut zu erhalten. Auch darin ist er schlecht unterrichtet. Im Katechismus steht die Frage behandelt, daß man sich selbst lieben soll. (Zuruf des Abg. Eichhorn: Warum sind Sie denn gegen die Gewerkschaften?) — Präsident Dr. Günner: Ich bitte die fortwährenden Unterbrechungen zu unterlassen, aber auch die Redner, sich nicht auf jede Unterbrechung einzulassen. — Es wird weiter gelehrt, wie dies zu verstehen ist: 1. daß der Mensch die Pflicht hat, überall die höheren Grundsätze zu beachten, 2. daß er nicht das eigene Wohl suchen soll zum Nachteil seiner Mitmenschen, 3. daß der Mensch mehr für die Seele als für den Leib sorgen soll. Alle diese Grundsätze werden den Kindern vor Augen geführt. Wenn also der Abg. Eichhorn wieder einmal unseren allgemeinen Religionsunterricht veripotten will, dann möchte ich ihn sehr bitten, zuerst den Katechismus durchzulesen. Wenn man wie er so große Reden hält über alle möglichen Verhältnisse, dann sollte man sich auch im Katechismus besser auskennen. Wer diesen kennt und recht versteht, der hat sehr viel Wissenschaft. Der Abg. Eichhorn hat allerdings eingewendet, es werde nicht immer nach der Lehre des Katechismus gehandelt. Das liegt aber in der Gebrechlichkeit der Menschennatur, es kommt aber auch daher, weil heutzutage die Religion so viel verspottet und dadurch die Leute gleichgültig werden gegen die Religion, und daran haben einen großen Teil Schuld die Sozialdemokraten.

Was den § 49 der Sch.-O. anbelangt, so hat der Herr Oberschulratsdirektor den Erlaß zu rechtfertigen gesucht, allein es ist ihm nicht gelungen. Er hat sich auf einen früheren Erlaß berufen, allein der hat einen ganz anderen Untergrund. Dort hat es geheißen, man solle tunlichst vermeiden, daß die Schule gestört wird, in dem neuen Erlaß aber heißt es: Es ist verboten, den Unterricht zu unterbrechen. Wie oft kommen nun solche Störungen vor? Zuerst kam die Verordnung, dann kam eine neue Verordnung, wonach jeder Fall berichtet werden müsse. Man denke sich nun, was das für ein Schreibwerk gibt. Dazu hat man das statistische Jahrbuch. Nach diesem kommen auf 1000 Einwohner 23 Sterbfälle. Davon fallen zunächst die Kinder weg, da diese ja ohne besondere Feierlichkeiten beerdigt werden. Dann fallen

noch die hinweg, die in der schulfreien Zeit beerdigt werden. Es bleiben dann noch ungefähr 6 übrig, und was kann dann bei diesen 6 Beerdigungen dem Unterricht geschadet werden? Dann ist doch jeder Lehrer, der einigem Eifer hat, darauf bedacht, vorher oder nachher das Versäumte nachzuholen. Wie kann man wegen solcher Kleinigkeiten einen solchen Aufruf im Land hervorrufen, denn alle katholischen und protestantischen Gemeinden waren deswegen erbittert! Die Städte und größeren Gemeinden kommen ja nicht in Betracht, denn dort haben sich ja andere Verhältnisse herausgebildet. Wenn ein Lehrer nicht nachholen will und leichtsinnig ist, hat er Gelegenheit genug, sonst leichtsinnig zu sein. Aber man bedenke doch: Hat denn das ethische Moment in dieser Sache gar keinen Wert? Ich muß mich wundern, daß unser Oberschulrat einen solchen Erlaß hinausgehen lassen konnte. In der gleichen Schulordnung heißt es, der Lehrer hat Vollmacht, Dispens bis zu einem Tage zu geben. Hier wird ungeniert Erlaubnis erteilt. (Abg. Fröhlich: Hört, hört!) Wird das ethische Moment, wodurch die Kinder erzogen werden sollen, um an Leiden und Freuden der Mitmenschen teilzunehmen, so gering geachtet? Außerdem ist es dem Lehrer vielfach unmöglich, während eines solchen Festes Unterricht zu halten, da dabei gewöhnlich Mühe gemacht wird und diese auch an der Schule vorbeizieht. Ich glaube, nach allem diesem kann man der Regierung nur raten, den Erlaß sobald als möglich zurückzuziehen. Unsere heutige Zeit hätte allen Grund, das ethische und religiöse Moment mehr und mehr zu betonen. Es schadet diese Vorschrift auch dem Lehrer, denn die Gemeindeangehörigen werden es ihm übel auslegen, wenn er sich weigert, den Kindern zu derartigen Festen freizugehen. Und die Hygiene, Leiden in der heißen Mittagsstunde zu beerdigen! Zum Schluß noch eine Bemerkung. Wirken wir doch alle zusammen, daß unser Volk eine gute Schulbildung bekommt, daß es nicht nur unterrichtet, sondern auch erzogen wird, denn die Schule soll nicht nur eine Unterrichtsanstalt, sondern auch eine Erziehungsanstalt sein, gerade in der heutigen Zeit, wo die sozialen Verhältnisse oft nicht sind, wie sie sein sollen, daß das Familienleben nicht so ist, wie es sein soll, da soll die Schule die Erziehung ganz besonders pflegen (Beifall).

Es erhält sodann in der allgemeinen Beratung und zur Begründung seiner Anträge das Wort Abg. Fröhlich, dessen Rede wir nach dem Kammerstenogramm bringen:

Abg. Fröhlich: Sehr geehrte Herren! Ich habe mir vor zwei Jahren zu bemerken erlaubt, daß mit Rücksicht auf die damals abgeklärte und gestörte Verhandlung über den Volksschuletat und der damals von verschiedenen Parteien des Hauses gestellten Anträge, ich mir gestattet werde, im folgenden — also in diesem — Landtag den Versuch zu machen, die Schulfrage im Großen auf die Tagesordnung zu bringen, und ich glaube, daß mir das, soweit das in meinen Kräften steht, auch gelungen ist. Ich danke den Herren auf allen Seiten dieses hohen Hauses für die tatkräftige Mitarbeit, die sie der Ausführung dieses Versuches geleistet haben. Ich muß offen gestehen, daß diese tatkräftige Mitarbeit meine Erwartungen, die ich damals — vor 2 Jahren — hegte, weit aus übertraffen hat, und ich bin sehr angenehm überrascht gewesen und erinnere mich noch sehr genau an den Debatteabend, als der nationalliberale Antrag verlesen wurde. Ich dachte bei mir, als ich die Anträge nacheinander hörte: Nun, natürlich heißt es wieder nachher: Eichhorn, Kramer, Süßkind und Genossen, wie das auf früheren Landtagen der Fall war. Ich habe den Antrag damals so lange für einen von der soz.-dem. Partei gestellten gehalten, bis am Schlusse plötzlich die Namen der nationalliberalen Herren erschienen. (Heiterkeit bei den Soz.-Dem.) Sie können sich meine angenehme Ueberraschung selbstverständlich lebhaft vorstellen. (Zurufe bei den Nat.-Lib. und Soz.-Dem.)

Ich habe mir nun auch erlaubt, in dem wichtigsten Punkt den Versuch zu machen, sowohl der Regierung als dem Hohen Hause die Möglichkeit an die Hand zu geben, mit einem positiven, namentlich auch finanziell zu überblickenden Antrag vor das Haus zu treten, und die Aufnahme, die dieser Antrag mit der Zeit gefunden hat, rechtfertigt die Hoffnung, daß er in zwei Jahren seine Früchte tragen wird.

Nachdem die Regierung erklärt hat, daß mein Antrag für sie auf diesem Landtag absolut mannehrbar ist, und nachdem die beiden großen Parteien feierlich erklärt haben, daß sie darum nicht für diesen Antrag stimmen, so habe ich es für zweckmäßig gehalten, einen Eventualantrag zu stellen, welcher, sich anlehnend an den Wortlaut des Kommissionsberichts und an die Erklärungen der bis jetzt aufgetretenen Herren Redner, denselben Antrag wiederholt, jedoch mit der einzigen Abänderung, daß die Groß-Regierung ersucht wird, nicht schon in dieser Session, sondern erst in der nächsten Session denselben Vorschlag zu einem Gesetzesentwurf zu veredigen und dann selbstverständlich die Jahreszahlen 1905—1908 entsprechend abzuändern auf 1906—1909. Ich zweifle nicht, daß dieser Antrag die einstimmige Annahme des Hohen Hauses finden wird, wenn nicht schon der erste etwa angenommen werden sollte, welche Hoffnung ja noch immer nicht aufgegeben werden darf; denn ich könnte mir beim besten Willen nicht erklären, wie nach dem Wortlaut der Kommissionsanträge und deren Begründung und nach dem Wortlaute der Stenogramme der

Reden der Herren Kollegen Wildens und Fehrenbach irgend jemand im Hohen Hause dazu kommen könnte, diesem Eventualantrag seine Zustimmung zu versagen, da er gar nichts anderes ausspricht als wörtlich, klar und begrenzt das, was die Herren selbst als ihre feste Absicht bekundet haben. Nur vielleicht die Uebergangsbestimmungen könnten ein Grund sein, um diesem Antrag nicht zuzustimmen. Ich glaube aber doch nicht, daß jemand sich an diesen Strohalm wird klammern wollen; denn der Grundgedanke dieses Antrags ist so wichtig, daß diese verhältnismäßig untergeordnete Frage kein Grund ist, um nun lediglich deshalb den ganzen Antrag zu Falle zu bringen.

Selbstverständlich müssen wir auch damit rechnen, daß Unvorhergesehenes passiert und daß die Erklärungen, die wir gehört haben, trotzdem nicht in die Tat durch Zustimmung zu diesem Eventualantrag umgesetzt werden. Ich habe deshalb für alle Fälle — jubelnd, wie der Jurist sagt — noch einen Antrag gestellt, daß in den Kommissionsantrag, soweit er sich mit den Gehaltsverhältnissen befaßt, wenigstens noch die in der Kommissionsbegründung ja ausdrücklich erwählte Bestimmung der Aufnahme der Lehrer in den Gehaltstarif nicht unter G 5 eingefügt wird; denn es ist absolut nicht abzusehen, wie der so ausführliche und schlüssige Antrag der Kommission, der sogar mit Wirkung vom 1. Januar 1906, wie in der letzten Sitzung nachträglich noch beschlossen worden ist, die endgültige Regelung der Gehaltsverhältnisse der Lehrer verlangt, es ist nicht abzusehen, wie dieser Antrag nicht wenigstens nach der Seite der zu gewährenden Mindestskala ergänzt werden sollte in der Weise, wie ich das verlangt habe. Ich meine, der Kommissionsantrag schreit förmlich nach dieser Ergänzung durch die in der Begründung zu findende Forderung der Aufnahme in den Gehaltstarif nicht unter G 5.

Im übrigen hat die Behandlung dieser Sache, wenn ich auch zugeben muß, daß sie sich auf einem erfreulich hohen Niveau bis jetzt gehalten hat, auf mich den Eindruck gemacht, daß eine gewisse Nervosität sich aller derjenigen Kreise bemächtigt hat, die aktiv oder passiv an diesen Fragen interessiert sind. Man ist auf beiden Seiten so empfindlich gegen jede, aber auch jede Kritik geworden, daß es wirklich jemandem schwer fallen dürfte, auf der einen oder andern Seite zu sagen: Was ist denn nun noch erlaubte, objektive Kritik, und was ist, wie man es nennt, Hezerei und persönliche Befehdung? Ich habe mich z. B. sehr gewundert, wie selbst der Herr Berichterstatter geglaubt hat, daß er persönlich angegriffen worden sei. Daß sein Bericht, seine Stellungnahme kritisiert worden ist, das ist ja doch wohl selbstverständlich. Das Recht der Kritik wird auch er gewiß jedem zugestehen. Der Bericht ist ja übrigens als Werk der Kommission zu betrachten und also der Kritik jedes einzelnen inner- und außerhalb des Hauses ausgesetzt. Der Herr Minister hat sich ebenfalls darüber beklagt, daß auch ihm gegenüber die Kritik zu weit gegangen sei. Auch das kann ich nicht finden. M. S.! Es ist doch Tatsache, daß selbst Blätter wie der „Schwäbische Merkur“, die „Badische Landeszeitung“ seit einiger Zeit eine geradezu ständige Kritik über die Schulnot, den Lehrermangel — ja, bis zum Schulleidend vertriegen sich die Ausdrücke — eingerichtet haben. Damit ist doch die Tatsache bewiesen, daß wir uns ganz exceptionellen Verhältnissen, Ausnahmeständen gegenüber befinden, und innerhalb solcher Zustände kann man selbstverständlich nicht verlangen, daß im Tone einer akademischen Doktor-dissertation die Meinungsverschiedenheiten ausgefochten werden, sondern hier muß der Kritik der allerweiteste Spielraum gelassen werden. Erst da, wo die Kritik das rein persönliche Gebiet betritt, wo sie das sachliche Moment in den Hintergrund treten oder gar völlig fallen läßt; da würde ich den Herren selbstverständlich zustimmen, wenn sie gegen eine derartige Kritik sich verwahren. Eine positive Angabe darüber aber, welche Kritik nun gemeint ist, wann diese Vorwürfe erhoben worden sind, habe ich bisher vermisst. Auch dem Herrn Kollegen Fehrenbach, der übrigens den Vorwurf der Inloyalität gegen sich erhoben zu sehen geglaubt hat, kann ich nur erwidern, daß ich mich nicht erinnere, daß dieser Vorwurf jemals irgendwo erhoben worden ist. Wenn er erhoben worden wäre, so wäre er von ihm allerdings mit vollem Recht zurückgewiesen worden.

Nun ist auch meine Person in einer mich sehr unangenehm berührenden Weise in diese persönlichen Auseinandersetzungen hineingezogen worden. Es scheint, daß man durch vier Jahre Arbeit nicht so schnell berühmt werden kann als durch die Nichtarbeit von einer einzigen Stunde (Heiterkeit). Man braucht nur irgendwo einmal nicht zu sein, wo man sein sollte, gleichgültig aus welchem Grunde, so wird darüber mehr geschrieben und gesprochen als über die 4 Jahre hier geleistete Arbeit. Nun, meine Herren, gebe ich zu, daß die Herren draußen im Lande, die diese Sache vor allen Dingen angeht, Recht gehabt haben, über die merkwürdige Sitzung der Kommission, in welcher der Gehaltsantrag mit acht gegen sieben Stimmen abgelehnt wurde — ich glaube, die „Volkstimme“ hat das zuerst gebracht, daß der Antragsteller selbst nicht anwesend gewesen sei — ich gebe zu, daß die Öffentlichkeit, die Interessenten ein Recht gehabt haben, über diese Sitzung das Nähere zu erfahren. Nachdem nun aber die Sache doch vollständig aufgeklärt ist,



nachdem sich herausgestellt hat — ich muß das zu meinem großen Bedauern nun auch noch einmal außer in der Presse in der Kammer konstatieren — daß ich lediglich durch eine sehr betrübende Familienangelegenheit veranlaßt worden bin, für wenige Tage meine Aufmerksamkeit in einer für diese Abstimmung in der Kommission verhängnisvoll gewordenen Weise zu teilen, meine ich, könnte diese Erörterung denn doch geschlossen werden. Das ist schließlich doch selbstverständlich, daß jemand, der das Recht gehabt hätte, selbst vom strengsten Standpunkt aus betrachtet, um einen Urlaub nachzusehen, daß dem nachgesehen werden muß, wenn er etwas überhört oder vergißt. Wenn in einer solchen Kommissionsitzung, in welcher, entgegen der sonst üblichen Verkündigung auf schriftlichem Wege (ich meine der Regel nach, wenn die Kommission beisammen ist), der Zeitpunkt der nächsten Sitzung mündlich gesagt wird, und jemand, wie ich, sofort mit dem Zuge verweist, also nicht mehr Gelegenheit hat, sich alles nochmals zu vergegenwärtigen und zu Hause zu notieren, wie er es sonst gemacht hätte, und die Einladung kommt aus dem Bewußtsein, wird vergessen, so ist das doch aufgeklärt. Es sei aber noch festgestellt, daß meine Anwesenheit nichts am Ergebnis geändert hätte. Es wären acht gegen acht Stimmen gewesen, der Herr Vorsitzende Fehrenbach hätte den Ausschlag gegeben, in welcher Weise, ist bekannt, und es wäre also der Antrag doch abgelehnt worden. Mit Recht hat der Herr Abg. Fehrenbach gesagt, die Frage ist viel zu wichtig, als daß das den Ausschlag geben kann, ob einer in der Kommission gerade anwesend ist oder nicht. Nun können wir das verlassen.

Ich muß mich verteidigen gegen die gestrige Bemerkung des Herrn Ministers, daß der Antragsteller sich noch nicht im Hause befindet. Der Herr Minister hätte bloß die Rednerliste einzusehen brauchen, was ja beim Herrn Präsidenten geschehen kann, dann hätte er gesehen, daß ich an dem ersten Tag der Debatte nicht zum Worte, daß ich unmöglich vor dem zweiten Tag an die Reihe kommen werde. Der Herr Präsident hat mir das bei der Meldung auf Befragen ausdrücklich bestätigt. Es weiß der Herr Minister, daß ich noch andere Dinge zu tun habe, und daß ich in der „Karlsruher Zeitung“ so ausgezeichnete Berichte über seine Reden finde, daß ich mir bei meiner knappen Zeit das Recht herausnehmen kann, auch einmal in der Plenarsitzung zu fehlen. Ich habe da zu sein, wo ich zur Zeit am unentbehrlichsten bin. Kann der Herr Minister ein Urteil darüber, wo das der Fall ist, nicht haben? Der Herr Minister muß wissen, daß ich in einer Lage bin, wie vielleicht mit Ausnahme des Herrn Kollegen Schneider kein anderer Abgeordneter, daß wir bei der Ausnahmestellung der diätlosen Karlsruher Abgeordneten in der wunderbaren Situation sind, einen Stellvertreter auf eigene Kosten halten oder selbst nach dem Rechten sehen zu müssen, oder beides. Wir dürfen also wohl das Recht für uns in Anspruch nehmen, wie die Reichstagsabgeordneten, daß wir nicht so häufig erscheinen, wie es recht und wünschenswert wäre. Ich habe nicht geglaubt, daß mir das vom Ministertisch oder von einem Beamten vorgeworfen wird, der sich in diese Lage offenbar nicht hineindenken kann. Aber ich gebe dem Herrn Minister zu, er hat auf diese Zustände, die den Spott und Hohn herausfordern, keine Rücksicht zu nehmen; das verstehe ich vollständig. Man sollte auch von jedem Karlsruher Abgeordneten verlangen können, daß er während der Dauer der Session sich ausschließlich den parlamentarischen Arbeiten zu widmen hat. Das hätte man längst durch Gewährung von Tagegeldern erzielen sollen. Zu dem Ausnahmezustand aber, in dem wir uns befinden, halte ich mich ebenso wenig dazu verpflichtet, wie die Kollegen im Reichstag.

Wie nervös die Stimmung im Lande geworden ist in der Öffentlichkeit, das zeigt auch die Beurteilung der Abstimmung über den Antrag der Herren Abg. Heimburger und Genossen auf Mittelschulvorbereitung zum Seminar. Da sind uns so ziemlich durch die Bank Vorwürfe gemacht worden darüber, daß wir diesem Antrag gegenüber nicht das Richtige getroffen hätten. Es freut mich diese Gelegenheit, weil sie ein ausgezeichnetes Mittel ist, endlich einmal zu konstatieren, daß wir, die wir uns so sehr für die Lehrer ins Zeug gelegt haben, durchaus nicht etwa die Lehrer als Person in allererster Linie ins Auge zu fassen gewöhnt sind (Abg. Eichhorn: Sehr richtig!) bei der Behandlung dieser Frage, sondern daß wir für die Person der Herren Lehrer genau nur so lange einzutreten in der Lage sind, als ihre Interessen vollständig parallel laufen und sich decken mit denen der Schule selbst. Deshalb müssen wir uns den Herren Lehrern gegenüber das Recht wahren, jedem Antrag gegenüber unter Umständen eine, den Wünschen der Herren Lehrer diametral gegenüberstehende Haltung einzunehmen, wenn wir der Ansicht sind, daß der Antrag mit der Begründung nicht mehr verteidigt werden kann, daß er nicht mehr dem von mir als Direktive aufgestellten Erfordernis der Parallelität der Interessen der Schule und Lehrer gerecht wird. Es muß darum jeweils untersucht werden, wo diese Parallelität aufhört, und ich habe geglaubt, daß sie bei diesem Antrag nicht mehr vollständig vorhanden gewesen ist.

Ich muß auch sagen, wie der Herr Abg. Eichhorn im Gegensatz zu seinen Fraktionsgenossen, daß ich mich nur sehr, sehr ungern mit dem Gedanken befreunden könnte, daß die Volksschullehrer abgepannt werden könnten von dem Wagen, der die Volksschule selbst aus dem

Sumpfe herausziehen soll. Ich meine, der Volksschullehrer muß mit daran interessiert bleiben, daß die Volksschule so ausgestaltet wird, daß jeder gut qualifizierte Abiturient der Volksschule ohne Schwierigkeit in der Lage ist, diejenigen Studien anzufügen, die zur Vorbereitung auf den Lehrerberuf vorgeschrieben sind. Ich kann mich irren, das gebe ich zu; ich gebe auch zu, daß man zweierlei Meinung sein kann. Ich habe in der Kommission daher erklärt, ich hätte nichts dagegen, wenn der Antrag Heimburger angenommen werden würde. Allein es kam in der Kommission noch die Tatsache dazu, daß ein Mitglied am 16. Febr. in der Lage war, uns zu erklären: „Abg. meine Herren, zerbrechen Sie sich die Köpfe nicht über die Lehrerbildung! Die Verordnung ist fertig und wird demnächst veröffentlicht werden, und zwar im Sinne der Seminarbildung.“

Diese Erklärung — das muß ich sagen — hat mich nach zweierlei Seiten interessiert: Einmal habe ich mich nicht genug wundern können, daß die Gr. Regierung eine derart einschneidende Maßregel schon getroffen hatte, ehe sie auch nur entfernt den Versuch gemacht, Fühlung mit dem Hause zu nehmen und diesem Gelegenheit zu bieten, einzuwirken auf den Entschluß der Regierung. Andererseits habe ich mir als Praktiker auch gesagt: Jetzt hat es keinen großen Zweck mehr, sich mit einer Sachlage, wie sie etwa sein sollte oder könnte, zu beschäftigen, ich muß mich jetzt mit der Sachlage beschäftigen, so, wie sie jetzt ist, und ich muß mit der Tatsache rechnen, daß die Lehrer in künftigen Jahren, auf absehbare Zeit, ihre Ausbildung im Seminar erlangen werden, und ich habe sofort damals in der Kommission — das hätten die Blätter, die gegen mich polemisiert haben in dieser Richtung und mich hingestellt haben als gewissermaßen fahnenflüchtig und unzuverlässig gegenüber diesem Antrag, auch bemerken sollen — ich habe sofort in der Kommission hervorgehoben: ich kann für diese Seminarbildung jedenfalls nur dann eintreten, wenn der Übertritt aus der Mittelschule ins Seminar nach Absolvierung der 6. Klasse, also nach Erreichung des Einjährig-Freiwilligen-Rechts, nicht bloß einseitig statuiert wird für diejenigen, die auf der Mittelschule zuerst gewesen sind und nachher in das Seminar wollen, sondern — und das wird der Agitationspunkt werden in dieser Frage für die nächsten Jahre, m. H., darüber täuschen Sie sich nicht — ich verlange, daß die Reziprozität hergestellt wird, daß auch die Seminarbeucher die Möglichkeit haben, dann, wenn sie die entsprechende Klasse am Seminar absolviert haben, die zum einjährig-freiwilligen Dienst berechtigt, sie das Recht haben, ohne weiteres Examen einfach einzutreten in die Mittelschule. Das ist die nächstliegende praktische Forderung, die von den Lehrern meiner festen Überzeugung nach erhoben werden muß und erhoben werden wird, wenn wir auf dem Gebiet zu einem erfreulichen Zustand kommen wollen. Richtig ist, daß die Lehrerausbildung eine Fachausbildung unzweifelhaft erfordert, und daß lediglich mit dem Mittelschulabsolutorium nicht geholfen wäre. Aber die Gefahr, die ich in dieser einseitigen Seminarvorbereitung sehe, und die auch sehr gering oder gar nicht — ich kann mich täuschen, glaube es aber nicht — abgeschwächt wird durch die Möglichkeit eines Übertrittsrechts von der Mittelschule in die Seminare — die Gefahr besteht darin, daß der junge Mann oder Knabe, darf man wohl sagen, der mit 14 oder 15 Jahren in das Seminar hineingeführt worden ist, von seinen Eltern, ohne daß er auch nur im entferntesten eine Ahnung gehabt hat, welche Tragweite dieser sein Schritt für ihn hat, daß diesem jungen Mann, wenn er zum Bewußtsein seiner Persönlichkeit gekommen ist im Alter von 17 und 18 Jahren, schlechterdings die Tür verrammelt ist, wenn er aus dem Seminar heraus will. Mähte er sich gerade entschließen, die dort zugebrachte Zeit und die dort aufgewendeten materiellen Opfer einfach als verloren zu betrachten. Das ist eine Ungerechtigkeit, und die Seminarbildung muß deshalb so eingerichtet werden, daß der junge Mann, der sieht: Ich taue nicht zum Lehrer, mir paßt der Lehrerberuf absolut nicht, meine Lehrer sagen mir täglich: Du bist der schwächste, du bist der unfähigste, du hast keinen Begriff von pädagogischem Wesen, — dem muß die Möglichkeit gegeben werden, ohne allzu große Opfer diesen nicht als geeignet sich herausstellenden Beruf zu verlassen. Damit wird dem qualitativen Lehrermangel zweifellos entgegengearbeitet und Lust und Plaz geschaffen für die qualitativ geeigneten Elemente.

Es ist von vielen Seiten Gewicht gelegt worden auf die Beihilfen, die heute zur Unterstützung der Lehrer gegeben werden zur Erleichterung und Verbilligung ihrer Vorbildung. Allein diese Dinge können uns alle nicht begeistern, die Stipendien, Internate und „Fang-gelder“, wie der Herr Kollege Jhrig ja diese Prämien genannt hat für die Aufstößerung von Schulamtskandidaten. Die fordern alle nur schließlich ein und dasselbe Urteil heraus: Billig und schlecht ist die Lehrervorbildung. Das gilt, so lange der Zugang nur mit solchen Hilfsmitteln befördert wird. Sie sollen den Zugang zum Lehrerberuf erleichtern und fördern! Ja, m. H., Sie brauchen ja nur die Gehaltsfrage zu erledigen, so wird der Zugang zum dem Beruf so stark werden, wie Sie nur wollen. Das ist ja nur eine Geldfrage. Eine mechanische, automatische wirkende Maßregel als die entsprechende Erhöhung der Gehälter, um den Zugang zum Beruf auf der anderen Seite stärker oder schwächer zu machen, ist

überhaupt gar nicht denkbar. Also genau soviel Zulassung, wie Sie zu diesem Beruf erzielen wollen, genau soviel Nachdruck müssen Sie auf die Verbesserung der Lehrergehälter legen. Wenn Sie das freilich nicht tun, so wird der Zugang zum Lehrerberuf nicht bloß quantitativ immer schwächer werden, sondern vielleicht, was noch schlimmer ist, qualitativ.

Die Herren vom Oberschulrat sind der Ansicht, daß die Mittelschulen ernstlich nicht in Betracht kommen als Reservoir für die kommende Lehrer- generation, weil trotz der wiederholten Aufforderung, ins Lehrerseminar einzutreten, nur wenige Absolventen der Untersekunda sich gemeldet haben, weil also die heutigen Erfahrungen zeigen, daß die Mittelschüler absolut keine Inklination zum Lehrerberuf gezeigt haben. Ja, um Gotteswillen, wie müßte es denn im Kopfe eines Mittelschülers aussehen, der das Einjährige erlangt hat und doch Lehrer werden würde? Wenn er sich umsieht in der Welt und fragt den ersten besten Schreiber: Was habe ich jetzt für Möglichkeiten und Berechtigungen unterzukommen und Karriere zu machen? Wie sollte der dann auf den Volksschullehrerberuf kommen? Wie sollte der noch ein dreijähriges Studium zu absolvieren geneigt sein, wenn er im übrigen Staatsdienst mit seiner jetzigen Berechtigung gehaltlich viel weiter kommt? Ja, m. H., das ist doch schlechterdings unmöglich. Es müßte höchstens ein Mann sein, der sich durch diese Mittelschulen so weit hindurchgeschwängelt hätte und dann im Vollgefühl seiner absoluten Leistungsfähigkeit und Schwäche sich sagte: In jedem Beruf, in den ich eintrete, werde ich jedenfalls sofort demaskiert und entlarvt werden, als der ich bin, und da wende ich mich dem Berufe zu, in dem man heute alles nimmt — eine Ansehung, die heute landläufig und zweifellos richtig ist. Es ist dies zutreffend trotz der Bemängelung des Herrn Oberschulratsdirektors, der heute Morgen gejagt hat, es könne davon absolut keine Rede sein, daß die Aufnahmebedingungen in die Lehrerbildungsanstalten jetzt irgendwie leichter gehandhabt würden als früher. Ich erinnere an die Ausführung des Herrn Kollegen Heimburger bei den Mittelschulen, der, als es sich um die Zeugnisse handelte, ausdrücklich geäußert hat: Ob es einen Vierer oder einen Fünfer gibt im einzelnen Fall, läßt sich natürlich manchmal sehr schwer entscheiden. Das ist doch klar, wenn der Lehrermangel so klar, so stark in die Erscheinung tritt, wie das heute der Fall ist, daß in einem solch zweifelhaften Fall die Entscheidung naturgemäß nach dem Vierer zu fallen wird, während, wenn die Fälle der Kandidaten kaum zu übersehen ist, man sehr leicht dabei ist, einen Fünfer hinzuschreiben, da man ja nach Lage der Sache beide Noten sehr gut beantworten könnte. So geht es nicht nur bei der Aufnahme von Seminaristen und Schulamtskandidaten, sondern auch bei Philologen und Juristen, so geht es auf der ganzen Welt bei den Anforderungen zu einer Stelle und bei der Besetzung von Stellen zu.

Die schlimmste Erscheinung, die wir zu bekämpfen haben, — und darüber sind wir ja, wie es scheint, heute alle einig, ist der Lehrermangel. Ich glaube mich verpflichtet, bei meinem ersten Auftreten in diesem hohen Hause, sobald es mir überhaupt möglich war, auf diesen Lehrermangel hier aufmerksam zu machen, als auf eine meines Erachtens damals schon eingetretene, jedenfalls aber sehr drohende Gefahr. Der Herr Minister wird sich erinnern, daß er damals in sehr erregter Weise gegen mich polemisiert hat und das Vorhandensein eines quantitativen und qualitativen Lehrermangels abstritt mit einer Entschiedenheit, die er vielleicht heute bedauert. Er würde sich, glaube ich, wenn man ihm die Wahl ließe, lieber diplomatischer ausgedrückt haben, er würde mit einem „vielleicht“ oder „möglichlicherweise“ jene entschiedene Negation abgelehnt haben. Der Herr Minister hat damals sogar versucht, gegen mich die Lehrschaft mobil zu machen. Es hat mich das besonders amüsiert, als ich den Bericht wieder nachgelesen habe. Er hat gesagt: „Der Herr Abg. Fröhlich sagt sogar, es sei ein qualitativer Lehrermangel vorhanden. Da werden sich die Lehrer draußen im Lande gewiß bedanken für eine solche Einschätzung ihrer Leistungsfähigkeit.“ Nun, der Herr Minister hat ja jetzt das Vergnügen, einen leibhaftigen Lehrer vor sich sitzen zu sehen, welcher zweimal in dieser Frage das Wort ergriffen hat, und beidemal hat er seine Rede damit begonnen, daß er konstatiert hat: Der Lehrermangel besteht quantitativ und besteht qualitativ, und seine ganzen Ausführungen drehten sich lediglich darum, der Regierung zu empfehlen, diesen Mangel nach beiden Richtungen hin zu bekämpfen und zu beheben. Der Herr Minister müßte also nun folgerichtig aufgestanden sein und nun auch den Herrn Abg. Jhrig mit denselben Argumenten bekämpfen und ihm vorgeworfen haben, daß er hier dem Vogel gleiche, der sein eigenes Nest beschmutzt, wenn er von qualitativem Lehrermangel zu sprechen anfange. Der Herr Minister hat aber diese zwei Jahre nicht ungenützt vorübergehen lassen; er hat es darum wohlweislich unterlassen, gegen den Herrn Abg. Jhrig in dieser Frage zu polemisieren. Er weiß auch ganz genau, daß die 4000 badischen Lehrer ohne irgend welche Ausnahme, soweit sie überhaupt sich um diese Frage im allgemeinen kümmern, daß sie Mann für Mann in der Kennzeichnung des Lehrermangels hinter dem Abg. Jhrig stehen, daß sie Mann für Mann dieses sein Urteil wiederholen würden, wenn es möglich wäre, daß der Herr Abg. Jhrig ihnen einem nach dem

anderen zur Bekräftigung dieser Tatsache hier seinen Platz auch nur für eine Minute einzuräumen in der Lage wäre. Der Herr Minister wird heute also wohl zugeben, daß in dieser Sache der Abgeordnete weiter gesehen hat, als die Regierung, daß er jedenfalls nichts als seine Pflicht erfüllt hat, wenn er vor zwei Jahren schon den Herrn Minister auf diese tatsächlich bestehende, dem Herrn Minister aber verborgen gebliebene Tatsache aufmerksam gemacht hat. Der Herr Minister wird vielleicht daraus zu der Erwartung mir das Recht geben, daß er auch in anderen Fragen, zunächst sich über die tatsächlichen Verhältnisse entsprechend informiert, bevor er, — „schnell fertig mit dem Wort“ — so abschneidend über das, was ich hier vortrage, oder was ein anderer Kollege hier vorbringt, aburteilt. Uebelnehmen kann man dem Herrn Minister nicht, daß er damals diesen Lapsus begangen und den Lehrermangel bestritten hat, und zwar deshalb nicht, weil er doch zu kurz in diese Verhältnisse eingeweiht war, und weil er ja nicht lediglich Unterrichtsminister, sondern in erster Linie Justizminister, in zweiter Linie Kultusminister — und erst in dritter Linie Unterrichtsminister ist (Hört, hört! und Heiterkeit.)

Daß ein Lehrermangel besteht, das hat auch der Herr Regierungsvertreter Dr. Wengoldt heute morgen vergeblich in Abrede zu stellen versucht — oder ich will mal sagen: abzuschwächen versucht. Er besteht nicht bloß vorübergehend oder zeitweilig, sondern er besteht chronisch und seit langer Zeit, und wenn ich nicht sehr irre, hat selbst der Herr Regierungsvertreter Dr. Wengoldt vor geraumer Zeit schon eine Broschüre geschrieben, welche den Lehrermangel in Baden behandelt. Ich behaupte, daß der Lehrermangel in Baden seit wenigstens 10 Jahren so evident geworden ist, daß jeder, der gezwungen war, sich berufsmäßig um diese Dinge zu kümmern, ihn längst hätte erkennen müssen. Ich entnehme daraus die Berechtigung, der Großen Regierung, auch abgesehen von der Person des jetzigen Ministers, den Vorwurf zu machen, daß sie diesen Lehrermangel nicht rechtzeitig erkannt, daß sie keine rechtzeitige Abhilfe getroffen hat, so daß der heutige evidente Notstand rechtzeitig hätte bekämpft und verhindert werden können.

Die Details hat nun der Herr Kollege Jhrig nach der Petition des „Bad. Lehrervereins“ zum Teil vorgetragen, genauer finden Sie dieselben in der Petitionschrift des Lehrervereins-Vorstandes Seite 19, 20, 23, 24. Da aber heute morgen der Herr Regierungsvertreter den Lehrermangel immer noch nicht mit der absolut wünschenswerten Deutlichkeit zugegeben hat, ja glaubte, darauf hinweisen zu sollen, daß in Folge Veränderung der Lage seit Einreichung der Lehrerdienstchrift der Lehrermangel schon jetzt weniger drückend, also teilweise schon abgestellt sei, so habe ich mir noch einige Notizen darüber geben lassen, wie dieser Lehrermangel sich seit Einreichung der Lehrerdienstchrift bemerkbar gemacht hat.

Ich möchte mir erlauben, da auf einen Artikel in der „Bad. Landeszeitung“ vom 21. Februar d. J. de dato „Sinsheim“ hinzuweisen, in welchem angeführt wird, daß in Rohrbach bei Sinsheim „infolge Erkrankung des Unterlehrers seit dem 7. Dezember 1903 der Hauptlehrer krank und schreibe — ich zitiere nur die Bad. Landeszeit. — mit Worten einhundertachtundvierzig Schüler, also weit mehr als die gesetzlich zulässige Höchstzahl an Schülern, unterrichtet: vom 7. Dezember bis zum 21. Februar! Auf eine Eingabe an die Oberschulbehörde wurde zwar am 4. Januar 1904 ein Hilfslehrer für den erkrankten Unterlehrer angewiesen, allein dieser konnte ebenfalls wegen Krankheit seinen Dienst nicht antreten. Auf sofortigen Bericht der Ortschulbehörde an die Oberschulbehörde mit der dringenden Bitte um Anweisung einer anderen Lehrkraft kam bis dato — vom 4. Januar bis 21. Februar! — weder ein Bescheid noch die Ernennung eines neuen Lehrers!! Daß derartige vollkommen ungezügliche Zustände gerade in Rohrbach so lange herrschen können, ist umso unbegreiflicher, als der Behörde nicht unbekannt geblieben sein kann, daß die Gesundheitsverhältnisse des dortigen Hauptlehrers im Jahre 1903 selbst längere Zeit zerrüttete waren, und er seinem Dienst nicht obliegen konnte, abgesehen davon, daß bei Ansbürdung einer so horrenden Schülerzahl von 148 für den Unterricht etwas Ersprießliches nicht geleistet werden kann, und daß Rohrbach dadurch direkt benachteiligt ist, erfordert es die Billigkeit und Menschlichkeit, einem kaum geneigten Lehrer nicht Unmögliches aufzuerlegen.“ — So geht die Sache weiter, so daß auch der Herr Minister hier der Meinung sein wird, daß hier das Vorhandensein eines quantitativen Lehrermangels, den die Oberschulbehörde nicht beheben konnte, mit absoluter Sicherheit konstatiert und bewiesen ist.

Ich verweise ferner auf das Heidelberger Tagblatt, welches in Nr. 7 von diesem Jahre bezüglich Kirchheim bei Heidelberg feststellt, daß „am 17. November der katholische Hauptlehrer erkrankte. Gesuche an die Behörde um Hilfslehrer waren erfolglos; seine Klasse mußte mitversehen, der kathol. Religionsunterricht 160 Schülern von dem kränklichen Unterlehrer allein erteilt werden. Als auch dieser am 18. Dezember durch Krankheit dienstunfähig wurde, wurde endlich doch noch ein im August 1903 aufgenommener Schulkandidat als Hilfslehrer angewiesen. Beide Klassen des Unterlehrers aber werden heute noch — am 7. Januar — mitversehen, da eine weitere Lehrkraft zur Stellvertretung nicht zur Verfügung steht. Nun aber sind die übrigen 6 Lehrer durch große Klassen und Überstunden bereits so belastet, daß die

Erteilung weiterer Unterrichtsstunden, wie auch die Vereinigung zweier Klassen unmöglich geworden ist."

Auch hier ist meines Erachtens der Lehrermangel dokumentarisch nachgewiesen. In Prinzbach, Amt Lahr, erkrankte am 1. März der dortige Hauptlehrer und wurde dies bei der Kreis Schulvisitation am ersten Tage ordnungsmäßig angezeigt; bis jetzt ist weder eine Antwort noch ein Hilfslehrer gekommen, so daß die 70 Schüler zählende Schule den ganzen Monat März Ferien hatte." (Heiterkeit)

„In Freiamt bei Emmendingen hat in diesem Winter der Lehrermangel schon zum zweiten Male sich geltend gemacht. Zuerst war die Schule in Rußbach 3 1/2 Wochen verwaist, jetzt ist der einzige Lehrer, der über 100 Kinder zählenden „Hirtenschule“ erkrankt, die Mitvernehmung ist dem Hauptlehrer von Keppenbach übertragen. Dieser hat dadurch wöchentlich 38 1/2 Stunden Unterricht und täglich über 200 — über zweihundert! — Kinder zu unterrichten; selbstverständlich geht immer noch nahezu die Hälfte der Schulzeit der Schüler in Keppenbach und Reichenbach verloren.“

Säckingen-Wald. In Kleinherrischwand hat am 3. Januar d. J. für den schwererkrankten Hauptlehrer D. der Kollege aus dem eine Viertelstunde entfernten Nachbarort die Schule mitzuversetzen und so während voller 5 Wochen 98 und 57 gleich 155 Schüler zu unterrichten. Ende Februar wurde endlich eine protestantische Hilfskraft angewiesen, was bei der streng katholischen Bevölkerung zu Schwierigkeiten führte.“

Ich habe nur einige der drastischen Beispiele hier angeführt. Ich habe es mir zur Aufgabe gemacht, die Regierungsbank zu veranlassen, endlich einmal das Vorhandensein des Lehrermangels und zwar absolut und ohne jede Einschränkung zuzugeben, gleichwie die absolute Nichtannahme meines Antrags, des einzigen Mittels, diesen Lehrermangel zu beheben, seitens der Regierung bestimmt ausgesprochen worden ist.

Das Erfreulichste bei der Entwicklung in der Beurteilung dieser Frage ist für mich die Wahrnehmung, daß die ländliche Bevölkerung unseres Landes, und zwar ohne Unterschied der Konfession, anfängt, sich mit dem von mir vor zwei Jahren hier vertretenen und von dem Herrn Minister so lebhaft bekämpften Gedankengang vertraut zu machen. Wer hätte das vor zwei Jahren geglaubt, wenn ich damals gesagt hätte: in wenigen Monaten, am 28. Februar 1904, werden 14 Bürgermeister, die sämtlichen Bürgermeister eines Wahlkreises, zusammenkommen, sie werden eine Resolution fassen und sie dem Herrn Abg. Greiff übermitteln mit dem Ersuchen, ihr Folge zu geben, eine Resolution folgenden Inhalts:

„Nach ernster Beratung über die infolge des herrschenden Lehrermangels zurzeit an vielen Orten unseres Bezirks bestehenden schlimmen Mißstände im Volksschulwesen erlauben sich die unterzeichneten Vertreter der Gemeinden unseres Wahlkreises an ihren Abgeordneten zur Zweiten Kammer sich mit der dringenden Bitte zu wenden, derselbe wolle mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln und in der tatkräftigsten Weise bei den Beratungen über das Elementarunterrichtsgesetz und über die Lehrergehälter im Interesse der Volksbildung eintreten; ferner wolle er gegebenen Falles für die Verstaatlichung der Volksschule Stellung nehmen.“

Es wird das insbesondere auch die Herren von der Zentrums-partei interessieren, daß auch auf diesem Gebiete die Wahrheit marschiert, wie Sie daraus ersehen. Die Städte sind, glaube ich, darin bereits einig wie in der Würdigung der Volksbildung und darin, daß die Fürsorge für Schule und Lehrerschaft der Bildung, der Arbeitsleistung der Bevölkerung zugute kommt. Wenn aber nunmehr auch die Landgemeinden anfangen, diesen Gedankengang zu dem ihrigen zu machen, dann wird auch der Widerstand der Zentrums-partei in dieser Frage gebrochen werden. Wir haben ja gesehen, daß schon in der Kommission zwei Herren Kollegen, welche ländliche Bezirke vertreten, die Herren Kollegen Müller und Hauser, also Vertreter eines protestantischen und eines katholischen Bezirks, dem Lehrergehaltsantrag zugestimmt haben, und die Herren von der Zentrums-partei — und auch andere — mögen daraus ersehen, daß es nicht mehr so ohne weiteres möglich sein wird, mit dem Hinweis auf die jeder Erhöhung der Gehalte der Lehrer abgeneigte Landbevölkerung in dieser Frage eine negative Stellung einzunehmen. Die Landbevölkerung ist, wie auch der Herr Kollege Schüler heute morgen in wirklich sehr beherzigenswerten Worten ausgeführt hat und wie der Herr Kollege Kampel durch Mitunterzeichnung zu meinem Antrag zu erkennen gegeben hat, in wachsendem Maße mit dem Gedanken vertraut worden, durch die Aufwendung ganz erheblicher Mittel zunächst für die Volksschullehrer ihr Interesse an der Volksschule zu dokumentieren, bei der ein auch vom Herrn Kollegen Schüler vollständig zutreffend geschilderter Notstand herrscht die aber für die ländliche Bevölkerung vielfach das einzige zu Gebote stehende Bildungsinstitut ist.

Diesen Herren Kollegen, die sich als Vertreter von Landbezirken unter Umständen einer sehr gefährlichen Gegenagitation in ihrem Wahlkreis ansetzen, die infolge der Unkenntnis, der Einfichtslosigkeit weiter Bevölkerungsschichten ihren gehäßigsten Gegnern in ihrem Wahlkreis

unter Umständen hier eine dankbare Handhabe bieten, wenn es wieder zum Wählen kommt: diesen Herren Kollegen sei der wärmste Dank ausgesprochen, daß sie sich auf meine Seite gestellt und vor dem ganzen Lande erklärt haben: die Landbevölkerung ist der Ansicht, daß gebrochen werden muß mit dieser Hungerpolitik, welche nicht bloß eine Gefahr ist für die Lehrer, sondern auch für die Schule! Deshalb hat Herr Kollege Fhrig mit vollem Recht die Äußerung des Herrn Oberchulratsdirektors von vor zwei Jahren in den Vordergrund seiner Ausführungen gestellt, die Äußerung nämlich: „Der Beginn jeder Schulreform muß eine bessere Gestaltung der Einkommensverhältnisse der Lehrer sein; nur auf diesem Wege können wir weiter kommen.“ Ich muß allerdings sagen: die Haltung der Großh. Regierung scheint mir merkwürdig zu kontrastieren mit dieser schon vor zwei Jahren am maßgebender Stelle verbreiteten Erkenntnis.

Wenn wir hier so energisch im Sinne der Arnspurgerischen Erklärung für die Gehaltsverbesserung als dem Beginn jeglicher Schulreform eintreten, so wissen wir, daß eine weitere Verschleppung der Frage zum Nachteil der Schule, der Volksbildung ausschlägt, daß Bildungsdefizit identisch ist mit materiellem Defizit. Wir sind darum bessere Realpolitiker wie der Herr Kollege Fehrenbach, der meint, daß wir utopistische Wolkswandler seien. O nein, meine Herren, auch wir sind Realpolitiker, und gerade weil wir wissen, daß die geistigen Eigenschaften, die in unserer die Volksschule besuchenden Bevölkerung investiert sind, nicht minderwertig und der Pflege fähig und würdig sind als die realen Eigenschaften, deshalb gerade treten wir mit solch rückhaltloser Energie für diese Frage ein, und deshalb erkennen wir auch viel schneller als z. B. der Herr Kollege Hennig, daß ein „Notstand“, ein Elend auf diesem Gebiete herrscht.

Der Herr Kollege Hennig wird niemals zugeben, daß in der staatlichen Volksschule in unserem Sinn ein Elend und ein Notstand herrscht. Er wird von einem Elend und einem Notstand wohl nur insofern reden, wenn er in historischen Reminiszenzen sagt: es ist ein Elend und ein Notstand, daß überhaupt eine staatlich-gemeindliche Volksschule besteht. Denn die erste Volksschule ist von den Städten gegründet worden im Kampf mit dem mittelalterlichen Klerus, und der Klerus ist bis heute nicht müde geworden, dieses weltliche Volksschulbildungsinstitut als ein im Gegensatz mit ihm und seinen Intentionen entstandenes zu betrachten und zu behandeln. Deshalb ist es uns unbegreiflich, auf welchen Rechtsstitel der Klerus sein gefordertes Privilegium stützen will, als Patron, als Förderer oder gar als Aufsichtsperson bei der staatlichen Volksschule zu figurieren. Ich will es durchaus anerkennen, daß einst die Kirche überhaupt die ersten Schulen in den Ländern etabliert hat, welche sie durch das Christentum der Kultur zugänglich gemacht hat. Es sei ferne von mir, dieses Verdienst schmälern zu wollen. Aber dies Verdienst reicht nur bis zu einer gewiß sehr bald erreichten Kulturmöhe. Als die Städte dazu übergingen, im Gegensatz zum Klerus weltliche, von dem Klerus unabhängige Volksschulen zu gründen, da hat sich der Klerus diesen Schulen gegenüber feindlich gestellt, und diese feindliche Haltung hat er immer bewahrt treu und konsequent bis auf den heutigen Tag. Dieser seiner Haltung wird er zweifellos auch treu bleiben, und er muß — selbstverständlich nicht der Herr Kollege Hennig als Person, sondern der Klerus als Ganzes betrachtet — in der Hoffnung leben, daß es ihm demaleinst gelingen werde, das Rad so weit zurückzudrehen, daß diese staatliche Volksschule, die für ihn einen Notstand bedeutet, so bald und so gründlich als möglich vom Erdboden verschwindet.

Ich habe gesagt: Bildungsdefizit betrachte ich als identisch mit materiellem Defizit. Darum bestreite ich dem Herrn Kollegen Fehrenbach das Recht, zu sagen, daß wir nicht realpolitisch vorgehen. Einen Beweis dafür sehe ich in folgenden Gedanken, den ich in einem statistischen Werk gefunden habe: „Man hat durch Vergleiche festgestellt, daß die gebildeten deutschen und englischen Arbeiter in den Webereien das Drei- und Vierfache leisten wie die ungebildeten Russen, ja, daß zur Produktion von Roheisen und Stahl in Rußland zehnmal soviel Arbeiter nötig sind, als in Belgien. Das sind Zahlen, die dartun, wie sehr die Intelligenz und allgemeine Bildung des Arbeiters in der Industrie in Frage kommen. Nach der Leistung richtet sich auch die Bezahlung der Arbeiter. Die englischen Arbeiter in den Webereien verdienen das Drei- bis Vierfache wie die russischen. Trotzdem sind die Produktionskosten in Rußland nur ein Drittel niedriger als in England.“

Wir greifen darum das Übel an der Wurzel, wir treiben ausgesprochenste Realpolitik, wenn wir verlangen, daß das Bildungsniveau in unserer Volksschule in die Höhe gehraucht wird; wir steigern damit die Arbeitsleistungen und die Qualität der Arbeit unserer wertfertigen Bevölkerung. Ich habe schon vor drei Jahren der Regierung entgegengehalten, daß uns im Bürgerausschuß die Handwerksmeister zur Rede gestellt haben, wie es komme, daß die badische Volksschule so weit zurückstehe in ihren Leistungen, sodas die Vorarbeiter, die Werkführer in den Etablissements Badens im steigenden Maße sich aus Nichtbadenern rekrutieren.

Diese Tatsache hat sich herausgebildet, weil die allgemeine Bildung der Württemberger, Schweizer zc. die allgemeine badische Bildung soweit überholt hat, daß die Produzenten bei Stellungen mit besonderen Anforderungen die badischen Landesfinder den andern zurückzusetzen anfangen. Ich habe damals gesagt, eine derartige Tatsache ist ein Vorwurf, an dem auch kein Minister vorübergehen darf, ohne den Ursachen auf den Grund zu gehen und dafür zu sorgen, daß nichts verkümmert wird, diesen Vorwurf gegenstandslos zu machen. Was ist aber hierin in den zwei Jahren geschehen? Sehr wenig! In der Hauptsache aber, die mein Antrag behandelt, von der Regierungsseite gar nichts!

Wenn Sie zweifeln sollten an der Richtigkeit dieses Gedankenszusammenhanges, an der Tatsache, daß die Bildung mit etwas Reales ist, so will ich Ihnen einen Mann ins Gedächtnis rufen, den Sie jedenfalls alle als Autorität uneingeschränkt anerkennen werden. Das ist der verstorbene Fabrikinspektor Wörtschöffer, quem summi honoris causa nominio. Er hat bei der Besprechung der Konkurrenzfähigkeit unserer Industrie sich folgendermaßen geäußert:

„Die Intelligenz der Leitung reicht allein nicht dazu aus, Fortschritte in die Industrie einzuführen. . . . Die notwendige, aber so wenig beachtete Voraussetzung dieser Fortschritte ist die, daß ihrer Durchführung auch intelligente Organe bis zum letzten Arbeiter herab zur Verfügung stehen. Man wende nicht ein, daß die vervollkommnete Maschine die Intelligenz der unteren Organe ersetzt. Das ist nur in sehr beschränkter Weise richtig; denn die Ansprüche an die Zuverlässigkeit der Leistungen und an das richtige Urteil in der Leitung des Arbeitsprozesses durch die Maschine sind größer geworden. Man denke sich nur die intelligente Leitung samt der vervollkommenen Maschine in eine frühere Zeit versetzt, um das Unrichtige der Behauptung, daß die Arbeiter mit der fortschreitenden Vervollkommnung der Technik in immer geringerem Maße an den industriellen Erfolgen teil hätten, einzusehen.“

M. H.! Das sind goldene Worte, die beweisen, daß das, wofür die Lehrer eintreten, richtig ist, daß sie auf dem richtigen Wege sind, mit der Schule das Volkswohl zu fördern, daß sie mit ihren Forderungen die wahren und wirklichen Interessen unseres gesamten Volkes und unseres gesamten Vaterlandes im Auge haben. Man darf bei dieser Gelegenheit wohl auch mit Recht auf die von dem Lehrervereinsvorstande zitierte ausgezeichnete Ausführung des Herrn Finanzministers Dr. Buchenberger auf Seite 7 der Lehrerdienstchrift hinweisen, die ich Ihnen nicht vorzulesen brauche, weil Sie sie alle in Händen haben. Es hat mich gereut, daß der Herr Finanzminister Becker sich in der Hauptsache als den Testamentsvollstrecker seines Vorgängers Buchenberger betrachtet. Wenn ich auch auf anderen Gebieten nicht der Meinung dieses vortrefflichen Mannes gewesen bin, so bin ich doch hier, und ich glaube, daß, wenn der Herr Finanzminister Becker nun auch die auf diesem Gebiet von dem Herrn Finanzminister Buchenberger gestellten Aufgaben zu den seinigen macht, sich als Testamentsvollstrecker betrachtet, es mir um so eher möglich ist, ihn, soweit es an mir liegt, aufs kräftigste zu unterstützen, die ihm Aufgaben in vollem Umfange gerecht zu werden.

Wir, in H., sind keine Utopisten, sondern Realpolitiker, und ich würde mir niemals erlauben, Kritik zu üben an unseren Schulzuständen, wenn ich nicht in der Lage wäre, nicht nur Besseres vorzuschlagen, insofern ich graue Theorie Ihnen vorführe, als auch Ihnen zugleich den Hinweis auf die praktische Erprobung dieser Theorien liefern zu können. Ich weiß wohl, daß ein Land wie Baden viel zu klein ist, um etwa als erstes Experimentierobjekt für die Richtigkeit dieser Theorien zu gelten. Ich weiß, daß ein kleines Land aber doppelt und dreifach dafür zu sorgen Veranlassung hat, daß es nicht rückständig wird auf einem so wichtigen Gebiet, wenn andere Staaten bereits den praktischen Beweis geliefert haben, daß Fortschritte möglich, notwendig, eminentem Werte sind. Ich habe insbesondere die Schule in Zürich, einer ferndeutschen Stadt, ins Auge gefaßt, welche in der Hauptsache diejenigen Grundsätze verwirklicht hat, von denen ich zu erleben hoffe, daß sie auch in unserer, wenigstens der badischen oder sogar der deutschen Volksschule in der Hauptsache sehr bald verwirklicht sein werden.

Der Herr Kollege Eichhorn hat schon von der Unentgeltlichkeit des Unterrichts und von der Unentgeltlichkeit der Lehrmittel gesprochen, die dort erprobt ist, und ich brauche deshalb darauf nicht mehr einzugehen. Ich habe auch darauf hinzuweisen, daß der von dem Herrn Abg. Hennig und seinen Fraktionsgenossen perhorreszierte Zustand der Ausscheidung des Religionsunterrichtes dort längst Gesetz ist und seine praktische Probe glänzend bestanden hat, keineswegs aber in dem Sinn, als ob nun die Züricher Jugend religions- und sittenlos aufwächst. Wenn Sie den Lehrplan dieser Schule näher betrachten, so finden Sie dort als selbstverständliche Voraussetzung in erster Linie für den Unterricht der Volksschule biblische Geschichte und Sittenlehre, und ich muß offen bekennen, daß auch ich diese beiden Gegenstände in allererster Linie für den Unterricht in der Volksschule als nötig erkläre. Die biblische Geschichte ist zweifellos ein so wichtiger

und unentbehrlicher Gegenstand für die Kulturgeschichte überhaupt, daß derselben als gemeines Bildungsmittel nicht entbehrt werden kann. Die Sittenlehre greift dort etwas weiter aus wie die von dem Herrn Abg. Hennig befürwortete Katechismuslehre. Sie nimmt das Gute, wo sie es findet, sei es im Katechismus oder außerhalb desselben.

Schauen wir unsere Religionslehrpläne und ihre Bewältigung an! Fast alle Lehrer können bestätigen — mir haben es ohne Ausnahme alle diejenigen gesagt, die ich darüber gesprochen habe — daß der Religionsunterricht, wie er heute wegen des Lehrplans bei uns in Baden und in Deutschland überhaupt erteilt werden muß, zu drei Vierteln und nach pessimistischem Urteil zu sieben Achteln bei der Aufteilung der verabreichten Prügel beteiligt ist, und zwar einfach deshalb, weil der Religionsunterricht derartige Ansprüche an die Memorierfähigkeit der kleinen im Memorieren nicht geübten Kinder stellt, die nicht geleistet werden können. Es wurde mir von Geistlichen erzählt, sie seien, wie einstens Möros, den Dolch im Gewande, in den bauschigen Falten ihres Gewandes mit dem Stod bewaffnet, zur Religionsstunde gegangen; dort haben sie sich veranlaßt und berechtigt gesehen, mit dem Stode nachzuhelfen, wenn die Kleinen mit dem Katechismus nur die Note fünf erreichten. Ich wundere mich, daß der Herr Abg. Eichhorn nicht schon in die Lage gekommen ist, dieses Nachdrucksmittel an sich erprobt zu sehen, nachdem ihm diese Note fünf heute vor verammeltem Publikum feierlich zuerkannt worden ist. Ich zweifle nicht, daß, wenn der Herr Kollege Eichhorn in der unangenehmen Lage wäre, ein Rigorosum hierin bestehen zu müssen, daß auch ihm diese bittere Erfahrung nicht erspart werden würde. Wenn eine solche Tatsache in den Lehrerkreisen — und ich nehme an: auch in den geistlichen Kreisen, die es ja ebenso gut wissen, wie die Lehrer — bekannt ist, wenn die Kinder aus der Volksschule mit dem Gedanken ausscheiden, daß sie drei Viertel der Prügel, die sie erhalten haben, in der Religionsstunde bekommen, so frage ich: halten Sie das vereinbar mit den Aufgaben, die Sie mit der Religionsstunde lösen wollen? Ich glaube, das ist das diametrale Gegenteil davon! Da müssen doch auch die Herren von der Geistlichkeit gestatten, daß ich die weitere Frage aufwerfe: Wäre es nicht besser, die Religionsstunde auf einen methodisch, stofflich und grundsätzlich anderen Boden zu stellen, sie mehr zu einer freiwilligen, nicht zu einer gezwungenen zu machen? Ich bin der festen Überzeugung, daß kein ernstzunehmender, kein denkender, kein seines Pflichtgefühls vollbewußter Vater es dann mit diesen seinen Pflichten vereinigen zu können glauben würde, daß er einem solchen Unterricht seine Kinder fernhalten würde, wenn der Religionsunterricht den berechtigten Anforderungen gerecht und vor allen Dingen die Religion der Nächstenliebe den Kindern beibringen, auf Memoriertes keinen solchen Wert legen und Verzicht leisten würde auf das rüchständigste und verwerflichste Mittel des Unterrichts, den Stod. Ein Religionslehrer mit diesem in der Hand, meine Herren, das ist für mich ein Antagonismus, ein Widerspruch in sich selbst, und die Kindesseele, die sehr zart und sicher urteilt in diesen Dingen, die sich nicht irreleiten läßt, die wird durchaus denselben Eindruck mit mir teilen.

In Zürich ist auch die von dem Herrn Kollegen Eichhorn im Anschluß an die pädagogischen Autoritäten befürwortete Einheitschule einen großen Schritt näher ihrer Durchführung, als bei uns. Während bei uns bereits mit dem neunten Jahre die Kinder einander Adieu sagen, und je nach der Größe des Geldbeutels ihres Vaters sich trennen, um vielleicht erst beim Militär wieder auf kurze Zeit noch einmal als Kameraden nebeneinanderzutreten, ist in Zürich bis zum zwölften Jahre die Volksschule für alle Kinder, aus welchen Kreisen des Volkes sie sich rekrutieren mögen, einheitlich. Ich halte das für eine ganz vorzügliche Anordnung und würde diese einzige Verbesserung höher schätzen, als sämtliche vom Kommissionsbericht (Sehr richtig! bei den Soz.-Dem.) in Aussicht genommenen Verbesserungen, und zwar deshalb, weil diese einzige Verbesserung wirklich an die Wurzel der Volksschule greifen würde, weil sie die Volksschule zu einem Institut machen würde, das die Gesamtheit der Bevölkerung, namentlich ihre einflussreichsten, ihre sozial intelligentesten und potentesten Kreise daran interessieren würde, die Volksschule auf das Niveau zu bringen, welches ihr von Gottes und Rechtswegen schon lange gebührt.

Der Kommissionsbericht hat auch verschiedene Verbesserungen vorgeschlagen, die sich aber, meine Herren, im Vergleich zu diesem in Zürich bereits erprobten Zustand doch mehr an der Oberfläche bewegen und die namentlich samt und sonders den Mangel aufweisen, daß sie vorerst absolut nicht durchgeführt werden können, so lange eben die leidige Geldfrage nicht gelöst ist. Und da sagt die Regierung: „Absolut unannehmbar“ sind für mich die Anträge, die in dieser Frage gestellt werden, und zwar sowohl der Spezialantrag, als auch der Antrag der Kommission; auch dem Kommissionsbeschlusse kann die Regierung heute ein günstiges Prognostikon noch nicht stellen. Was sollen wir uns da lange unterhalten über die einzelnen Verbesserungen, die wir alle für wünschenswert und möglich halten, wenn doch mit absoluter Sicherheit feststeht, daß die Regierung, abgesehen von der Frage der Lehrervorbildung, auch nicht in einem einzigen

Punkt dieser Kommissionsanträge Folge geben kann, ehe nicht die Gehaltsfrage und damit der Lehrermangel gehoben sein wird?

Von dieser bis zum zwölften Jahre für alle Schulkinder einheitlichen Volksschule aus zweigen sich in Zürich die sämtlichen Bildungsanstalten, einschließlic der Universität und des Gymnasiums auf der einen Seite, des Lehrerseminars auf der andern Seite ab, sodas die Volksschule gewissermaßen als der Stammbaum der Bildungsverhältnisse im Kanton Zürich bezeichnet werden darf, den alle bis zum zwölften Jahre durchlaufen haben müssen, bevor sie weiter gegangen sind. Und nun frage ich Sie selbst, meine Herren: Ist es nicht für jeden von uns auch heute noch ein Gefühl der reinsten und ungetrübtesten Freude, wenn man einem Mann begegnet, mit dem man in der Volksschule Hand an Hand, Schulter an Schulter gelesenen und gelernt hat, wenn es auch nur für drei Jahre war? Ich habe bis jetzt die Erfahrung gemacht, das niemals im Leben bessere Freundschaften und so innige Beziehungen zwischen Männern — ich weiß nicht, wie's bei Frauen ist — geschlossen werden, als zwischen denjenigen, die miteinander dieselbe Volksschule besucht haben. Ich habe wiederholt die Erfahrung gemacht, das Männern, die z. B. in sozialer, in politischer Beziehung sich bis zum denkbar einseitigsten Standpunkt hin entwickelt hatten, die, in bessere Situationen gelangt, Arbeitern gegenüber absolut exklusive sich verhielten, die, infolge einer vielleicht 30-, 40-jährigen Tätigkeit in der Studierstube, auf Bauern mit dem lächerlichen Dünkel des Städters herabzusehen sich gewöhnt hatten: das diesen Männern das uns Herz gewachsene Eis alsdann noch einmal in ihrem Leben geschmolzen ist, wenn sie ihre Hand in die eines auf der Volksschulbank neben ihnen gesessenen Kameraden legen konnten, der ihnen jetzt in späteren Jahren als Bauer, als Arbeiter oder in anderer Situation gegenübergetreten ist. Aus dieser Erscheinung, die mir wiederholt begegnet ist, entnehme ich, das im Innern jedes gesunden normalen Menschen die Überzeugung latent heute schon fest gebildet ist, das die Volksschule so schnell als möglich in dem Sinne, wie wir das verlangen, zur Grundlage für unsere Bildung ausgestaltet werden sollte. Der Zustand, das nur beschränkte Kreise, und zwar insbesondere der minderbemittelten Klasse, heute auf die Volksschule angewiesen sind, hat in jeder Beziehung auch für die jogen. höheren Stände eine geradezu verhängnisvolle Bedeutung gewonnen. Ich glaube, die soziale Zerklüftung, die politische Zerrissenheit wäre lange nicht so groß, wenn auf diesem Gebiete nicht so ungläubliche Unterlassungsünden seit 30 und 40 Jahren in ganz Deutschland und leider eben auch bei uns in Baden zu verzeichnen wären.

Ich habe, als ich mir in Zürich an Ort und Stelle die Dinge angesehen habe, Gelegenheit genommen, nun auch mit einem politisch auf ganz anderm Gebiete stehenden Manne, mit einem Konservativen, darüber mich zu unterhalten, welchen Eindruck die Züricher Bürger von der Wirksamkeit und den Erfolgen dieser Züricher Schulzustände gewonnen haben. Dieser streng konservative Mann, mit dem ich mich in bezug auf die deutschen Verhältnisse, auf Militär-, Kolonialverhältnisse zc. absolut nicht hätte verständigen können, weil er seinen Äußerungen nach etwa den Anschauungen unserer deutschen Reichspartei nahe gestanden haben mag, dieser Mann war stolz und des Lobes voll in bezug auf die Zustände und die Wirkungen dieser Züricher Volksschule. Er hat insbesondere darauf hingewiesen, das die Steigerung des allgemeinen Bildungsniveaus in Zürich es für ihn erklärlich mache, wenn Zürich sich in den letzten Jahrzehnten in steigendem Maße als ein Anziehungspunkt gerade für die reichen Leute nicht bloß der Schweiz selbst, sondern auch des Auslandes erwiesen habe, weil, wie er mit Recht hervorhebt, eben jeder unwillkürlich sich wohler fühlt in einem Milieu, in welchem auch der letzte, mit dem er in Berührung kommt, über ein gewisses Minimum von Bildung um ein bedeutendes Stück hinausgewachsen ist.

Ich habe ihn auch darnach gefragt, wie die dadurch verursachten ziemlich bedeutenden Steuerlasten wirken und von den Steuerzahlenden Bürgern des Kantons Zürich betrachtet werden. Er hat mir darauf bestätigt: „Keiner von uns denkt daran, irgendwie gegen diese sehr namhaften Lasten sich zu wehren; wir können ja mit Händen die ganz ungeheuren Erfolge greifen, die wir mit diesen Schulausgaben erzielt haben.“

Deshalb kann ich mich mit den Anschauungen absolut nicht befremden, das man — wie Herr Kollege Vorderer anführte — gewissermaßen vom Krämerstandpunkt aus in kleinen Gemeinden pfennigweise in einem Atem vorrechnen will, was die Schulen und die Farren und Zuchtstiere kosten, das die Schulkosten eine Ausgabe seien, die unsere Bauern und unsere Bevölkerung zu stark bedrückt. Ich halte unsere bäuerliche Bevölkerung im Gegenteil für durchaus fähig und nach dem, was ich ausgeführt habe, auch für gewillt, eine ganz andere Haltung einzunehmen, und sie würde dies heute schon, wenn ihre geborenen Führer und Vertrauensmänner eine andere Haltung der Volksschule gegenüber einnehmen und die Inititative ergreifen würden. Unser Volk würde die Gefolgshaft nicht vertragen, wenn die Führer auf diesem Gebiete endlich einen energischen Schritt vorwärts machen wollten, beginnend mit der Verbesserung der Lehrergehalte.

Es ist jetzt wiederholt schon von der Schule als Gemeindeanstalt gesprochen worden. Ich denke, wir haben doch die staatliche Volksschule, welche lediglich der Gemeinde gewisse Einflüsse und Beziehungen zu ihr zu erhalten gestattet. Ich nehme an, das die Herren alle ohne Ausnahme auf dieser Ansicht stehen, das sie sich, wenn sie von der Schule als „Gemeindeanstalt“ gesprochen haben, nicht etwa von dem Gedanken leiten ließen, es sei besser, wenn der Staat überhaupt der Volksschule nicht mehr das Gepräge gebe, sondern lediglich noch eine accessoriische, subsidiäre Rolle spiele und die Gemeinde der Herr und Meister sei. Eine solche Auffassung könnten wir nicht billigen. Ich muß meiner Überzeugung dahin Ausdruck geben, das gerade für die kleinen, wenig steuerkräftigen Gemeinden die Schulfrage in einem gerechten und befriedigenden Sinne nur dann gelöst werden könne, wenn der Staat die Lösung der Aufgabe und besonders die finanziellen Lasten übernommen hat. Ich bin selbstverständlich weit entfernt, von heute auf morgen diese Änderung zu verlangen. Aber Sie werden es jetzt begreifen, das ich in meinem Gehaltsantrag die Mehrbelastung nicht von den Gemeindefassen, sondern ausschließlich von der Staatskasse übernommen wissen will.

Das die Einwirkung der Gemeinden auf die Volksschule eine vorteilhafte nicht gewesen ist, das die Erwartung, die der Gesetzgeber an die den Gemeinden zugestandenen Rechte knüpfte, sich nicht erfüllt hat: das hat Ihnen das Gutachten des Kommissionsmitgliedes Wengoldt mit dürren Worten klar gemacht. Selbstverständlich hat er dabei nicht an die großen städtischen Gemeinden, sondern an die kleineren Städte und die Landgemeinden gedacht. So weit wir davon entfernt sind, die Verdienste der großen Städte auf diesem Gebiete zu verkennen, ebensowenig können wir zugeben, das nur die städtischen Schulen auf der heutigen Höhe zu erhalten seien. Wir sehen absolut nicht ein, warum der Staat nicht in der Lage sein soll, wenn er die Schulen überhaupt übernimmt, das Niveau der städtischen Schulen überhaupt zu gewährleisten und die zurückgebliebenen ländlichen Schulen auf das Niveau der städtischen, auf das sie heute im Interesse der Gesamtheit gehoben werden müssen, zu bringen.

Wenn ich für eine Hebung des Niveaus der Volksschule von heute eintrete, so muß ich selbstverständlich auch zu einer möglichststen Steigerung der Lehrerbildung mich entschließen. Von diesem Gedanken aus habe ich vor 2 Jahren die Frage der Zulufnahme von Studien an der Universität für die Lehrerbildung in die Debatte gezogen. Herr Wildens hat mir das damals als Utopie, als Übertreibung zurückgegeben. Inzwischen ist aber diese Frage — neben Sachfen, wo sie schon längst bejahend entschieden ist — in Hessen aktuell geworden. Die befähigteren Lehrer haben sich nämlich dort den Zugang zu den Universitäten erobert. In der Kommission haben wir gehört, das das, was in Hessen möglich ist, selbstverständlich auch in Baden durchgeführt werden könne und die Kommission selbst hat sich für die Universität als Fortbildungsanstalt für die Lehrer entschieden. Wenn wir heute von Hochschulkursen hören, die unter der größten Begeisterung von Lehrern sowohl, als auch von weiten Kreisen der nicht akademisch gebildeten Bevölkerung in Szene gesetzt werden und ausgezeichnete Erfolge haben, so liegt es auf der Hand, das man unter diesen Umständen dem Lehrerstand nicht die Türe hermetisch wird verschließen können. Das geht schon deshalb nicht, weil der Lehrerstand sonst bei der allgemeinen Fortentwicklung nach und nach direkt rückständig werden würde. Dem Lehrer wird also ein Platzchen an der Universität eingeräumt werden müssen. Wenn ich auch fest überzeugt bin, das es nicht mehr lange dauern wird, bis die Vorbildung der Lehrer abschließen wird mit mehrfemestrigem Studium auf der Universität, so will ich jetzt zufrieden sein, wenn man wenigstens im Sinne der heftigen Bestimmung der Sache näher tritt. Ich freue mich, das ich mich durch den Vorwurf utopischer Übertreibung seitens des Herrn Kollegen Wildens nicht habe abhalten lassen, den Gedanken weiter zu verfolgen. Sie sehen, auch Utopien werden manchmal sogar schneller Wirklichkeit, als man glaubt.

Der Abg. Fehrenbach meint, das man akademisch gebildete Lehrer nicht mehr bewegen könne, z. B. auf die Schwarzwalddörfer zu gehen. Auf meinen Zuruf, das auch die Geistlichen dort wirken, hat er nur eine unbefriedigende Antwort gegeben. Wir sehen, das Geistliche und Ärzte durch ihre akademische Ausbildung nicht gehindert werden, ihre Pflichten auf dem platten Lande gewissenhaft auszuüben und als Kulturträger zum Segen des Volkes zu wirken. Warum soll nun nur den Volksschullehrer, wenn ihm einmal die Hochschulbildung erschlossen sein wird, seine akademische Bildung unfähig machen, seine Pflicht in den Dorfschulen zu tun? Das sehe ich nicht ein! Es ist lediglich eine Frage der Bezahlung, wie bei den Geistlichen und Ärzten, welche den nötigen Zugang auch bei akademischer Bildung der Volksschullehrer sicher stellen wird.

Nun hat der Abg. Fehrenbach auf einem Gebiet die allergrößte Bildung dem Lehrer gern verschaffen wollen, das ist das Gebiet der Musik: weil ihm nun zufällig dieses Gebiet besonders sympathisch ist, ist er durchaus der Überzeugung, das es zum größten Segen gereichen würde, wenn jeder

Volksschullehrer und überhaupt jeder Mensch bis zu den höchsten Höhen dieser Kunst emporgeführt werden könnte. Wort für Wort, was er mit Bezug auf Musik gesagt hat, kann man auch auf jede andere Kunst und Wissenschaft anwenden und auf demselben Wege müßte Herr Fehrenbach dazu kommen, den zufällig nicht musikalisch, sondern spekulativ philosophisch angelegten Elementen unter den Lehrern den Zugang zur Universität zu öffnen. Dieselbe Grausamkeit, die es wäre, einem musikalisch qualifizierten Lehrer die höchste Ausbildung verschließen zu wollen, dieselbe Grausamkeit ist es, wenn man einem auf anderem Gebiete qualifizierten Volksschullehrer die Möglichkeit der Erreichung der höchsten Gipfel und Aussichtspunkte seiner künstlerischen oder wissenschaftlichen Liebe und Triebe verschließen will. Deshalb sind die Ausführungen des Herrn Kollegen, wenn man sie auch auf dem Gebiete, auf dem er sie gemacht hat, nur begrüssen kann, doch eine bedauerliche Inkonsequenz, wenn er zugleich erklärt, daß er nie dafür zu haben wäre, den Volksschullehrern die Hochschule zu erschließen. Lediglich mit Musik ist den Lehrern nicht geholfen. Trübsal blasen und Elend geigen hat man sie längst gelehrt, auf diesem Gebiete sind sie schon zu einer gewissen Virtuosität gelangt, und deshalb glaube ich, daß die Lehrer, wenn Sie ihnen die Türe der Universität verschließen und lediglich die Tore des Konjunktors öffnen wollen (Abg. Fehrenbach: Auch das nicht!) Auch das nicht? Ich glaube, daß Ihnen dann die Lehrer etwas blasen werden, aber nicht nach den Motiven von Beethoven, sondern nach solchen von Richard Wagner. (Große Heiterkeit. Zwischenruf des Abg. Fehrenbach.)

Warum verlangen wir Gehaltstarif G 5 für die Lehrer? Ich habe mir gestern in einer persönlichen Bemerkung schon erlaubt, darauf hinzuweisen, daß das Verlangen der Lehrer, wie Schloßkassierer und Brauereiverrechner künftig sich bezahlt zu sehen, als ein utopisches doch wohl nicht bezeichnet werden können. Der Herr Minister freilich meint, es handele sich hier nicht um die Aufstellung unerreichbarer Ideale, sondern man müsse mit praktischen Möglichkeiten rechnen. Ja, ist das vielleicht in Baden für einen Volksschullehrer ein unerreichbares Ideal, künftig wie ein Schloßkassierer oder Brauereiverrechner behandelt zu werden? Meine Herren, die Lehrer sind solange auf den Idealismus verwiesen worden als Auskunftsmittel in ihrer betrübenden Lage, daß sie Ihnen dieses eine bescheidene Ideal wenigstens lassen können. Wenn man die Lehrer so lange mit Idealen gefüttert hat anstatt mit ausreichenden Gehältern, so könnte man ihnen dieses bescheidene Ideal, die soziale Lage eines Schloßkassierers oder Brauereiverrechners zu erobern, doch wirklich lassen.

Deshalb habe ich gestern, soweit mir das möglich war, lebhaften Widerspruch erhoben gegen die vonseiten des Herrn Ministers gefallene Bezeichnung meiner Forderung als unerreichbares Ideal. Wenn man das bereits als Ideal, als Utopismus betrachtet, und wenn man auf der andern Seite selbst nicht die Initiative ergreifen will, um zu einem bessern Zustand zu kommen, dann muß es eben auf mich den Eindruck machen, daß die Schilderungen der nackten Wahrheit, die der Herr Kollege Thrig Ihnen hier in erschütternden Worten vorgetragen hat, als er schließlich die Unterstützungsakten aufzumachen begann: da muß man zu der Ansicht kommen, daß diese bedauerlichen Zustände, die den Herrn Minister ruhig zwei Jahre schlafen ließen, ohne daß er Miene gemacht hätte, sie zu ändern, daß die seinem Ideal allerdings näher kommen, als dem von mir aufgestellten „Ideal“. Dabei gebe ich ihm vollständig das Recht, das er für sich beansprucht, seine Ideale nämlich da zu suchen, wo er will, wie ich meine Ideale ebenso suchen werde, wo ich will.

Eine Bemängelung der Forderung nach Einreihung unter G 5 ist richtiger, berechtigter als die Charakterisierung als eines Ideals, einer Utopie: man könnte nämlich sehr wohl Einreihung in G 3 fordern, wie der Herr Kollege Thrig gemeint hat, ein Standpunkt, der, wenn ich nicht irre, auch vom Kommissionsmitglied Herrn Dr. Wengoldt geteilt worden ist, er wäre an und für sich das richtigere. Warum ich nun nicht G 3 in meinem Antrag aufgenommen habe, das ist aus der Begründung, die ich ihm schriftlich beigegeben habe, ja zu ersehen. Ich sehe selbst ein, daß nach der in diesem hohen Hause und am Regierungstische herrschenden Auffassung der finanziellen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit in unserem Staate — in dieser Beziehung sehe ich ja prinzipiell auf einem andern Standpunkt wie Sie — die Aufwendungen, die notwendig wären, um unsere Lehrer in G 3 überzuführen, in den nächsten Jahren nicht zu erhalten sein werden. Ich gebe auch zu, wenn in unserer Bevölkerung im Wege eines Referendums abgefragt werden würde, daß für G 3 wie auch für viele andere Beamtenaufbesserungen keine Mehrheit zu erreichen wäre. Aus all den Erwägungen und weil ich Realpolitiker und kein Utopist und Phantast bin, habe ich mich begnügt, G 5 zu verlangen! Darunter kann man nicht gut gehen. Man wird nicht einem Lehramtskandidaten sagen können: „Endlich sollt ihr jetzt bezahlt

werden, wie das euer Amt, eurer Bildung und der Würde der Volksschule entspricht, der Lehrermangel soll gehoben werden, aber nicht einmal zu G 5 kann man sich aufschwingen!“ In welcher Klasse soll denn der Lehrer überhaupt eingereiht werden können, wenn nicht mindestens nach G 5? Das ist doch wirklich, wenn man überhaupt etwas tun will, der erste, der geeignetste Schritt zur Besserung: 1500 M Anfangsgehalt und 2800 M Maximalgehalt. M. S., das ist die ganze Leistung, das große „Ideal“, die „Utopie“, die von Ihnen verlangt wird, und selbst die soll noch nicht mit einem Schläge eintreten, wie sie in Hessen seinerzeit eingetreten ist, sondern in Anlehnung an die bei uns allgemein bei der Beamten-gesetzgebung beobachtete Praxis der Übergangsbestimmungen: allmählich, in Verteilung auf drei Budgetperioden, sodaß in der ersten, in dieser Budgetperiode nach den genauen Berechnungen der Regierung 454 000 oder 465 000 M notwendig sein werden.

Eine solche Forderung als „absolut unannehmbar“ bezeichnet zu hören, muß einen deprimierenden und niederschmetternden Eindruck machen. Denn man muß sich sagen: Wenn man alle übertriebenen oder manchen als übertrieben erscheinenden Forderungen vermieden, für bessere Zeiten zurückgestellt und nun wirklich ein Minimum verlangt hat, von dem im ganzen hohen Hause jeder einzelne Abgeordnete überzeugt ist, daß es wirklich das Minimum darstellt — das sehen Sie ja aus dem Kommissionsbericht, dann muß man niedergeschlagen werden. Man sollte doch annehmen dürfen, daß angesichts des un-leugbaren Notstandes und angesichts der Tatsache, daß es — wie vom Regierungstisch selbst zugestanden ist — ein anderes Mittel zur Behebung dieses Notstandes überhaupt nicht gibt, daß da die Regierung sich entgegenkommender zeigen würde. Ja, wenn wir vielleicht noch einen Sprung ins Dunkle machten, wenn wir die ersten wären, die auf diesem Gebiet vorgingen! Aber wie schon Hessen beweist, ist das nicht einmal der Fall. In Hessen sind die Dinge längst praktisch geworden.

Nun hat der Herr Minister in der Kommissionsitzung, in welcher eine Debatte nicht zugelassen wurde, sondern nur Fragen gestellt werden durften, erwidert: Ja, in Hessen erreichen die Lehrer nicht, wie wir hier wollen, mit 44 Jahren, sondern erst mit 52 das Maximum. Ich habe mich darüber verlässigt und erfahren, daß auch die hessische Kammer seinerzeit bereits bei Annahme des Gesetzes einem Antrag zugestimmt hat, welcher vorsieht, daß eine teilweise Verbesserung der Zulagen und damit ein reicheres Einkommen in den Höchstgehalt einzutreten habe. Die jetzige Skala wird also dort als eine Art Übergangsbestimmung aufgefaßt. Mit dem weniger günstigen hessischen Aufrückungssystem gegenüber dem unsrigen soll also dort gebrochen werden. Und wenn auch die hessische Kammer unter dem Druck der Finanzlage diese Änderung in diesem Jahre noch nicht vorgenommen hat, sondern vielleicht erst in der nächsten Budgetperiode vollziehen wird, so ist aber jedenfalls doch festgestellt, daß Hessen unserer Regierung nicht das Recht geben kann, nun zu sagen, ich verlangte hier mit meinem Antrag etwas Unmögliches, etwas, was noch nicht einmal in Hessen in Aussicht genommen wäre, weil dort bis jetzt etwa erst mit 52 Jahren das Anrecht auf das Gehaltsmaximum gewährleistet wird; denn man hat dort die Unzulänglichkeit der Gehaltsätze von vornherein gefannt und man will sie beseitigen.

Ich muß dann auf Sachen verweisen. Ich muß annehmen, daß die Zahlen, die hier in dem Buch, das ich dem Regierungsvorsteher zur Verfügung gestellt, enthalten sind, und dessen Angaben ich in der Kommission verwertet habe, von der Regierung kritisiert und unter Umständen enttrüftet werden. Ich will deshalb diese Zahlen nur ad informandum mitteilen. Ich muß auch selbst zugeben, daß diese Zahlen einen absolut schlüssigen Eindruck deshalb nicht machen, weil die Berechnung der Aufwendungen für die Volksschule von Staat und Gemeinde nicht mit der nötigen Schärfe geschieden sind. Wenn uns aber gesagt wird, wir seien, ähnlich wie das bei den Eisenbahnergehältern der Fall ist, gegenüber anderen deutschen Staaten wenn auch nicht an der Spitze, so doch jedenfalls nicht weit zurück in bezug auf die Bezahlung der Volksschullehrer, so will ich Ihnen nur auch hier den Beweis liefern, daß in der Politik in allen Einzelstaaten oft mit einem Material gearbeitet wird, dem wir eben jede zuverlässige Bedeutung abprechen müssen, solange wir die Grundlagen, auf denen es aufgebaut ist, nicht selbst zu beurteilen und nachzuprüfen vermögen.

Es berechnet nämlich der von mir schon wiederholt in diesem Landtage zitierte Georgi, Oberbürgermeister von Leipzig, Mitglied der Ersten Kammer in Sachsen, bei Besprechung des finanzpolitischen Werkes unseres Finanzministers Buchenberger den Aufwand von Baden und Sachsen, soweit er aus der Staatskasse für die Volksschule der beiden Staaten geleistet wird, auf 1,03 M pro Kopf der Bevölkerung in Baden gegen rund 3 M in Sachsen, unsere Regierung gibt dagegen für Baden 1,33 M und für Sachsen 1,32 M an! Insbesondere ist bei Georgi auch gegenübergestellt die Ausgabe für die Lehrerbildungsanstalten in Sachsen mit 2 136 000 M, in Baden mit 275 000 M; für die Volksschulen selbst in Sachsen im ganzen mit 12,8 Mill. Mark, in Baden mit 1,9 Mill. Mark. Dabei

wird darauf hingewiesen, daß allein die Stadt Leipzig außerdem für die Volksschule einen Betrag von insgesamt 4,9 Mill. Mark aufbringt, also einen Betrag, der die Leistungen des badischen Staates für die Volksschulen um etwa drei Millionen jährlich übersteigt! Die betr. Zahlen sind dann auch für Preußen und Bayern gegeben, und es wird gesagt, daß Preußen 2,12 M., Bayern 2,16 M. pro Kopf aus der Staatskasse für die Volksschule leistet, während wir in Baden von der Regierung belehrt werden, der Aufwand pro Kopf betrage in Bayern 1,56 M. Ob diese Zahlen richtig sind, das weiß ich, wie gesagt, nicht, das kann ich nicht nachprüfen. Ich kann nur genau wie bei den Eisenbahnergehältern erklären, daß, so lange uns diese Zahlen nicht widerlegt sind — Zahlenangaben, die doch wahrlich auch von autoritativer Seite gemacht sind, denn ich brauche den Mann wohl nicht näher zu charakterisieren, der als Autor dieser Zahlen hier unterschrieben ist — daß also bis zur stichhaltigen Widerlegung uns auch gestattet sein muß, die Statistik, die uns vorgezeigt wird, um uns aufzuhalten in unserem Bestreben zur Besserung der Schul- und Lehrerverhältnisse oder uns einzuschläfern in bezug auf die Verfolgung dieser Frage, daß es so lange uns gestattet sein muß, diese im Kommissionsbericht niedergelegten, von der Regierung gegebenen Zahlen anzuzweifeln und ihre abschließende Gültigkeit zurückzuweisen.

Wenn wir eine beweiskräftige Statistik in dieser Sache bekommen sollen, so muß sie so klar und durchsichtig sein, daß jeder, der die vier Spezies zu beherrschen gelernt hat, in der Lage ist, nachzuprüfen und zu sagen: so viel leisten die Gemeinden in Baden, so viel leisten sie in Sachsen; so viel leistet der Staat in Baden und so viel in Sachsen, und ebenso für die andern Bundesstaaten. Dagegen darf man es geradezu als einen Notstand in der Statistik bezeichnen, daß, obgleich Staat, Reich und Gemeinden überall statistische Ämter errichten und ganz kolossale Aufwendungen machen, schlechterdings heute niemand in der Lage ist, eine derartig durchsichtige, übersichtliche, klare Statistik sich zu verschaffen. Der Notstand ist so groß, daß selbst Männer von der Bedeutung, wie die Herren an unserm Regierungstisch auf der einen Seite und die so autoritative Persönlichkeit in Sachsen, einander solch diametrale Angaben öffentlich machen können, ohne befürchten zu müssen, in dem Kreis, in dem sie gemacht werden, zunächst auf beweiskräftigen Widerspruch zu stoßen. Es handelt sich um wesentliche Differenzen: In Baden wird uns in der Kommission gesagt, wir hätten 1,38 M. pro Kopf der Bevölkerung Ausgabe für die Volksschule — bei Georgi heißt es, 1,03 M.; in dem Kommissionsbericht heißt es: in Sachsen macht ungefähr die Staatsausgabe pro Kopf etwa gerade so viel wie in Baden und bei Georgi heißt es: nein, das macht 3 M. ohne die Gemeindezuschüsse. Das ist doch wahrlich kein Zustand, der der deutschen Gründlichkeit und Gewissenhaftigkeit in der wissenschaftlichen Behandlung derartiger Angelegenheiten Ehre machen könnte. Ich glaube, die Regierung würde sich den größten Dank nicht bloß unseres Volkes, sondern des ganzen Reiches verdienen, wenn sie diesen von mir jetzt zum zweitenmale wahrlich hinreichend gekennzeichneten Notstand auf dem Gebiete der Statistik ein Ende zu machen unternehmen würde.

Daß die sächsischen Lehrergehälter höher sind wie die badischen, das entnehme ich neben der Statistik in der vorjährigen Lehrerpetition Seite 33 und 34 aus der Tatsache, daß z. B. im Jahre 1903 eine ganze Reihe von Lehrerstellen mit Organistendiensten ausgeschrieben waren, wobei die Organistengehälter nicht unter 423 M. und aufsteigend bis zu 1400 M. betragen. Wer weiß, daß bei uns der Lehrer durch die Beförderung des Organistendienstes (so viel ich berichtet bin) 200 bis höchstens 250 M. — in einzelnen Fällen mag's vielleicht noch ein paar Mark höher gehen — erzielen kann, und wer weiß, daß selbst dieses armeneliche Äquivalent mit den allergrößten Kämpfen und unter dem denkbar größten Widerstand derselben Herren, die auch heute am schwersten dazu zu bringen sind, in der Gehaltsfrage vorwärts zu gehen, durchgesetzt worden ist, der wird mir Recht geben, wenn ich sage: da sich auch in diesen Organistengehältern die Wertschätzung der Lehrerarbeit ausdrückt, nehme ich bis auf weiteres an, daß die höheren Angaben dieser sächsischen Autorität in Bezug auf die Höhe der Lehrergehälter richtiger sind als diejenigen, die die Großh. Regierung uns bezüglich Sachsen gegeben hat. Ich zweifle nicht, daß, nachdem der Herr Regierungsvertreter von mir das Buch erbeten und seinerzeit von mir zur Verfügung gestellt bekommen hat, er in der Lage sein wird, hochinteressante Ausführungen über diesen wichtigen Punkt zu machen.

Nun, meine Herren, will ich Ihnen, damit Sie sehen, wie bescheiden unsere Lehrer in ihren Ansprüchen sind, noch eine einzige Zahl auf diesem Gebiete mit zur Erwägung geben. Man ist gewöhnt, von Mannheim als dem Dorado für die badischen Lehrer zu reden. Ich habe hier vor mir eine Zusammenstellung der „Neuen Badischen Schulzeitung“ über die Gesamtbezüge von Mannheimer Lehrern in 1—50 Dienstjahren im Vergleich zu einer ganzen Reihe anderer deutscher Städte, und da finde ich Mannheim an unterster Stelle im Vergleich mit folgenden Städten: es verdient nämlich ein Lehrer in 50 Dienstjahren in Würzburg 183 030 M., München 179 460 M., Nürnberg 172 710 M., Jülich 162 840 M., Augsburg

161 010 M., Cassel 135 840 M., Mannheim 121 220 M. Hieraus ergibt sich, daß man unsere badischen Lehrer, wenn sie das verhältnismäßig so gering bezahlende Mannheim als Dorado ansehen, nicht der Unbescheidenheit zeihen kann, daß man nicht von „unerfüllbaren Idealen“, von utopischen Unrealitäten sprechen darf, wenn sie verlangen, daß sie mindestens in G 5 zu den von uns geforderten Beamtenkategorien endlich eingereiht werden.

Der Herr Minister hat auf Württemberg verwiesen, er hat auch von Mecklenburg gesprochen (Lachen und Juchse) — weiter habe ich des Herrn Ministers Ausführungen gestern nicht verstanden, und der stenographische Bericht ist mir noch nicht zugänglich geworden. Er hat sich gewundert, daß ich gelacht habe, als er von Württemberg sprach. Wenn er aber heute sieht, daß jetzt selbst die Deutsche Partei in Württemberg — zu ihrer Ehre sei es gesagt! — durch das ganze württembergische Land mit Resolutionen vorgeht und Stellung nimmt gegen die Behandlung der Schulangelegenheiten in Württemberg, dann wird er mir Recht geben, wenn ich gelacht habe, daß man von der Regierung glaubt, in diesem gegenwärtigen Moment uns gegenüber überhaupt die württembergischen Verhältnisse zum Vergleich der Behandlung von Schulangelegenheiten heranziehen zu können. Einen solchen Hinweis müssen wir als beweislos entschieden zurückweisen. Württemberg kämpft den furchtbar schweren Kampf um die Befreiung der geistlichen Schulaufsicht noch durch. Von welcher eminenten Bedeutung diese Frage für die Lehrerschaft nicht bloß für die Schule, sondern für das ganze Land ist, geht daraus hervor, wie jeder denkende Mensch schließlich sich gezwungen sieht, an dieser Frage Interesse zu nehmen, auf den Plan zu treten, seine Stimme zu erheben. Württemberg muß jetzt die Bahnen beschreiten, die wir Gott sei Dank schon längst beschritten haben. Wenn einmal die Deutsche Partei dort die Frage der Berechtigung der Mitwirkung der Ersten Kammer im jetzigen Umfang ins Land hineinwirft und erörtert, so ist wahrlich der Beweis geliefert, mit welcher wichtigen Fragen wir es da zu tun haben. Und ebenso darf ich wohl auf Preußen, auf das von anderer Seite hingewiesen worden ist, abheben. Auch mit diesem können wir uns zur Zeit nicht vergleichen lassen. Übrigens ist es i. J. Preußen gewesen, wo Unterrichtsminister Boffe dem Widerspruch des Herrenhauses, welches 1879 dem Geies für die Volksschullehrer nicht zustimmen wollte, entgegengetreten ist und die Kabinettsfrage gestellt mit der ihn aufs höchste ehrenden Begründung, daß er bei Verweigerung der Erhöhung der Bezüge der Lehrer für eine zeitgemäße Leistungsfähigkeit der preussischen Volksschule, „für die Erhaltung der Volksbildung auf der jetzigen Höhe“ die Verantwortung nicht mehr übernehmen könnte. Wenn unser Herr Minister nicht blind ist gegen die Mißstände, die von seinen eigenen Beamten ausgeht, was von dem ganzen Hohen Hause anerkannt ist, wenn er die Mißstände an der Wurzel fassen wollte, so glaube ich, darf er des denkbar stärksten Rückhalts in der ganzen Öffentlichkeit sicher sein, wenn er eine ähnliche Haltung wie Minister Boffe einnehmen würde.

Warum G 5 in dem Gehaltstarif?“ hat der Herr Minister gefragt! Er war neugierig, mit welcher Begründung ich diese Forderung verteidigen würde. Ei, weil die Lehrer ein Ende gemacht haben wollen mit der unendlich unwürdigen, hinführenden Behandlung der Frage, die ihre Existenz aufs Innerste berührt! Die Lehrer wollen heraus aus der Sondergesetzgebung, aus ihrer Ausnahmestellung, aus ihrer Pariastellung, wie man's nennen kann, weil sie, wenn die übrigen Beamten aufgebessert werden, das Nachsehen haben und sie vor der ganzen Öffentlichkeit eine Spezialpetition machen müssen, nur um den anderen Beamten in ihren Bezügen etwas nachrücken zu können. Und was es an Dargelb ist, was die Lehrer auf diese Weise verlieren, das sehen Sie u. a. z. B. an der Behandlung der Wohnungsgeldfrage vor zwei Jahren. Die Lehrer haben damals als Ersatz eine nichtpensionsfähige „Dienstzulage“ von 150 Mark bekommen. Wären sie damals schon in G 5 gewesen, so hätten sie eine Erhöhung des Wohnungsgeldes bekommen von 250 Mark, also gerade 100 Mark mehr, und zwar pensionsberechtigt. Um diese 100 Mark fielen die Lehrer eben — und das ist ein Kapital von 2000 Mark — hinunter.

Ich will ganz absehen von den wesentlich niederen Anfangs- und Endgehältern der Lehrer. Dies Beispiel zeigt aber, daß nur Einreihung in den Gehaltstarif den Lehrern helfen kann. Oder glaubt der Herr Minister nicht, daß in einem Lehrerverband, wo infolge der verhältnismäßig ohnehin niedrigen Gehaltsätze Schmalhans Küchenmeister ist, ein jährlicher Betrag von 100 M. schon eine Sache ist, die die Lehrer veranlassen müßte, Einsetzung in das gleiche Recht wie die Beamten zu fordern, nachdem sie doch die gleichen Pflichten haben? Nun kommt aber noch eine gehaltliche Schlechterstellung von 400—800 M. hinzu! Sonst wird doch von der Regierung immer verkündet: wo Pflichten sind, da sind auch Rechte, und wo gleiche Pflichten sind, müssen auch gleiche Rechte sein. Deshalb, aus diesem einzigen leicht begreiflichen Grunde wollen die Lehrer mit aller Gewalt erreichen, daß sie endlich in

den Gehaltstarif an der ihnen mindestens zukommenden Stelle aufgenommen werden. Die berechtigten Eigentümlichkeiten, die bis jetzt in Bezug auf die Behandlung und Bezahlung der Lehrer bestanden haben, die schenken Ihnen die Lehrer um diesen Preis mit beiden Händen und verzichtet gerne auf alle etwa bestehenden Privilegien in dieser Beziehung. Sie wollen nicht mehr und nicht weniger als irgend ein Schloßkassier und Brauereiverrechner in G 5! Wenn von Nebenbezügen gesprochen wird, so hat der Herr Minister schon vor zwei Jahren auf eine dahingehende Äußerung des Herrn Berichterstatters Oskircher selbst erklärt, daß er nicht wünsche, daß die Nebenverdienste, die doch zunächst besonders erarbeitet werden müssen, den Mittelschullehrern bei der Gehaltsbemessung irgendwie vorgerechnet werden können. In Konsequenz dessen geht es auch bei den Volksschullehrern nicht an, daß man die an sich gerechtfertigten Gehaltsansprüche ihnen wegen allenfallsiger Nebeneinkünfte nicht zubilligen könne.

„Absolut unannehmbar“ soll die Forderung der Einreihung unter G 5 sein! Aber 1906, nachdem nun weitere zwei Jahre gar nichts geschehen sein wird, da soll etwas geschehen. Was, das wissen wir noch nicht, und auf eine dahingehende Frage bekommen wir keine Antwort. Der Herr Minister — man darf hier wohl sagen das Staatsministerium, denn ich will glauben, der Herr Minister würde G 5 heute sehr gern konzabieren, wenn nicht die leidige Finanzfrage wäre — der Herr Minister, sage ich, kann noch nicht einmal für 1906 voraussagen, ob G 5 von der Regierung vorgeschlagen werden kann. Woher das Geld? sagt der Herr Minister, und auch der Herr Kollege Fehrenbach, der sonst sehr ausgabenbewilligungslustig ist, wo es sich auf anderen Gebieten um Ausgaben handelt, wofür der Staat eine Rechtspflicht nicht einmal anerkanntermaßen auf sich hat, derselbe Kollege Fehrenbach ist nun auf einmal sehr bedenklich geworden in Bezug auf die Frage, woher das Geld genommen werden soll zu dieser ganz sicherlich berechtigten Forderung. Ja, wenn Sie wenigstens erklären würden, daß Sie insoweit für eine Steuererhöhung selbstverständlich nicht stimmen können, als die Regierung sich weigert, diese Steuererhöhung auch entsprechend zu verwenden. Ja, wir müßten geradezu verrückt geworden sein (Heiterkeit), wenn wir ohne weiteres die Steuererhöhung genehmigten. Nachdem man Eisenbahnbeamte, Eisenbahnbedienstete und Arbeiter abweist, den Volksschullehrern keinen Pfennig geben will und auch im übrigen keinen einzigen Wunsch der Volksvertretung, der Geld kostet, in der ganzen Session berücksichtigt hat, dann sollen wir am Schluß des Landtags hingehen und eine Steuererhöhung bewilligen? Und wir sollen diese Steuererhöhung bewilligen, obgleich das Budget sich genau um die in der Steuererhöhung vom November 1902 geforderte Summe von zwei Millionen jährlich plötzlich verbessert hat dadurch, daß aus Eisenbahneinnahmen ein glatter, reiner Netto-Mehrbetrag von vier Millionen der Staatsschatze damit uns in den Schoß gefallen ist? Und diese vier Millionen werden weder direkt noch indirekt ebenso wie die neu geforderten vier Millionen Steuern für die nächste Budgetperiode zur Befriedigung der Wünsche der Lehrer verwendet! Und da sollen wir für eine Steuererhöhung stimmen? Nein, meine Herren, das darf man uns nicht zumuten wollen, und ich glaube, daß im Lande draußen niemand die Vorwürfe anerkennen wird, die der Herr Kollege Fehrenbach erheben zu dürfen glaubt, daß diejenigen, die die Ausgaben verursachten, nicht einmal für eine Steuererhöhung zu haben gewesen wären. Ja, erst müssen die Ausgaben festgelegt und beschlossen sein, dann können wir erst für die Einnahmen stimmen! Aber für die Einnahmen da ins Blaue hineinstimmen, und die Ausgaben, die die Kammer gefordert hat, werden doch nicht geleistet, — das wäre doch ein starkes Stück! (Zwischenruf.)

Ein Kollege zur Rechten hält das für eine graue Theorie. Aber sehen Sie sich, meine Herren, doch nur in der Praxis um! Wenn Sie, wie Sie jetzt beabsichtigen, diese Steuererhöhung beschließen, und wenn Sie auf der anderen Seite den heute von uns, von mir schon vor zwei Jahren bekämpften Zuschuß von zwei Millionen an die Eisenbahnschuldentilgungskasse beschließen, so sehen Sie draußen im Lande das Schauspiel, daß der Finanzminister durch die Schuldentilgung einer ganzen Reihe von Staatsgläubigern, die ihre Obligationen gar nicht hergeben wollen, mit Gewalt dieselben aus den Händen reißt und sie tilgt mit den Mitteln, von denen wir glauben, daß sie hundertmal besser für Kulturzwecke, hier für Hebung unserer Volksschule an ihrem edelsten Teil, zur Verbesserung der Lehrergehalte, verwendet würden. So sehen Sie auf der einen Seite die Gläubiger des Staates, die das Schicksal verfluchen, das ihnen das Los beschieden hat, die Schuldenobligationen, die sie gern behalten würden, abgeben zu müssen, und auf der anderen Seite sehen Sie, daß man einer so verhängnisvollen Sparmaßnahme gerade auf dem Volksschulgebiet zuneigt. Und da verlangen Sie, daß wir zustimmen sollen? Nein, meine Herren, das können Sie unmöglich verlangen!

Ich kann mich nur dagegen verwahren, daß der Vorwurf gegen uns erhoben wird, wir schlägen Ausgaben vor, ohne auch die zur Deckung nötigen Einnahmen zur Hand zu haben. Abgegeben von der Kassierung des Zweimillionenzuschusses an die Eisenbahnschuldentilgungskasse werden wir bei der Steuererhöhung und auch heute darauf hinweisen, daß der außerordentliche Bauetat von 65 Millionen Mark innerhalb 12 Jahren uns dazu berechtigt, zu erklären: Wenn die Regierung gewollt hätte, so wäre sie allerdings schon vor 12 Jahren, oder wenigstens vor 10 Jahren, im Jahre 1894, in der Lage gewesen, eine andere Baupolitik einzuführen, nämlich zu bauen, wie alle gewissenhaften Privatleute bauen, mit Schuldenaufnahme nämlich auf 15- und 20jährige Amortisation und keine Monumentalbauten herzustellen aus laufenden Mitteln, auf der anderen Seite aber die dadurch ersparten Millionen zur Hebung der Volksschule zu verwenden. Dann wären wir heute um ein gutes Stück weiter, und ich glaube, den Beweis geliefert zu haben, daß dadurch nicht bloß auf intellektuellem und geistigem Gebiete das Kapital des badischen Staates verwertet sein würde, sondern auch auf rein materiellem und auch in Bezug auf die industrielle Konkurrenzfähigkeit.

Der Herr Kollege Fehrenbach war sehr entrüstet, daß ich ihm entgegenrief, das Geld könne auch z. B. bei St. Peter oder den Zuschüssen zum Kultetat gespart werden. Nun, über diese Frage hat er uns angekündigt, daß er uns beim Kultusetat etwas erzählen will. Ich will ihm nicht vorgreifen, wer aber etwas erzählen will, tut gut, wenn er eine Reise macht, und da möchte ich ihm empfehlen, sich in anderen europäischen Ländern umzusehen, damit er uns auch die dort gemachten Erfahrungen in Bezug auf diese Frage erzählen kann. Wenn dort, im Lande Frankreich nämlich, der Gedanke Boden gewinnt, auf dem wir vorzugehen wünschen, so wird er mir selbst zu geben, daß wir uns, von unserem Standpunkt aus, einer unverzeihlichen Unterlassungssünde schuldig machen würden, wenn wir nicht immer und immer wieder auf die Möglichkeit hinweisen wollten, auf diesem Wege geordnete Zustände für unseren Staatshaushalt, der angeblich so schwer zu finden, und die Mittel für wirkliche Kulturzwecke, für die Schulen flüssig zu machen. Die Erhöhung der Kirchensteuer und der Befugnisse der Kirchengemeinschaften würden diesen so gut wie in anderen Ländern, beispielsweise in Amerika, auch bei uns die Möglichkeit geben, hier endlich zu befriedigenden Verhältnissen kommen zu können.

M. H., wie schwer es für uns sein wird, uns auf diesem Gebiete zu verständigen, das lehren mich die verschiedenen Rentkontres, die ich z. B. mit dem Herrn Abg. Sießler in der Kommission gehabt habe. Es ist u. a. in dem Kommissionsantrag und in der Begründung hervorgehoben, daß man die Zahl der Unterrichtsstunden vermehren soll. Die Herren werden sich erinnern, die in der Kommission waren, daß ich damals erklärt habe, wenn man mit einem solchen Antrag vor die badische Lehrerschaft tritt, ohne zugleich ihre Gehalte aufzubessern und dadurch nicht nur dringende Bedürfnisse zu befriedigen, sondern auch mehr Lehrkräfte zu erhalten, so sei das eine Verhöhnung der badischen Lehrerschaft, einfach deshalb, weil die Ausführung dieses Vorschlags ohne wesentlich mehr Lehrer unmöglich ist. Es sei nicht angängig, die Lasten, die heute schon schwer auf den einzelnen Lehrern ruhen, noch zu vergrößern, und das, habe ich damals erklärt, möchte ich doch von unserem Volksschullehrerstande abgewendet wissen. Darauf ist mir von dem Herrn Abg. Abg. Wegoldt auf der andern Seite erwidert worden, daß sei eine irrtümliche Auffassung, die Lehrer würden um so viele vermehrt werden, daß die Unterrichtsstunden auf den einzelnen Lehrer nicht eine höhere Zahl erreichen würden, und der Herr Abg. Sießler insbesondere hat erklärt, daß er das Gefühl der Empörung nicht habe bemerken können in seiner Eigenschaft als Beamter, als er diese meine Ausführung gehört habe.

M. H., wenn ich als Nichtfachmann damals sofort auf den Gedanken gekommen bin, wie eine Vermehrung der Unterrichtsstunden ohne vorherige Vorjorge für wesentlich mehr Lehrkräfte die Arbeitslast der im Dienst stehenden Lehrer in unzulässiger Weise erhöhen müßte, so können Sie sich denken, daß ich nicht geringe Genugtuung dabei empfinden muß, wenn ich nunmehr von den Lehrern selbst den von mir eingenommenen Standpunkt durchaus geteilt finde. Ich habe hier vor mir die Zuschrift eines Lehrers, der diese Frage bespricht und der ebenfalls zu der Ansicht kommt, daß nach dem Plane des Herrn Kollegen Wegoldt überall da, wo nur ein Lehrer an einer Schule in Frage kommt, die einfache Erweiterung, die Steigerung der Zahl der Unterrichtsstunden absolut undurchführbar ist, ohne eine zu starke Anspannung der Kräfte jedes einzelnen Lehrers. Es hat dieser Mann seinen Stundenplan nach dem Vorschlage der Kommission mit der höheren Zahl von Unterrichtsstunden im einzelnen vorgelegt und hat konstatiert, daß danach 50 bis 51 Stunden wöchentlich auf ihn entfallen würden. Er erklärt mit Recht, selbst der stärkste und kräftigste Mann müßte unter dieser Arbeit zusammenbrechen.

Ich glaube deshalb, daß wir berechtigt sind, jedenfalls von der Regierung eine Zusicherung in dem Sinne zu verlangen, daß, solange



keine Erhöhung der Lehrergehälter stattfindet und dadurch mehr Lehrer gewonnen werden, sich selbstverständlich nun und nimmer die Hand dazu bieten wird, dem Kommissionsantrag in der einen oder andern Weise dahin stattzugeben, daß die Befürchtung der Lehrerschaft, daß die heute schon auf ihr ruhende Arbeitslast noch gesteigert werde, ohne daß die Gehälter gesteigert werden, selbstverständlich niemals in Erfüllung gehen darf.

Ich freue mich aber, daß ich in der Kommission diesen Gedanken zum Ausdruck gebracht habe, und obgleich die Herren Fachmänner in diesem hohen Hause auch heute noch auf dem Standpunkt stehen, daß ich mich hier irre, muß ich es doch als schlechterdings unmöglich erklären, daß man mit derselben Anzahl von Personal eine gesteigerte Anzahl von Unterrichtsstunden, im ganzen betrachtet, wird leisten können, ohne daß wenigstens einem Teil des Personals eine Steigerung der Arbeitslast wird zugemutet werden müssen. Nur eines kann uns aus unserem Schulleid herausführen, und das ist eine entsprechende Bezahlung des Lehrerstandes. Diese ist der Beginn jeglicher Schulreform!

Ich bin am Schlusse, meine Herren. Ich will mit einer historischen Reminiscenz schließen. Als 1819 der erste Landtag zusammentrat, da hat der spätere Minister Winter als Abgeordneter sich schon veranlaßt gesehen, bei der Behandlung des Volksschulgesetzes darauf hinzuweisen, daß hier eine der „dringendsten“ Aufgaben für den eben zusammengetretenen Landtag sich darbiete und er hat als Beispiel angeführt, daß die Lehrer, die einen jährlichen Gehalt von 15 fl. haben, im Lande nichts Seltenes seien und daß Lehrern zum Schande des Staates Betteln zu gehen genötigt seien. Wir haben gesehen, daß, dank der Tätigkeit der Landstände, die Volksschule von diesem denkbar tiefsten Stand sich gehoben hat, wir haben gehört von dem Herrn Abg. Fehrenbach, daß die Gehälter sich im Laufe der Jahrzehnte gehoben haben auf 250 Gulden im Jahr, wir haben gesehen, daß im Jahr 1863 die Regierung den Versuch gemacht hat, eine Schulreform im großen Stile durchzuführen. Wir haben aber auch gesehen, daß von 1876 ab ein Rückschlag auf allen Gebieten des Volksschulwesens sich fühlbar gemacht hat, dessen Folgen heute mit verhängnisvoller Wucht hervorgetreten sind; und wir haben weiter gesehen, daß, nachdem ich 1902 nach 26jährigem Bestehen dieser bedauerlichen Stagnation auf dem Gebiete jeder Schulreform, materieller sowohl wie ideeller Schulreform, die Forderung erhoben habe, dem Übel an der Wurzel endlich entgegenzutreten, den Lehrermangel durch Steigerung der Lehrergehälter zu beheben; wir haben gesehen, daß die Großh. Regierung zunächst unter Bestreitung der begründenden Tatsache dieser Forderung entgegengetreten ist, und wir sehen heute nach weiteren zwei Jahren, daß die Regierung die begründende Tatsache zwar nicht mehr ernstlich zu bestreiten in der Lage ist, daß sie aber trotzdem auch heute noch ein „Absolut unannehmbar“ dem positiven Vorschlag entgegensetzt, diesen Zuständen entgegenzuarbeiten und wieder in eine Periode der vorwärts eilenden Entwicklung auf dem Gebiete der Schulreform zu gelangen. Ich freue mich, konstatieren zu können, daß ich das auch in der Schulkommission von mehreren Seiten gebrauchte Wort, daß der damalige Herr Abgeordnete und spätere Minister Winter 1819 in Bezug auf die vor 85 Jahren herrschenden Schulzustände gebraucht hat, daß ich dieses Wort auch heute wieder zur Charakterisierung unserer derzeitigen Verhältnisse gehört habe, das Wort „Schande“. Und so fasse ich als Schlachtruf für die nächsten Jahre unsere Forderungen auf dem Gebiete des Volksschulwesens zusammen in den einen Ausruf:

Die Großh. Regierung möge nun endlich die Hand dazu bieten, daß wir aus dieser von 1819 bis 1904 sich fortziehenden historischen Schande unserer Schulzustände endlich herauskommen mögen!

### Verschiedenes.

**Heidelberg.** Dienstliche und gesundheitliche Verhältnisse machen es dem Herrn Geh. Hofrat von Sallwürk unmöglich, die übernommenen Vorlesungen bei dem bevorstehenden Ferienkurs hier zu halten. Für ihn tritt Herr Geh. Rat Windelband ein, eine Zierde der Heidelberger Universität. Der hervorragende Gelehrte wird lesen über „Die moderne Psychologie, ihre hauptsächlichsten Probleme und Richtungen.“ — Wir bitten die Kolleginnen und Kollegen, welche an dem Kurs teilzunehmen gedenken, mit der Anmeldung nicht mehr länger zu warten.

**Heidelberg.** Indem wir unsere Leser nochmals auf die vortreffliche Schrift *Wiederkehr* aufmerksam machen, freuen wir uns, mitteilen zu können, daß auch in sachmännischen Kreisen *Wiederkehr* Ansichten über den Religionsunterricht die verdiente Beachtung finden. Zwei hervorragende Theologen, die Herren Seminarleiter Leuz und Professor Thoma äußern sich folgendermaßen:

Hauptlehrer G. Wiederkehr in Mannheim hat gerade in passender Zeit ein Wort an Eltern, Lehrer und Geistliche gerichtet, das ihm und dem ganzen Lehrerstand sowohl durch seine sprachliche Darstellung als seines tiefen Inhalts alle Ehre macht. Das Buch be-

handelt die Grundgedanken des Religionsunterrichts, die Anschaulichkeit und Einseitigkeit desselben und stellt in dem Streit um die Herrschaft der religiösen Richtungen das Kind als Vorbild nach Jesu Vorgang in die Mitte und beweist darnach die Berechtigung, ja die Notwendigkeit der religiösen Bildung im engeren Sinn, die in dem Wesen und in der Natur der kindlichen Seele begründet liegt. Ein Moratunterricht allein könne trotz der biblischen Vorbilder die ethischen Forderungen nicht erfüllen; daraus ist der freie Standpunkt des Verfassers zu erkennen, dem der Religionsunterricht der wichtigste und naturnotwendigste Unterricht ist.

Nicht durch Verträge, sondern durch religiöse Persönlichkeiten keine wahre Religiosität auf und diese Persönlichkeit kann nur derjenige sein, ohne den wir nichts tun können.

Wir stimmen im allgemeinen mit des Verfassers Ansichten über die Einseitigkeit des religiösen Stoffes überein, wenn wir auch gestehen müssen, daß derselben hohen Idealen nachstrebt, die in der Wirklichkeit schwer zu erfüllen sein werden.

In der Beurteilung des gegenwärtigen Standes des Religionsunterrichts scheint mir doch der Verfasser zu schwarz zu sehen. Seine Äußerungen über den Katechismus bezüglich seiner Reduzierung auf ein geringeres Maß des Stoffes und der Verteilung auf die späteren Schuljahre werden vielen Beifall finden. Die Beigaben, Entwurf eines Lehrplans und die statistischen Erhebungen in dem Buche *Wiederkehr*, werden jedem Religionslehrer reiche Anregung bieten.

Ferd. Leuz, Geh. Hofrat.

„Zur Reform des ev. Religionsunterrichts an der Volksschule“ hat Herr Hauptlehrer G. Wiederkehr das Wort ergriffen. Das ist ein gar dankenswertes Unternehmen, geben doch die Volksschullehrer bei weitem den größten Teil des Religionsunterrichts. Ich habe stets bedauert und beklagt, daß sie so wenig zum Wort gekommen sind und auch so wenig das Wort genommen haben bei und über unsere religiösen Lehrbücher, die doch ihr Handwerkzeug sind, und bei Aufstellung des Lehrplans, da er doch ihr Arbeitsfeld darstellt. In der Methode und Stoffbehandlung sind sie die Fachmänner. Das *Wiederkehr'sche* Buch, das die schwierige Frage des allseitig anerkannten Reformbedarfes mit gediegener Sachkenntnis, mit praktischem Blick und vor allem mit warmem Herzen behandelt, ist ein erfreulicher Beitrag zu dem Gegenstand, der die diesjährige Generalsynode aus wichtigster beschäftigt. Insbesondere ist die pädagogische Forderung der Anschaulichkeit und Einseitigkeit des religiösen Unterrichts sehr überzeugend begründet, ich denke auch für pädagogische Laien.

Möchte dies Wort an Eltern, Lehrer und Geistliche bei all diesen Kreisen, für die es berechnet ist, und die für diese wichtige Frage interessiert sein sollten, Beachtung finden und auch weitere Stimmen erwecken, welche sich zu einer Reform äußern, von der die religiöse Bildung unseres künftigen Geschlechts abhängt. Prof. D. A. Thoma.

Wir bitten die Lehrer zur Verbreitung von *Wiederkehr's* Buch im Interesse des Religionsunterrichts nach Kräften beizutragen.

**Heidelberg.** Das Verordnungsblatt Nr. 11 enthält u. a. Verordnungen und Bekanntmachungen des Großh. Oberschulrats: Die Errichtung eines Vorkurses in Heidelberg betr. (wird eröffnet am 8. August; Meldungen bis zum 20. Juli an die Oberschulbehörde.) — Die Zugskosten der Beamten betr. — Fahrpreisermäßigung für Schulfahrten betr. — Die Gefährdung von Eisenbahntransporten betr. — Die Abhaltung eines Kurses von Kunstfidereilehrerinnen betr. — Die Ausbildung in den neueren Fremdsprachen betr. (Berliner Ferienkurs vom 25. Juli bis 6. August.) — Empfehlung von Druckschriften. — Dienstaufgaben. — Eine große Zahl von Stellen ist zur Bewerbung ausgeschrieben. — Gestorben sind: Schopfer-Tauberbischofsheim, Schäfer-Kauenberg, Heintzer-Kastatt, Stahl-Porzheim.

**Heidelberg.** In den Besprechungen der hiesigen Konferenz am 9. d. M. nahmen die Verhandlungen im Landtag über die Schulanträge den breitesten Raum ein. Man bedauerte allgemein, daß man in der Gehaltsfrage den berechtigten Wünschen der Lehrer so wenig entgegenkam. Mit der Geschäftsführung des Vereinsvorstandes war man ohne Ausnahme einverstanden, besonders im Hinblick auf die in der Petition niedergelegten Wünsche um soziale Hebung des Standes. Dem Abgeordneten Jhrig bringt man im hiesigen Bezirk große Sympathien entgegen. Doch bedauert man die von Ladenburg gemeldeten Angriffe des Herrn Jhrig auf die Vereinsleitung, um so mehr als weder der Vereinsvorstand noch das Vereinsorgan eine Kritik an der Tätigkeit Jhrigs übte.

**Karlsruhe.** Am Samstag, den 9. ds. Mts. wurde in der I. Kammer die Petition des Bad. Lehrervereins verhandelt. Die Tagesordnung wurde erst am Abend zuvor ausgegeben und so kam es, daß die Tribünen vollständig leer waren; in der Loge der II. Kammer befanden sich die Abgg. Heimbürger und Jhrig, welche die Verhandlungen, die kaum eine Stunde dauerten, anhörten. Außer dem Berichterstatter Freiherr von La Roche-Starkensfels sprachen Prälat Ehler und Minister v. Dusch. Der Berichterstatter wies auf seinen Bericht hin, den wir in Nr. 27 S. 355/56 bereits zur Kenntnis unserer Leser gebracht haben. Prälat Ehler bedauerte, daß nicht jetzt schon den berechtigten Wünschen der Lehrer auf Gehaltserhöhung hat

entsprochen werden können. Was er betreffs des Religionsunterrichts und des Bestrebens, unsere Bildung zu erweitern sagte, werden wir in nächster Nummer unsern Lesern im Wortlaute mitteilen. Minister von Dusch kann nur wiederholen, was er in der II. Kammer schon gesagt hatte, daß es die ernste Absicht der Regierung ist, auf dem nächsten Landtage durch einen Volksschulgesezentwurf eine erhebliche Erhöhung der Gehalte der Lehrer einzutreten zu lassen. Seine weiteren Ausführungen werden wir im genaueren Berichte mitteilen.

**Karlsruhe.** Auf Samstag abend, den 9. ds. Mts. luden die hiesigen Kollegen den ersten Abgeordneten aus unserm Stande zu einem Herrenabend in den „Palmengarten“ ein. Ungeachtet der tropischen Hitze war der geräumige Saal bis auf den letzten Platz besetzt. Nachdem Herr D. Fischer die Erschienenen und insbesondere Herrn Zhrig aufs wärmste begrüßt hatte, begründete Herr Thum in einer Ansprache an der Hand von Zhrigs Tätigkeit in der II. Kammer, daß die Lehrerschaft ihm zu großem Dank verpflichtet sei für seine ernste, würdige und erfolgreiche Vertretung der Schul- und Lehrerinteressen und daß er durch sein ruhiges, taktisch-kluges Auftreten den badischen Lehrerstand aufs vorteilhafteste in unsere Volksvertretung eingeführt habe. Herr Zhrig dankte für die ihm erwiesene Aufmerksamkeit und mahnte zu fernem treuem Zusammenhalten als der ersten Voraussetzung zur Erreichung unserer allseits als berechtigt anerkannten Bestrebungen. Er toastete in diesem Sinne auf den Badischen Lehrerverein. Herr Heckmann, ein Seminarfreund und Kursgenosse Zhrigs, feierte ihn in biographisch-humorvoller Weise. Gediegene Darbietungen unserer Solisten, vierstimmige Volkslieder und die beliebtesten Schellflieder riefen eine sehr animierte Stimmung hervor und gestalteten den Abend zu Stunden, die jedem Teilnehmer in angenehmer Erinnerung bleiben werden.

**Rheinfelden.** Auf verschiedene Anfragen sei hier mitgeteilt, daß die im letzten Verordnungsblatt unter Nollingen zur Bewerbung ausgeschriebene Hauptlehrerstelle eine solche für die Schule in Badisch-Rheinfelden bedeutet.

**Berichtigung.** In dem Berichte über den Ausflug der Waldshuter Lehrer-Konferenz nach Birr in Nr. 28 d. Bl. hat sich ein Fehler eingeschlichen. Statt „Begräbnishaus“ Pestalozzi muß es selbstverständlich heißen „Sterbehäus“ Pestalozzi.

### Badische Schulstatistik.

Schulstelle Dill-Weissenstein. Betreffs der ausgeschriebenen Schulstelle Dill-Weissenstein ging mir von Herrn Oberlehrer H. Heyd nachstehende Zuschrift mit dem Ersuchen um Veröffentlichung in der Schulzeitung zu: Bezüglich dieser Stelle wäre für manchen Kollegen, der die Absicht hat, sich um diese Stelle zu bewerben, folgendes sehr bemerkenswert. 1. Wohnung: keine, auch keine Aussicht auf eine solche. Miete nicht leicht zu bekommen. Mietzins hoch; die Mietenschädigung reicht nicht (V. Ortsklasse). 2. Lebensmittel sehr teuer. 3. Nebenverdienste keine. (Das Übrige s. Schulstatistik Band I.) J. J. Hoffmann in Burbach, z. Zt. im Gr. Landesbad zu Baden.

### Krankenfürsorge badischer Lehrer.

#### Bekanntmachung

Da unsere neuen Statuten, welche wir behufs Eintragung des Vereins in das Vereinsregister dem Gr. Amtsgericht vorlegten, vom Gr. Ministerium des Innern immer noch nicht zurück sind, sind wir leider nicht in der Lage, dieselben in Druck zu geben. Wir veröffentlichen deshalb auf diesem Wege diejenigen Bestimmungen, welche für die Aufnahme in den Verein und für Gesuche um Krankengeld inbetracht kommen:

§ 2. Mitglied des Vereins kann jeder an badischen Volksschulen sowie an andern öffentlichen Lehr- und Erziehungsanstalten Badens angestellte Lehrer werden, wenn er zur Zeit der Aufnahme gesund und nicht über 40 Jahre alt ist. Letztere, auf die Altersgrenze bezügliche Bestimmung erlangt erst mit dem ersten Januar 1905 Giltigkeit.

§ 4. Bedingungen zur Aufnahme sind:

- eine schriftliche Beitrittserklärung nach Massgabe des vom Verwaltungsrate ausgegebenen Formulars.
- ein aufgrund eines Fragebogens von einem staatlich geprüften Arzte ausgestelltes verschlossenes Gesundheitszeugnis.
- ein vom Bezirksverwalter ebenfalls aufgrund eines Fragebogens ausgestelltes Gutachten.

Die unter b und c genannten Schriftstücke müssen innerhalb acht Tagen, vom Tage der Ausstellung des ärztl. Gesundheitszeugnisses an gerechnet, dem Verwaltungsrat vorgelegt werden. Sämtliche zur Aufnahme nötigen Schriftstücke sind durch Vermittlung des Bezirksverwalters an den Verwaltungsrat zu richten.

§ 6. Die Eintrittstaxe ist auf 3 M festgesetzt; der jährliche Beitrag beträgt 10 M, der in Hälften jeweils am 1. April und 1. Oktober fällig ist und längstens bis 1. Mai bzw. 1. November an die zuständige Bezirksverwaltung entrichtet sein muss.

Bei Nichteinhaltung dieser Termine erlischt für das laufende Semester das Unterstützungsrecht.

Wer mit zwei Semestralbeiträgen im Rückstand ist, wird nach erfolgloser einmaliger Mahnung durch den Verwaltungsrat in der Mitgliederliste gestrichen. Eine Rückvergütung einbezahlter Gelder findet weder bei freiwilligem Austritt noch beim Ausschluss statt. Unständige Lehrer bezahlen keine Eintrittstaxe.

§ 7. Wer nach vollendetem 32. Lebensjahr eintritt, hat für jedes weitere Jahr eine Nachzahlung von 10 M zu leisten. Dabei wird das überschrittene halbe Jahr als voll gerechnet, während das angefangene nicht inbetracht kommt.

Diese Bestimmung tritt erst mit dem 1. Januar 1905 in Kraft.

§ 10. Jedes infolge von Krankheit wenigstens 8 Tage dienstunfähig gewordene Mitglied hat vom 9. Tage der Erkrankung an Anspruch auf Krankengeld. Dasselbe besteht in einem täglichen Betrage von 2 M für die Dauer von 90 Tagen während eines Jahres (365 Tage).

Sind jedoch die wirklichen durch die Krankheit entstandenen Auslagen geringer als obiger Betrag, so werden nur diese ersetzt.

Das Krankengeld für ein Mitglied darf für die Dauer von 365 Tagen den Betrag von 180 M nicht übersteigen.

Wer seinem Dienst noch vorstehen kann, aber krankheitshalber besondere Auslagen für ärztliche Hilfe, Operationen, Pflege, Kuren usw. hat, erhält nach Ermessen des Verwaltungsrates und dem Stande der Kasse ein entsprechendes Krankengeld.

§ 11. Im Erkrankungsfalle eines Mitgliedes ist dem Bezirksverwalter spätestens am 14. Krankheitstage Anzeige hiervon zu erstatten. Dieser schlägt dem Verwaltungsrate zwei Vertrauensmänner (Mitglieder) vor.

§ 12. Dem späteren Gesuche, das nach Wiederaufnahme des Dienstes dem Bezirksverwalter zur Übermittlung an den Verwaltungsrat zuzustellen ist, muss beigelegt werden:

- ein ärztliches Zeugnis über Art und Dauer der Krankheit.
- ein behördliches Zeugnis über die Dauer der Dienstunfähigkeit.

3. ein Verzeichnis mit den nötigen Belegen über die durch die Krankheit entstandenen Kosten. Ärzte- und Apothekerrechnungen müssen auf die Person des Gesuchstellers lauten und genau für die Zeit der Erkrankung desselben ausgestellt sein.

4. Bericht des Bezirksverwalters und der Vertrauensmänner.

§ 13. Die Gesuche müssen innerhalb 4 Wochen nach überstandener Krankheit eingereicht werden.

Offenburg, den 11. Juli 1904.

Der Verwaltungsrat:

J. Wohlfart. Fr. Lurz. W. Müller.

### Personalnachrichten.

1. Befördert bzw. ernannt:

Gamer, Friedrich, Schulw. in Neulussheim, A. Schwetzingen, wird Hptl. das.

2. Versetzt:

Drexler, Leo, Hptl., von Kleinherrischwand nach Neusatz-eck, A. Bühl. Engler, Lina, Schulkd., als Utl. nach Neckargemünd, A. Heidelberg. Hefner, Joseph, Hptl., von Landshausen nach Forchheim, A. Ettlingen. Kapprell, Joseph, Schulw., von Höpfingen nach Brühl, A. Schwetzingen. Manie, August, Hptl., von Grötzingen nach Söllingen, A. Durlach. Müller, Bernhard, Schulw., von Neusatz-eck nach Kleinherrischwand, A. Säckingen. Schludecker, Wilhelm, Hptl. in Bellingen, als Utl. nach Schollbrunn, A. Eberbach. Schlund, August, Hptl. in Sandhausen, A. Heidelberg, wird Schulw. das. Seilnacht, Julius, Hptl. in Seelbach, als Utl. nach Moos, A. Bühl. Sonnenschein, Johanna, Schulkd., als Hptl. nach Kirrlach, A. Bruchsal. Wegmann, Magdalena, Schulkd., als Utl. nach Umkirch, A. Freiburg.

3. In Ruhestand tritt:

Mossdorf, Lina, Hptl. an Höb. Mädchenschule Karlsruhe.

### Briefkasten.

- W in K. Artikel wird erscheinen. Gruss.
- St. in O. Herzlichen Dank für die freundl. Worte. Gruss.

### Vereinstage.

Baden. Samstag, den 23. Juli, nachm. 3 Uhr, findet im „Ritter“ freie Konferenz statt. T. O.: 1. Besprechung wegen der Ausarbeitung einer Heimatkunde für den Amtsbezirk Baden.

2. Einzug rückständiger Beiträge, sowie des Jahresbeitrags pro 1904 für den Verein für Naturkunde. 3. Verteilung der Gratisgabe dieses Vereins. Der Vors.

Bonnendorf. Donnerstag, den 21. d. M., nachm.  $\frac{1}{2}$  Uhr wird in der Sonne in Bonnendorf Konferenz abgehalten. T.-O.: 1. Rückblick über Landtagsverhandlung. 2. Einzug der Beiträge für Pestalozzverein, Witw.- und Waisen-Stift und Leseverein. Den Lehrern des amtl. Konferenzbezirks Bonnendorf zur Nachricht, dass jeder Schule von Waldshut aus ein Bericht über die amtliche Konferenz zugeht. Zahlreichen Besuch erwartet Pfeffer.

Boxberg. Konferenz am Samstag, den 23. Juli, nachm. 4 Uhr im Bahnhofrestaurant in Boxberg. T.-O.: 1. Bericht des Herrn Fontaine über die deutsche Lehrerversammlung in Königsberg. 2. Einzug der fälligen Vereinsgelder. Die gemeinschaftliche Konferenz mit Adelsheim und Ertal soll auf Antrag Adelsheims auf später verschoben werden. Lenz.

Breisach. Am Mittwoch, den 20. Juli, findet im Gasthaus „Zur Kanoue“ in Breisach freie Konferenz statt mit folgender T.-O.: 1. Vortrag „Über Insektenfressende Pflanzen“ von Herrn Reallehrer Keller hier. 2. Besprechung des Kinkelin'schen Gutachtens. 3. Einzug der fälligen Beiträge. 4. Verschiedenes. NB. Die Herren Nachbarkollegen sowie die Angehörigen der Mitglieder sind freundlich willkommen. Der Vors. Hug.

Bruchsal. Mittwoch, 20. Juli, nachmittags  $2\frac{1}{2}$  Uhr, freie Konferenz im Zeichensaal des Knabenschulhauses des Knabenschulhauses. T.-O.: 1. Bibliothek. 2. Aufstellung eines Arbeitsplanes. 3. Einzug der Beiträge für Pestalozzverein, Witwen- und Waisenstift, Bibliothek, Lehrerverein. Löhle, Vors.

Donaueschingen. Samstag, 16. Juli, nachm. drei Uhr, Konferenz im „Lamm“ in Donaueschingen. T.-O.: 1. Vortrag des Herrn Zumbach in Oberbaldingen über „Gehirn und Seele“. 2. Die Volksschule vor dem Landtag. 3. Fällige Beiträge (Pestalozzverein, W.- und W.-Stift, Lehrerverein, Lesekasse). 4. Verschiedenes. Um zahlreiches Erscheinen bittet H. Bender.

Durlach. Mittwoch, 20. Juli, nachm.  $\frac{1}{2}$  Uhr freie Konferenz in der Karlsburg. T.-O.: 1. Freie Diskussion. 2. Einzug der Beiträge für Pestalozzverein, Lehrerverein, W.- und W.-Stift und Lesevereinskasse. 3. Wahl eines Bezirksverwalters für die Krankenfürsorge. 4. Mitteilungen. Diejenigen Herren, welche Bücher aus der Bibliothek haben, werden freundlichst ersucht, solche zur Konferenz mitzubringen. Zahlreichem Besuche sieht entgegen Baumann.

Eberbach. Samstag, den 23. Juli, nachm. 3 Uhr, freie Konferenz in der „Burg Stolzenack“. T.-O.: 1. Vortrag des Herrn Hornig. 2. Besprechung wegen der amtlichen Konferenz. 3. Lehrer- und Lesevereinsbeiträge. Um zahlreiches Erscheinen bittet Der Vorsitzende.

Engen. Mittwoch, 20. Juli, nachm. 3 Uhr, Konferenz im Gasthaus zum Lamm in Engen. T.-O.: 1. Einzug fälliger Vereinsbeiträge. 2. Austeilung von „Aus der Heimat“ Heft 2/3 und Flora Band XII. 3. Verschiedenes. Um vollzähliges Erscheinen bittet Schänzle.

Ettlingen. Mittwoch, 20. Juli, nachm. 3 Uhr, freie Konferenz im „Ritter“ hier. T.-O.: 1. Wahl der Konferenzbeamten, besonders eines neuen Vorsitzenden, da der alte aus Gesundheitsrücksichten eine Wiederwahl ablehnen muss. 2. Erhebung der Beiträge vom Pestalozzverein, W.- u. W.-Stift. 3. Beratung der neu entworfenen Statuten des Pestalozzvereins. 4. Verschiedenes. Beck.

Freiburg Tal u. Wald. Samstag, den 23. Juli, nachm.  $\frac{1}{2}$  Uhr freie Konferenz im Gasthaus zum Adler in Kirchzarten. T.-O.: 1. Vortrag des Herrn Frick-Freiburg. 2. Einzug der Beiträge zum Pestalozzverein und Lehrerleseverein; event ganz freie Zusage an die Erheber. 3. Verschiedenes. Um rege Teilnahme ersucht Buselmeier.

Gernsbach. Mittwoch, den 20. Juli, nachm. 3 Uhr, freie Konferenz im bekannten Lokale dabier. T.-O.: 1. Statarische Behandlung der Lesestücke. 2. Einzug der fälligen Beiträge (Pestalozzverein, W.- u. W.-Stift, Lehrer- und Leseverein). 3. Besprechung des Kinkelin'schen Vorschlags, Zahlungsmodus im Pestalozzverein betr. 4. Verschiedenes. Raubinger.

Heidelberg. Samstag, den 16. Juli, findet unter Führung des Herrn Prof. K. Kindermann ein wissenschaftlicher Ausflug nach dem Hofgut Langenzell statt. Vortrag um  $1\frac{1}{2}$  Uhr im Hôtel Tannhäuser hier, Abfahrt  $2^{43}$  Hauptbahnhof. Die Mitglieder der hiesigen und der benachbarten Konferenzen sind freundlichst eingeladen. L. Göckel.

Konstanz. Samstag, den 23. Juli, nachm.  $\frac{1}{2}$  Uhr, Konferenz im Sonnensaal. T.-O.: 1. Vortrag des Kollegen Rottler in Wollmatingen über die Zerstörung Jerusalems. 2. Einzug der fälligen Beiträge für Pestalozzverein. 3. Verschied. J. B. Fischer.

Karlsruhe. Konferenz „jüngerer Lehrer“ findet am Donnerstag, den 21. Juli, abends  $8\frac{1}{2}$  Uhr im „Goldenen Adler“ statt.

T.-O.: Vortrag des Herrn Zeicheninspektor Eyth: Berühmte Baudenkmale in der Nähe von Karlsruhe. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten. Göppert.

Lörrach. Samstag, den 23. Juli, nachm.  $\frac{1}{2}$  Uhr, freie Konferenz im bekannten Lokale. T.-O.: 1. Vortrag des Herrn Wahrer-Hüfingen über „Sprichwörter und sprichwörtliche Redensarten nach ihrer Entstehung“. 2. Einzug der Beiträge für Lehrerverein, Pestalozzverein, Leseverein, W.- u. W.-Stift. 3. Krankenfürsorge. Um vollzähliges Erscheinen bittet Horn.

Meersburg-Markdorf. Am Samstag, den 23. Juli, findet im Adler zu Ittendorf freie Konferenz statt. T.-O.: 1. Standesangelegenheiten. 2. Wahlen. 3. Einzug der fälligen Beiträge. (Diejenigen Kollegen, welche an der Teilnahme verhindert sind, werden gebeten, ihre Beiträge an die betr. Rechner einzusenden.) Strittmatter.

Messkirch I. Mittwoch, den 20. Juli, nachm. 2 Uhr, findet im Schulhause zu Messkirch freie Konferenz statt. T.-O.: 1. Vortrag des Herrn Fabrer. 2. Gesang. 3. Einzug der fälligen Beiträge für den Pestalozzverein, Lehrer-Leseverein und das W.- und W.-Stift. Um zahlreiches Erscheinen ersucht freundlich Futterknecht.

Messkirch II. Samstag, den 23. Juli, nachm.  $\frac{1}{2}$  Uhr, freie Konferenz im Schulhause in Stetten a. k. M. T.-O.: 1. Vortrag des Herrn Hptl. Noth-Stetten. 2. Einzug der Beiträge für Pestalozzi- und Lehrerverein. 3. Verschiedenes. Um vollzähliges Erscheinen bittet Der Vors.

Mosbach. Mittwoch, den 20. Juli, nachm.  $\frac{1}{2}$  Uhr, Konferenz im bekannten Lokale. T.-O.: 1. Vortrag von Herrn Prof. Dr. Haeuser: „Vererbung II“. 2. Königsberger Lehrerversammlung, Referent Herr Kreisvertreter Klein. 3. Einzug fälliger Beiträge. Um vollzähliges Erscheinen bittet Kühn.

Müllheim. Samstag, den 23. Juli, nachm. 3 Uhr, freie Konferenz im „Hirschen“ zu Neuenburg. T.-O.: 1. Vortrag. 2. Standesangelegenheiten. 3. Einzug fälliger Vereinsbeiträge. Um zahlreiches Erscheinen bittet Vollmer.

Oberkirch. Donnerstag, den 21. Juli, nachm.  $\frac{1}{2}$  Uhr, freie Konferenz in Oberkirch im bekannten Lokale. T.-O.: 1. Vortrag des Herrn Kraus in Oppenau über die diesjährige deutsche Lehrerversammlung in Königsberg. 2. Einzug der Beiträge für den Pestalozzverein und das W.- u. W.-Stift. 3. Geschäftliches. Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vors.

Pforzheim. Samstag, den 23. Juli, nachm.  $2\frac{1}{2}$  Uhr, Konferenz in der „Bavaria“ in Pforzheim. T.-O.: 1. Zur Lage. 2. Einzug der fälligen Beiträge. 3. Verschiedenes. Der Vors.

Konferenz Randen. Mittwoch, 20. Juli, nachm.  $\frac{1}{2}$  Uhr, findet im Zollhaus Konferenz statt. T.-O.: 1. Vortrag. 2. Einzug der Beiträge für Pestalozzverein, W.- u. W.-Stift, Lehrerverein, Leseverein. 3. Austeilung der Bücherverzeichnisse. Diejenigen Herren, die am Besuche der Konferenz verhindert sind, mögen die Beiträge portofrei an die betr. Erheber einsenden. Der Vors.

Radolfzell. Mittwoch, 20. Juli, nachm.  $\frac{1}{2}$  Uhr, findet freie Konferenz im Gasthaus zum Adler in Singen statt. T.-O.: 1. Vortrag. 2. Einzug der Beiträge für Pestalozzverein, Lehrer- und Leseverein, W.- und W.-Stift. 3. Verschiedenes. Um zahlreiches Erscheinen bittet Ruh.

Salem. Samstag, 23. Juli, nachm.  $\frac{1}{2}$  Uhr, Konferenz im „Stemmer“ in Altenbeuren. T.-O.: 1. Vortrag des Herrn Kollegen Ulsamer in Rickenbach. 2. Einzug fälliger Beiträge (auch Lehrervereins- und Konferenzbeitrag). 3. Verschiedenes. Zu dieser Konferenz, bei welcher der gemütliche Teil durch musikalische Vorträge besonders gepflegt werden soll, sind auch die werthen Damen freundlichst eingeladen. Blattner.

Säckingen Tal und Wald. Samstag, 23. Juli, nachm. 3 Uhr, freie Konferenz im Knopfsaal dabier mit folgender Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Stauss-Säckingen. 2. Wahl des Konferenzbeamten. 3. Einzug verschiedener Beiträge. 4. Verschiedenes. Um möglichst vollzähliges Erscheinen bittet Trimpin.

Schopfheim. Samstag, 23. Juli, Ausflug der Konferenz Schopfheim nach Augusta Rauracorum. Abfahrt in Schopfheim  $12^{22}$ , Maulburg an  $12^{28}$ , dann zu Fuß nach Adelsheim. 2 Uhr Zusammenkunft daselbst im Dinkelberger Hof.  $\frac{1}{2}$  Uhr Abmarsch über Eichel, Degerfelden, Herthen nach Angst. Abfahrt in Angst nach Basel C. B. 7 Uhr. Rückfahrt ins Wiesental Basel B. B.  $7^{54}$  oder 11 Uhr. Zu diesem Ausfluge werden die Herren Kollegen der benachbarten Bezirke, sowie des Schopfheimer Bezirkes mit der Bitte um zahlreiche Beteiligung freundlichst eingeladen. Schmolck.

Schönau i. W. Donnerstag, 21. Juli, nachm.  $2\frac{1}{2}$  Uhr, freie Konferenz im „Ochsen“ in Schönau. T.-O.: 1. Besprechung der Landtagsverhandlungen. 2. Einzug fälliger Beiträge. 3. „Krankenfürsorge“. Der Vors.

Schwetzingen. Herr Professor Kindermann-Heidelberg hatte die Freundlichkeit, unsere Konferenz für Samstag, 16. Juli,

zu einem wissenschaftlichen Ausflug nach dem Hofgut Langenzell einzuladen. Vortrag 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr im Hotel Tannhäuser in Heidelberg. Abfahrt von Heidelberg 2<sup>45</sup> Uhr. Kollegen, welche es nicht vorziehen, schon 10<sup>47</sup> Uhr von Schwetzingen abzufahren, nehmen den Weg über Friedrichsfeld mit Abfahrt von Schwetzingen um 12<sup>30</sup> Uhr.  
Renkert.

Sinsheim. Samstag, 16. Juli, nachm. 3 Uhr, freie Konferenz im „Lamm“. T.-O.: Bericht des Unterzeichneten über die Deutsche Lehrerversammlung in Königsberg. 2. Einzug der Beiträge für Witwen- und Waisenstift und Pestalozzverein, sowie des Konferenzbeitrags (50 Pl.). 3. Gesang. Diejenigen, welche am Erscheinen verhindert sind, werden gebeten, ihre Beiträge einem Nachbar Kollegen mitzugeben.  
Förster.

Stockach. Mittwoch, 20. Juli, nachm. 2 Uhr in Restauration Heilborn Konferenz mit folgender Tagesordnung: 1. Einzug der fälligen Beiträge. 2. Vortrag: „Über freie Weltanschauung“, Dr. Brombach. 3. Austeilung von Sturms Flora 12. Band. Wer am Erscheinen gebindert ist, wolle die Beiträge durch Kollegen oder Post übermitteln. Zahlreiches Erscheinen sieht namentlich mit Rücksicht auf Punkt 2 entgegen  
Der Vors.

Tegernau. Samstag, 23. Juli, nachm. 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, freie Konferenz im Ochsen in Tegernau. T.-O.: 1. Vortrag des Unterzeichneten. 2. Einzug der Beiträge für Lehrer-, Lese-, Pestalozzverein und Witwen- u. Waisenstift.  
E. Sütterlin.

Überlingen. Mittwoch, 20. Juli, nachm. 3 Uhr, Konferenz im Waldschütz mit folgender Tagesordnung: 1. Natürliche Schöpfungsgeschichte der organischen Welt, Referent H. Öhrle-Überlingen. 2. Einzug der verschiedenen Beiträge. 3. Verschiedenes. Vollzähliges Erscheinen erwartet  
Schmid.

Ühlingen. Mittwoch, 20. Juli, nachm. 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub> 3 Uhr, Konferenz in der Post in Birkendorf. T.-O.: 1. Vortrag. 2. Verschiedenes. 3. Einzug der fälligen Beiträge für Lehrerverein, Bibliothek, Pestalozzverein und Witwen- und Waisen-Stift. Zu zahlreichem Erscheinen ladet ein  
Brecht.

Villingen. Samstag, 23. Juli, nachm. 3 Uhr, freie Konferenz im „Burghotel“ in Unterkirnach. T.-O.: Vortrag des Herrn Kraus-Unterkirnach. 2. Einzug der Beiträge für Pestalozzi- und Lehrerverein, sowie für das Witwen- und Waisenstift. 3. Gemütliche musikalische Unterhaltung. Zu dieser Konferenz werden besonders auch die verehrten Damen, sowie die Nachbar-konferenzen freundlichst eingeladen  
Brachat.

Waldkirch. Donnerstag, 21. Juli, nachm. 3 Uhr freie Konferenz im Rebstock in Waldkirch. T.-O.: 1. Vortrag des Unterzeichneten. 2. Austeilung einer Disposition zur Ausarbeitung der Ortsgeschichte. 3. Einzug der Beiträge für den Lehrerverein und den Pestalozzverein. 4. Verschiedenes. Zahlreichem Besuche sieht entgegen  
Geiger.

Waldshut. Mittwoch, 20. Juli, nachm. 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub> 2 Uhr Konferenz im Schwanen in Waldshut. T.-O.: 1. Vortrag: Eine Reise nach Vorarlberg und Tirol. Ref. Kollege Pfaff in Bühl. 2. Einzug der Beiträge für Lehrer- und Leseverein (je 2 M), Pest.-V., W- und W.-St. 3. Verschiedenes. Zu zahlreichem Erscheinen ladet freundlichst ein  
Engesser.

Waldshut-Wald. Samstag, 23. Juli, nachm. 4 Uhr Konferenz im Schulhause in Görwihl mit folgender T.-O.: 1. Einzug der Beiträge für den Pestalozzverein und das Witwen- u. Waisenstift. 2. Vortrag des Herrn Schäfer. 3. Verschiedene Mitteilungen. 4. Wahl eines Konferenzvorsitzenden. Um vollzähliges Erscheinen bittet  
Der Vorsitzende.

Walldürn-Buchen. Mittwoch, 20. Juli, nachm. 3 Uhr gemeinschaftliche Konferenz im Gasthaus zum Engel in Walldürn. T.-O.: 1. Vortrag (Rosegger). 2. Einzug fälliger Beiträge. 3. Sammlung für das Hug-Denkmal. 4. Wahl von 2 Vereinsbeamten der Konf. Walldürn. 5. Abschiedsfeier der Kollegen Schretzmann in Glashofen und Kappell in Höpflingen. Die beiden Vorsitzenden.

Wertheim. Mittwoch, 20. Juli, nachm. 3 Uhr freie Konferenz im Hotel Held. T.-O.: 1. Vortrag des Herrn Reuther in Kembach: „Aus der modernen Literatur“. 2. Beiträge für Pestalozzverein und Waisenstift. 3. Verschiedenes. Diejenigen, welche am Erscheinen verhindert sind, werden gebeten, ihre Beiträge einem Nachbar Kollegen mitzugeben. Bibliotheksbücher werden von 2 Uhr an ausgeben.  
Der Vorsitzende.

Zell i. W. Donnerstag, 21. Juli, nachm. 3 Uhr, Konferenz im „Sternen“ in Mambach. T.-O.: 1. Standespolitische Erörterungen. 2. Die Tarifänderung des Pestalozzvereins. Ref. Herr W. Müller. Einzug der Beiträge für die Bibliothekskasse und den Pestalozzverein. Zahlreicher Beteiligung sieht entgegen  
Heiler.

## Braut-Seide

— Zollfrei! — Muster an Jedermann! —

Seidenfabrik Henneberg, Zürich.

## Karlsruher Lebensversicherung

auf Gegenseitigkeit

vormals Allgemeine Versorgungs-Anstalt.

Versicherte Summe: 516 Millionen Mark.

Gesamtvermögen: 180 Millionen Mark.

Vertrag mit dem Badischen Lehrer-Verein.

Dem Lehrer-Witwen und Waisenstift wurden bisher 41500 Mk. überwiesen.

## Kein Staub mehr

in geschlossenen Räumen nach Anwendung des vollständig geruchlosen Fussbodenöls Dustless.

Höchste Auszeichnungen. Von vielen Regierungen und dem Großh. bad. Oberschulrat empfohlen. Anstrich pro qm 3-6 Sch. In tausenden Schulen, Bureau, Läden, Heilstätten etc. seit Jahren in Anwendung.

Nur zu beziehen durch R. Doench in Bensheim (Hessen).

## PIANOS von M. 350 an HARMONIUMS von M. 30 an

Höchster Rabatt Kleinste Raten 20jähr. Garantie. Pianos u. Harmoniums zu vermieten; bei Kauf Abzug der Miete. - Illustr. Kataloge gratis-frei.

Spec.: PIANOS mit bis jetzt unerreicht guter Stimmhaltung! (Pat. Rud.)

Wilh. Rudolph, Giessen gegr. 1851.

## Wichtig für Brautleute

Preise 40% billiger wie in der Provinz. Franko-Lieferung. Pracht-Katalog mit über 500 Abbildungen gratis u. franko. EZECH'S MOBEL-FABRIK BERLIN, O. Kleina Andreassstr. 9. Gegründet 1859. Beamten 6% Rabatt.

## Kaffners Apparat

Zur Erklärung der Flächen- und Kubikmaße. — Preis 3 M.

Bühl. Konkordia.

## Zur gefäll. Richtigstellung!

Hierdurch teile ich meiner hochgeschätzten Kundschaft mit, daß mein Musik-Verlag-Geschäft (trotz Verlagsverkauf) nach wie vor weiterbesteht. Alle Lieferungen in Chören, Humoristika, Theaterstücken werden mit den bekannten Vergünstigungen weiter geliefert.

Schnellste Besorgung aller Musikalien, auch ohne Komponistenangabe

Rob. Neumann, Pforzheim,

Verlag des Bad. Schul-Liederbuches, Instrumenten- und Saitenhandlung.

Hafnerg. 4.

## Berlinische

## Lebens-Versicherungs-Gesellschaft

(Alte Berlinische, gegründet 1836.)

Ältestes preussisches Institut dieser Art.

Vertrag mit dem Badischen Lehrer-Verein seit 1877

wodurch dem Lehrer-Witwen- und Waisenstift alljährlich von den Neuversicherungen bedeutende Bonifikationen zugeführt werden können.

Kostenlose Auskunft durch

Die Generalagentur: J. Moosbrugger,

Karlsruhe i. Baden, Parfir. 27.

## Den Herren Lehrern

zur gefl. Kenntnisnahme, daß ich den **gesamten Musikverlag** (Chöre von Neuert, Wengert, Mohr, Thiede u.) (ausgenommen Neuert's Schulliederbuch) von

**Robert Neumann, Pforzheim**

übernommen habe und wollen Sie Ihre geschätzten Aufträge hierauf jetzt mir direkt zukommen lassen.

Verlangen Sie gefl. Auswahlendungen in Chören, Humoristika u.

**Karl Hochstein,**

Musik-Verlag und Versand

Heidelberg.

## Haftpflcht!

Die Notwendigkeit sich gegen Haftpflichtansprüche zu versichern, wird immer mehr anerkannt und halte ich mich zum Abschluß von

**Haftpflichtversicherungen für die Herren Lehrer**

bestens empfohlen.

Ebenso auch für Unfallversicherungen gegen mäßige feste Prämien. Prospekte und Antragsformulare stehen gerne zu Diensten.

**General-Agent Hölzle**

Karlsruhe, Durlacher-Allee 26.

Abermals eingetroffen:

## Waggonladung Pianinos.

Außerst preiswerte Instrumente zu M. 450.— bis M. 550.— in modernen Stilausführungen. Trotz des billigen Preises können die Instrumente in jeder Beziehung sowohl auf Schönheit, Sauberkeit der Arbeit und Haltbarkeit empfohlen werden. Bequeme Zahlungsweise.

**Musikhaus Carl Ruckmich,**

Großh. Bad. Hoflieferant Freiburg i. B.

## Metzgerschmalz

garant. reines einheimisches Schweineschmalz mit feinem Griebengeschmack in emaillierten Blechgefäßen als:

Eimer	20—35 Pfd.	a M. 5.50 geg. Nachn. od. Voranschuß W. Beurlen jr. Kirchheim-Teck (Württ.) In Holgeb. Preisl. z. Dienst.
Ringhafen	15—20—35 "	
Schwenkessel	30—40—60 "	
Zeigschüssel	15—30—50 "	
Wassertopf	20—40— "	

Bei Bestellungen Angabe dieser Zeitung und der Bahnstation erbeten.  
Tausende Anerkennungschriften!

## Schultafelfarbe

tiefschwarze, matte, jahrelang haltbare Schreibfläche bietend

1 Ko. Mk. 4.—; 5 Ko. Mk. 18.— franko gegen Nachnahme.

**Wandtafelabrik Gebr. Streil, Wurzen M.**

## Deutsche Nähmaschinen

den amerikanischen überlegen à M. 20.— bis M. 30.— billiger kaufen Sie am besten von

**Aug. Mappes, Heidelberg.**

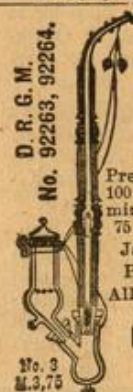
Berlg. S. Preisl. von Näh-, Strick-, Wasch-, Wring- u. Mangel-Maschinen.

## Möbel-Fabrik

von **H. F. Rothweiler, Karlsruhe,**  
37 Amalienstraße 37

empfiehlt sich bei Bedarf von Möbeln im einfachen und modernen Stil, sowie ganze Ausstattungen zu sehr mäßigen Preisen, prompte Bedienung, günstige Zahlungsbedingungen. Ratenzahlungen nach Vereinbarung. Kostenüberschläge ohne Verbindlichkeit.

D. R. G. M.  
No. 92263, 92264.  
No. 3  
M. 3,75



Neu, überraschend schön wirklich gut solid gearbeitet sind meine

**Hubertus-Pfeifen**

Preis mit acht Weichsel 100 cm M. 3,75, 75 cm M. 3,25 mit Aborn 100 cm M. 3,—, 75 cm M. 2,75, Kurze Jagdpfeifen M. 2,50.

Preisliste umsonst. Allein-Verkäufer überall gesucht.

**M. Schreiber**  
Hoflieferant  
Düsseldorf

## Uhren, Goldwaren, Silberwaren, Musikinstrumente, Photogr. Apparate.



Günstigste Bezugsquelle für H. S. Lehrer. Auf Wunsch Zahlungsvereinfachung ohne Preiszuschlag.  
• Illustrierte Kataloge gratis und frei. •  
**P. Römer, Altona (Elbe)**  
Mathildenstr. 11 B.  
(Vertragsfirma versch. Beamtenverbände.)

## Hof-Instrumentenmacher Heinrich Kessler, Spezialität im Geigenbau Mannheim



**P. 6. 2. P. 6. 2.**  
Gute Violinen mit Lacken und Bogen zu 12—15 M., bessere Qual. 20—25 M.  
• Größte Auswahl sämtlicher Musik-Instrumente, und deren Bestandteile. •  
Reparaturen billigt und gut.  
— Litra P. 6. 2. bitte zu beachten. —

In unserem Kommissionsverlag erschienen:

## Waldesnacht Lied

für vierstimmigen Männerchor komponiert von

**Hugo Loh,**

Musiklehrer an der Groß. Präparanden-schule in Taubertshausheim.

Op. 6. Nr. 1. Partitur 80 S.  
Stimmen 10 S.

Bühl. Konkordia.

## Stellentausch.

Evangelische Hauptlehrerstelle mit schöner, großer, abgeschlossener Dienstwohnung und großem Garten in großem Pfälzerorte, von welchem leicht der Besuch jeder Art von Mittelschule (auch der Universität) möglich ist, wird wegen hochgradiger Nervosität eines Familiengliedes gegen eine solche in ruhiger, waldbreicher Gebirgsgegend zum Tausche angeboten.

Offerten unter L. Ziest an die Konkordia in Bühl.

**Wer** Noten, Zeichnungen, Formulare u. c. schwarz oder in jeder beliebigen Farbe zu **vielfältigen** hat, verlange Prospekte von

**G. Goth, Stein-Rednitz.**

## Pianino

erst 6 Monate gespielt, — Nebel & Leichter — zu nur 480 M., unter üblicher Garantie zu verkaufen.

**A. M. Lang, Raftatt.**



**Streichinstrumente** aus der Geigenmachererei

**Gläsel & Mössner,**

Markneukirchen (Sachs.) sind anerkannt vorzügl. u. deshalb gut eingef. Versand unter Garantie für tadellose Arbeit und grossen Ton. Umtausch u. Teilzahl. gern gestattet. Kompl. Violinen mit Bogen, Holzetai u. sonstig. Zubehör f. Schul- u. Orchestergebr. von M. 10 an. Eigene Reparatur-Werkstätte. Ausführl. Hauptkatalog über alle Arten Instrumente, Saiten etc. umsonst.

## Musikalien!

Grösse 27x34, schöner Druck, gutes Papier.

Preis jeder Nummer 10 Pfg.

Cataloge gratis und franco durch

**Hack & Co., Karlsruhe,**

Musikhaus,  
Kaiserstrasse 138 (neben Maaßberg).

## Gänsefedern,

Streng reelle und billige Bezugsquelle! In mehr als 150,000 Familien im Gebrauche!

Gänsefedern und alle anderen Sorten Bettfedern. Neuheit u. beste Reinigung garantiert! Preiswerte Bettfedern per Pfd. für 0,80; 1 Mart; 1,40. Prima Halbdaunen 1,60; 1,80. Polarfedern: halbweiß 2, weiß 2,50. Silberweiß Bettfedern 3; 3,50; 4; 5. Goldschneeflocken Ganzdaunen 2,50. Polar-daunen 3; 4; 5 Mart. Jede beliebige Füllmaßzahl frei gegen Nachnahme! Zurücknahme auf unsere Kosten!

in Herford W  
**Pecher & Co.** No. 2146.

in Wehlatal. Proben und Preislisten, auch über Bettstoffe und fertige Betten, kostenfrei. Angabe der Preislagen für Federproben erwünscht!